



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1
LANDESGESETZENTWURF

Nr. 77/21

DOCUMENTAZIONE N. 1
DISEGNO DI LEGGE

N. 77/21

Habitatschutz-Initiative

vorgelegt am 26.1.2021 von den Landtagsabgeordneten Hanspeter Staffler, Brigitte Foppa und Riccardo Dello Sbarba.

dem 2. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

Iniziativa per la salvaguardia degli habitat

presentato in data 26/1/2021 dai consiglieri provinciali Hanspeter Staffler, Brigitte Foppa e Riccardo Dello Sbarba

assegnato alla 2a commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

- 1) Dekret des Landeshauptmannes vom 6. November 1998, Nr. 33 Art. 1 S. 1
- 2) L.G. vom 12. Mai 2010, Nr. 6 S. 5
- 3) L.G. vom 10. Juli 2018, Nr. 9 Art. 66, Art. 71, Art. 103 S. 43

INDICE

- 1) Decreto del Presidente della Provincia 6 novembre 1998, n. 33 art. 1 pag. 3
- 2) L.P. 12 maggio 2010, n. 6 pag. 24
- 3) L.P. 10 luglio 2018, n. 9 art. 66, art. 71, art. 103 pag. 52

f) Dekret des Landeshauptmanns vom 6. November 1998, Nr. 33 ^{1) 2)} Durchführungsverordnung über die Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens hinsichtlich der Genehmigung von geringfügigen Eingriffen im Sinne des Landschaftsschutzgesetzes

1) Kundgemacht im Beibl. Nr. 1 zum A.Bl. vom 26. Jänner 1999, Nr. 5.

2) Siehe auch Art. 105 Absatz 4 des [L.G. vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#).

Art. 1 (Anwendungsbereich)

(1) Die nachstehend angeführten Eingriffe in die Natur und Landschaft werden mit dem vereinfachten Verfahren gemäß Artikel 8 Absatz 1/bis des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), unmittelbar vom gebietsmäßig zuständigen Bürgermeister auch gemäß Artikel 6 des [Landesgesetzes vom 21. Oktober 1996, Nr. 21](#), genehmigt:

- a) Bau von Wegen mit einer Gesamtlänge bis zu 1.000 m, einer Kronenbreite bis zu 2,5 m und einer Geländeneigung bis zu 70 Prozent. Dabei dürfen keine Versiegelung erfolgen, ausgenommen die Verlegung von Spur- und Gittersteinen, und keine Brücken oder Mauern errichtet werden, ausgenommen Trockenmauern, Zyklopenmauern, Krainerwände aus Holz oder bewehrte Erden, jeweils bis zu einer Höhe von 2,5 m. Für die Arbeiten ist in den Naturparks ein Gutachten des Landesamtes für Naturparke einzuholen, im Falle von Walderschließungswegen ein nicht bindendes Gutachten der Forstbehörde. Der Bau von Almerschließungswegen unterliegt dem Ermächtungsverfahren laut Artikel 12 des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), in geltender Fassung, [3\)](#)
- b) Erdbewegungen für die unterirdische Verlegung von Leitungen, sofern die während der Bauzeit besetzte Fläche schmaler ist als 5 m. Im Falle von Wasserleitungen muss die Wasserkonzession vorliegen. In den Naturparks ist ein Gutachten des Landesamtes für Naturparke einzuholen, [4\)](#)
- c) Errichten von Stützmauern in der Form von Trockenmauern, Zyklopenmauern, Krainerwänden aus Holz oder bewehrten Erden bis zu einer Höhe von 2,5 m im landwirtschaftlichen Grün. Für die Arbeiten ist in den Naturparks ein Gutachten des Landesamtes für Naturparke einzuholen, [5\)](#)
- d) Ablagerung von Aushubmaterial von maximal 1.000 m³ auf einer Fläche von 1.000 m², sofern damit keine Nutzungsänderung verbunden ist, [6\)](#)
- e) Materialentnahme von maximal 200 m³ auf maximal 500 m², sofern damit keine Nutzungsänderung verbunden ist,
- f) Planierungen von Flächen mit intensiver Landwirtschaftsnutzung unter 1600 m Meereshöhe, sofern die Flächen insgesamt nicht mehr als 5.000 m² betragen oder die Hangneigung im Durchschnitt nicht mehr als 40 Prozent beträgt oder eine Nivellierung von nicht mehr als +/- 1 m vorgesehen ist. [7\)](#)
- g) [8\) 9\)](#)
- h) Errichtung von Zelten für die Dauer von höchstens 15 Tagen, [8\)](#)
- i) Einbau, Änderung oder Ersetzung von unterirdischen Wasserbehältern mit einem Fassungsvermögen von höchstens 20 m³ sowie Anbringung von Gastanks mit einem Fassungsvermögen von höchstens 13 m³ und damit zusammenhängende Arbeiten, [8\) 10\)](#)
- j) Arbeiten zur außerordentlichen Instandhaltung sowie Restaurierungs- und Sanierungsarbeiten nach Artikel 59 Absatz 1 Buchstaben b) und c) des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), in geltender Fassung, die keine Änderung der Zweckbestimmung mit sich bringen, [8\)](#)
- k) Anbringung, Änderung oder Ersetzung von Schutzdächern bei Bushaltestellen; Errichtung von Werbemitteln, Informations- oder Hinweisschildern gemäß den von der Landesregierung genehmigten Richtlinien, [8\) 11\)](#)
- l) Eingriffe zur Beseitigung von architektonischen Hindernissen an bestehenden Gebäuden, es sei denn, es wird urbanistisches Volumen verwirklicht, [8\)](#)
- m) Auswechseln von Zapfsäulen und Tankautomaten an Tankstellen, [8\)](#)
- n) Einbau, Änderung oder Ersetzung von Kaminen, Entlüftungsrohren und Rauchabzügen, [8\)](#)
- o) Anbringung der Wärmeisolationsschicht an Gebäuden und deren Änderung oder Ersetzung, [8\)](#)
- p) Einbau, Änderung oder Ersetzung von Sonnenkollektoren und Fotovoltaikanlagen, sofern diese bündig zur Dachfläche angebracht werden, [8\) 12\)](#)
- q) Einbau von Dachliegefenstern mit einer Fläche von maximal 10 Prozent der Fläche des betroffenen Dachflügels bei Wohngebäuden, [8\)](#)
- r) Einbau, Änderung oder Ersetzung von technischen Anlagen in bestehenden Gebäuden und Errichtung von Kleinkläranlagen für Ableitungen von häuslichem Abwasser mit einem Einwohnerwert bis zu 50, [8\) 13\)](#)
- s) Verlegung, Änderung oder Ersetzung von Kabeln, Punkten, Knoten, Verteilerkästen, Schaltkästen und Kabinen für die Erbringung öffentlicher Dienste, [8\)](#)
- t) Anbringung, Änderung oder Ersetzung von Funkantennen auf Gebäudedächern mit den dazugehörigen Gittermasten oder Stützpfählen bis zu einer maximalen Höhe von 5 Metern und von Fernsehantennen mit einer Höhe zwischen 1,5 Meter und 3 Metern, [8\)](#)
- u) Anbringung, Änderung oder Ersetzung von Markisen mit einer Fläche von maximal 25 Quadratmetern, ausgenommen im alpinen Grünland, [8\)](#)

- v) Errichtung von Holzhütten gemäß Artikel 46 des [Dekretes des Landeshauptmannes vom 23. Februar 1998, Nr. 5](#); Errichtung von Holzlagerplätzen, auch mit Flugdach, in den von der Landesregierung festgelegten Fällen, wobei hierfür ein Gutachten der Forstbehörde vorher eingeholt werden muss, [8\)](#) [14\)](#)
- w) Errichtung, Veränderung oder Ersetzung von Einfriedungen, sofern der Mauersockel, vom Geländeneiveau gemessen, die Höhe von 30 cm nicht übersteigt und die Höhe der aufgesetzten Umfriedung nicht mehr als 1,50 m beträgt, [8\)](#) [15\)](#)
- x) Errichtung von Brunnen. [8\)](#)
- y) die Errichtung von Bienenständen gemäß den von der Landesregierung festgelegten Richtlinien, Lehr- und Wanderbienenstände ausgenommen, [16\)](#)
- z) die Schlägerung von Gehölzen in den vom [Dekret des Landeshauptmanns vom 22. Oktober 2007, Nr. 56](#), vorgesehenen Fällen. [16\)](#)

(2) Für alle Projekte, die im Zeitraum von fünf Jahren ab Erteilung der ersten Ermächtigung durch den Bürgermeister eingereicht werden, mit den bereits genehmigten Projekten in räumlichem und ursächlichem Zusammenhang stehen und insgesamt die oben angeführten Schwellenwerte überschreiten, kann dieses vereinfachte Verfahren nicht angewandt werden.



Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 60 vom 06.03.2000 - Begründung von Verwaltungsakten - Berücksichtigung vorausgehenden Maßnahmen - Erheblichkeit eines Baueingriffs in das Landschaftsbild - nicht überprüfbares Sachurteil

- 3) Art. 1 Absatz 1 Buchstabe a) wurde zuerst durch Art. 1 Absatz 1 des [D.L.H. vom 15. Jänner 2010, Nr. 3](#), und später durch Art. 1 Absatz 1 des [D.L.H. vom 11. Februar 2014, Nr. 3](#), so ersetzt.
- 4) Art. 1 Absatz 1 Buchstabe b) wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 2 des [D.L.H. vom 11. Februar 2014, Nr. 3](#).
- 5) Art. 1 Absatz 1 Buchstabe c) wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 3 des [D.L.H. vom 11. Februar 2014, Nr. 3](#).
- 6) Art. 1 Absatz 1 Buchstabe d) wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 4 des [D.L.H. vom 11. Februar 2014, Nr. 3](#).
- 7) Art. 1 Absatz 1 Buchstabe f) wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 2 des [D.L.H. vom 15. Jänner 2010, Nr. 3](#).
- 8) Die Buchstaben g) bis x) wurden eingefügt durch Art. 1 Absatz 1 des [D.L.H. vom 19. Mai 2009, Nr. 28](#).
- 9) Der Buchstabe g) des Art. 1 Absatz 1 wurde aufgehoben durch Art. 1 Absatz 1 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#).
- 10) Der Buchstabe i) des Art. 1 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 2 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#).
- 11) Der Buchstabe k) des Art. 1 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 3 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#).
- 12) Art. 1 Absatz Buchstabe p) wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 5 des [D.L.H. vom 11. Februar 2014, Nr. 3](#).
- 13) Der Buchstabe r) des Art. 1 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 4 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#).
- 14) Der Buchstabe v) des Art. 1 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. Absatz 5 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#).
- 15) Art. 1 Absatz 1 Buchstabe w) wurde so ersetzt durch Art. 1 Absatz 6 des [D.L.H. vom 11. Februar 2014, Nr. 3](#).
- 16) Die Buchstaben y) und z) wurden eingefügt durch Art. 1 Absatz 3 des [D.L.H. vom 15. Jänner 2010, Nr. 3](#).

Art. 2 (Unterlagen)

(1) Aus dem Ansuchen um Ermächtigung zu den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a) bis h) und Buchstabe z) genannten Eingriffen müssen der Ort und die technischen Daten der geplanten Eingriffe eindeutig hervorgehen; dem Ansuchen muss ein Katastermappenauszug beigefügt werden. Für die Eingriffe laut den Buchstaben i) bis y) sind die in der Bauordnung angeführten Unterlagen einzureichen. [17\)](#)

(2) Die Ermächtigungs- oder Ablehnungsbescheide sind, sofern das Gebiet einer forstlich-hydrogeologischen Nutzungseinschränkung unterliegt, zusammen mit den dazugehörigen Unterlagen dem gebietsmäßig zuständigen Forstinspektorat zur Kenntnis zu übermitteln.

(3) Werden die Eingriffe im Bereich von Naturparks oder Gebieten, die in übergemeindlichen landschaftlichen Gebietsplänen enthalten sind, durchgeführt, so ist die entsprechende Entscheidung samt Unterlagen dem gebietsmäßig zuständigen Forstinspektorat sowie der Landesabteilung Landschafts- und Naturschutz zur Kenntnis zu übermitteln.

(4) Unter Ausnahme der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben h) und z) genannten Eingriffe muss der Bauherr oder, falls vorgesehen, der vom Bauherr beauftragte Projektant, Bauleiter, Fachmann oder Installateur innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Arbeiten eine abschließende Erklärung einreichen, aus der hervorgeht, dass die Arbeiten fachgerecht ausgeführt wurden und den autorisierten entsprechen. [18\)](#)

Dieses Dekret ist im Amtsblatt der Region kundzumachen. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

- 17) Art. 2 Absatz 1 wurde zuerst ersetzt durch Art. 2 Absatz 1 des [D.L.H. vom 19. Mai 2009, Nr. 28](#), dann durch Art. 1 Absatz 4 des [D.L.H. vom 15. Jänner 2010, Nr. 3](#), und schließlich durch Art. 2 Absatz 1 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#), so ersetzt.
- 18) Art. 2 Absatz 4 wurde eingefügt durch Art. 2 Absatz 2 des [D.L.H. vom 22. Mai 2013, Nr. 12](#).

f) Decreto del Presidente della Giunta provinciale 6 novembre 1998, n. 33 ^{1) 2)} Regolamento di esecuzione recante la disciplina di semplificazione del procedimento amministrativo di autorizzazione di interventi non sostanziali ai sensi della legge sulla tutela del paesaggio

1) Pubblicato nel Supp. n. 1 al B.U. 26 gennaio 1999, n. 5.

2) Vedi anche l'art. 105, comma 4, della [L.P. 10 luglio 2018, n. 9](#).

Art. 1 (Ambito di applicazione)

(1) Gli interventi sull'ambiente naturale e sul paesaggio di seguito elencati sono autorizzati con la procedura di autorizzazione semplificata di cui all'articolo 8, comma 1/bis della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), direttamente dal sindaco territorialmente competente anche ai sensi dell'articolo 6 della [legge provinciale 21 ottobre 1996, n. 21](#):

- a) la realizzazione di strade con una lunghezza fino a 1.000 m, una larghezza complessiva fino a 2,5 m ed una pendenza del terreno fino al 70 per cento. Le strade non devono essere sigillate, ad eccezione della posa in opera di grigliato o elementi per la formazione delle corsie, e non devono essere realizzati ponti o muri, esclusi muri a secco, muri ciclopici, massicciate in legname o terre armate, in ogni caso fino ad un'altezza di 2,5 m. All'interno dei parchi naturali per i lavori deve essere richiesto un parere dell'Ufficio provinciale Parchi naturali. Per la realizzazione di strade di allacciamento di bosco deve essere richiesto un parere non vincolante all'autorità forestale. La realizzazione di strade di allacciamento di malghe soggiace alla procedura di autorizzazione di cui all'articolo 12 della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), e successive modifiche; [3\)](#)
- b) movimenti di terra per la posa in opera di condutture qualora l'area occupata durante i lavori non superi la larghezza di 5 m. Qualora trattasi di condutture d'acqua, il richiedente deve essere in possesso della concessione per la derivazione d'acqua. All'interno dei parchi naturali deve essere richiesto un parere dell'ufficio provinciale Parchi naturali; [4\)](#)
- c) realizzazione di muri di sostegno quali muri a secco, muri ciclopici, massicciate in legname o terre armate fino ad un'altezza di 2,5 m nelle zone di verde agricolo. All'interno dei parchi naturali deve essere richiesto un parere dell'Ufficio provinciale Parchi naturali; [5\)](#)
- d) deposito di materiale di scavo fino a 1.000 m³ su una superficie massima fino a 1.000 m², qualora esso non comporti un cambio della destinazione d'uso del terreno; [6\)](#)
- e) estrazione di materiale fino a 200 m³ su una superficie massima fino a 500 m², qualora essa non comporti un cambio della destinazione d'uso del terreno,
- f) spianamenti di superfici a coltivazione agricola intensiva a quote inferiori a 1600 m sul livello del mare, qualora la superficie non sia complessivamente superiore a 5.000 m² o la pendenza media non sia superiore al 40 per cento, oppure non sia previsto un livellamento superiore a +/- 1 m. [7\)](#)
- g) [8\) 9\)](#)
- h) montaggio di tende per un periodo massimo di 15 giorni; [8\)](#)
- i) installazione, modifica o sostituzione di serbatoi d'acqua interrati con una capacità massima di 20 m³, nonché installazione di serbatoi di gas con una capacità massima di 13 m³, incluse le opere correlate; [8\) 10\)](#)
- j) interventi di manutenzione straordinaria, restauro e risanamento conservativo come definiti dall'articolo 59, comma 1, lettere b) e c), della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#) e successive modifiche, che non comportano una modifica della destinazione d'uso; [8\)](#)
- k) installazione, modifica o sostituzione di pensiline per fermate d'autobus; collocazione di mezzi pubblicitari, cartelli informativi o segnaletici secondo le direttive approvate dalla Giunta provinciale; [8\) 11\)](#)
- l) interventi finalizzati al superamento delle barriere architettoniche su edifici esistenti, a meno che non si realizzi volume urbanistico; [8\)](#)
- m) sostituzione di colonnette di distribuzione e di distributori automatici presso le stazioni di rifornimento; [8\)](#)
- n) installazione, modifica o sostituzione di camini, prese d'aerazione o canne fumarie; [8\)](#)
- o) installazione, modifica o sostituzione del cappotto termico di edifici; [8\)](#)
- p) installazione, modifica o sostituzione di collettori solari e di impianti fotovoltaici, se sono montati raso falda del tetto; [8\) 12\)](#)
- q) installazione di finestre raso falda, con una superficie massima fino al 10 per cento della superficie della relativa falda del tetto, su case d'abitazione; [8\)](#)
- r) installazione, modifica o sostituzione di impianti tecnologici all'interno di edifici esistenti e realizzazione di piccoli sistemi di trattamento delle acque reflue per scarichi domestici fino a 50 abitanti equivalenti; [8\) 13\)](#)
- s) installazione, modifica o sostituzione di cavi, punti, nodi, armadi di derivazione, centraline e cabine per l'erogazione di servizi pubblici; [8\)](#)
- t) installazione, modifica o sostituzione di antenne radioamatoriali con i relativi tralicci o pali di sostegno sui tetti degli edifici fino ad un'altezza massima di 5 metri e di antenne televisive con un'altezza oscillante tra 1,5 metri e 3 metri; [8\)](#)
- u) installazione, modifica o sostituzione di tende estensibili fino ad un massimo di 25 metri quadrati, tranne che nel verde alpino; [8\)](#)

- v) costruzione di legnaie ai sensi dell'articolo 46 del [decreto del Presidente della Giunta provinciale 23 febbraio 1998, n. 5](#); costruzione di depositi per la legna, anche con tettoie, nei casi determinati dalla Giunta provinciale e previo parere dell'autorità forestale; [8](#) [14](#).
- w) costruzione, modifica o sostituzione di muri di cinta, qualora il basamento, misurato dal livello del piano di campagna, non superi l'altezza di 30 cm e la sovrapposta recinzione non superi l'altezza di 1,50 m; [8](#) [15](#).
- x) installazione di fontane. [8](#).
- y) la costruzione di apiari secondo le direttive approvate dalla Giunta provinciale, esclusi gli apiari didattici e nomadi; [16](#).
- z) l'abbattimento di piante legnose nei casi previsti dal [decreto del Presidente della Provincia 22 ottobre 2007, n. 56](#). [16](#).

(2) Tutti i progetti presentati entro cinque anni dalla data della prima autorizzazione rilasciata dal sindaco che presentino delle connessioni causali ed ambientali con i progetti approvati e superino complessivamente i limiti sopra stabiliti non possono venire sottoposti a questa procedura di autorizzazione semplificata.



Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 60 vom 06.03.2000 - Begründung von Verwaltungsakten - Berücksichtigung vorausgehenden Maßnahmen - Erheblichkeit eines Baueingriffs in das Landschaftsbild - nicht überprüfbares Sachurteil

- 3)La lettera a) dell'art. 1, comma 1, è stata prima sostituita dall'art. 1, comma 1, del [D.P.P. 15 gennaio 2010, n. 15](#), e poi dall'art. 1, comma 1, del [D.P.P. 11 febbraio 2014, n. 3](#).
- 4)La lettera b) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 2, del [D.P.P. 11 febbraio 2014, n. 3](#).
- 5)La lettera c) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 3, del [D.P.P. 11 febbraio 2014, n. 3](#).
- 6)La lettera d) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 4, del [D.P.P. 11 febbraio 2014, n. 3](#).
- 7)La lettera f) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 2, del [D.P.P. 15 gennaio 2010, n. 15](#).
- 8)Le lettere g) fino x) sono state inserite dall'art. 1, comma 1, del [D.P.P. 19 maggio 2009, n. 28](#).
- 9)La lettera g) dell'art. 1, comma 1, è stata abrogata dall'art. 1, comma 1, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).
- 10)La lettera i) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 2, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).
- 11)La lettera k) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 3, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).
- 12)La lettera p) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 5, del [D.P.P. 11 febbraio 2014, n. 3](#).
- 13)La lettera r) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 4, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).
- 14)La lettera v) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 5, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).
- 15)La lettera w) dell'art. 1, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 6, del [D.P.P. 11 febbraio 2014, n. 3](#).
- 16)Le lettere x) e y) sono state inserite dall'art. 1, comma 3, del [D.P.P. 15 gennaio 2010, n. 15](#).

Art. 2 (Documentazione)

(1) Dalla richiesta d'autorizzazione relativa agli interventi di cui all'articolo 1, comma 1, lettere da a) ad h) e lettera z), che deve essere corredata da un estratto della mappa catastale, devono risultare in modo chiaro la localizzazione e i dati tecnici dell'intervento progettato. Per gli interventi di cui al-le lettere da i) a y) deve essere presentata la documentazione prevista dal regolamento edilizio. [17](#).

(2) I provvedimenti di autorizzazione o di diniego con la relativa documentazione devono essere trasmessi per conoscenza all'ispettorato forestale territorialmente competente se la zona è sottoposta a vincolo idrogeologico-forestale.

(3) Qualora gli interventi vengano eseguiti all'interno di parchi naturali o in zone individuate nei piani paesaggistici sovracomunali, la decisione adottata con la relativa documentazione deve essere trasmessa per conoscenza all'ispettorato forestale territorialmente competente nonché alla Ripartizione provinciale tutela del paesaggio e della natura.

(4) Eccetto gli interventi di cui all'articolo 1, comma 1, lettere h) e z), al termine dei lavori il committente o, ove previsto, il progettista, il direttore dei lavori, il tecnico o l'installatore incaricato dal committente deve presentare entro sei mesi dal completamento dei lavori una dichiarazione finale attestante l'esecuzione dei lavori a regola d'arte e la conformità degli stessi ai lavori autorizzati. [18](#).

Il presente decreto sarà pubblicato nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarlo e di farlo osservare.

- 17)L'art. 2, comma 1, è stato prima sostituito dall'art. 2, comma 1, del [D.P.P. 19 maggio 2009, n. 28](#), poi dall'art. 1, comma 4, del [D.P.P. 15 gennaio 2010, n. 15](#), ed infine dall'art. 2, comma 1, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).
- 18)L'art. 2, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 2, comma 2, del [D.P.P. 22 maggio 2013, n. 12](#).

d) Landesgesetz vom 12. Mai 2010 , Nr. 6 ^{1) 2)} Naturschutzgesetz und andere Bestimmungen

1)Kundgemacht im Amtsblatt vom 25. Mai 2010, Nr. 21.

2)Siehe auch Art. 3 Absatz 1 des [D.LH. vom 18. September 2012, Nr. 31](#).

I. ABSCHNITT ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Art. 1 (Anwendungsbereich)

(1) Dieses Gesetz regelt den Schutz der wild lebenden Tiere, der wild wachsenden Pflanzen, ihrer Lebensräume sowie den Schutz von Fossilien und Mineralien.

(2) Folgende Bestimmungen bleiben unbeschadet:

- a) das [Landesgesetz vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, über die Wildhege und Jagdausübung,
- b) das [Landesgesetz vom 9. Juni 1978, Nr. 28](#), in geltender Fassung, über die Fischerei,
- c) das [Landesgesetz vom 18. Juni 2002, Nr. 8](#), in geltender Fassung, über den Schutz der Gewässer und laut Gewässerschutzplan,
- d) das [Landesgesetz vom 19. Juni 1991, Nr. 18](#), in geltender Fassung, über den Schutz der Pilze.

(3) In diesem Gesetz werden Personen geschlechtergerecht bezeichnet, sofern dadurch die Lesbarkeit und Verständlichkeit nicht beeinträchtigt wird. Wo Personenbezeichnungen nur in der männlichen Form stehen, sind, sofern es sich um natürliche Personen handelt, stets Männer und Frauen gemeint.

Art. 2 (Recht auf Naturgenuss und Erholung)

(1) Jede Person hat das Recht auf den Genuss der Naturschönheiten und auf die Erholung in der freien Natur.

(2) Jede Person ist bei der Ausübung des Rechts nach Absatz 1 verpflichtet, mit Natur und Landschaft sorgsam umzugehen, und hat nach ihren Möglichkeiten in Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes beizutragen und sich so zu verhalten, dass die Lebensgrundlagen für wild lebende Tiere und Pflanzen erhalten, nicht beeinträchtigt und wiederhergestellt werden.

(3) Der ökologisch orientierten und der die Kulturlandschaft erhaltenden land- und forstwirtschaftlichen Nutzung kommt dabei besondere Bedeutung zu, wobei diese zur Erhaltung für den Naturhaushalt bedeutsamer linearer und punktförmiger Landschaftselemente beiträgt.

(4) Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 erfolgt unbeschadet der Rechte der Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten.

(5) Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Vorbehaltlich anderer Bestimmungen werden dadurch keine besonderen Sorgfalts- oder Verkehrssicherungspflichten der betroffenen Grundeigentümer oder sonstigen Berechtigten begründet.

(6) Die Erholung in Teilen der freien Natur kann mit Durchführungsverordnung im erforderlichen Umfang aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes untersagt oder eingeschränkt werden, insbesondere was die Verunreinigung des Bodens durch Unrat und Losung infolge der verstärkten Freizeitnutzung betrifft.

II. ABSCHNITT ARTENSCHUTZ

I. Teil


Schutz wild lebender Tiere

Art. 3 (Schutzgegenstand)

- (1) Alle Tiere, die in Südtirol von Natur aus verbreitet sind und wild leben, sind geschützt.
- (2) Es ist verboten, mit wild lebenden Tieren Handel zu treiben.

[Art. 4 (Vollkommen geschützte Tierarten)

- (1) Vollkommen geschützt sind die in der Anlage A angeführten Tierarten.
- (2) Ebenso vollkommen geschützt sind jene wild lebenden Tierarten, die in den Anhängen II und IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, in der Folge kurz FFH-Richtlinie genannt, aufgezählt sind und auch nur vorübergehend in Südtirol vorkommen. Für diese gilt ein striktes Schutzsystem, um einen günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen.
- (3) Die wild lebenden Vogelarten laut Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten, in der Folge Vogelschutzrichtlinie genannt, unterliegen den Schutzbestimmungen des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung.
- (4) Das Verzeichnis der vollkommen geschützten Tierarten kann von der Landesregierung ergänzt werden.
- (5) Es ist verboten:
 - a) Tiere der vollkommen geschützten Arten in sämtlichen Lebensstadien absichtlich zu fangen, absichtlich zu töten oder sie, insbesondere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderzeiten, absichtlich zu stören oder sie in lebendem oder totem Zustand in Gewahrsam zu halten, sowie vollkommen geschützte Tierarten oder Teile derselben zu transportieren, zu verarbeiten, zu vermarkten oder zu tauschen oder zur Vermarktung oder zum Tausch anzubieten,
 - b) die Eier der vollkommen geschützten Arten absichtlich zu zerstören oder aus der Natur zu entnehmen oder deren Nistplätze, Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu vernichten.
- (6) Eigentümern, Pächtern und Fruchtnießern ist es erlaubt, auf dem eigenen Grund mit landwirtschaftlicher oder gartenbaulicher Zweckbestimmung Maulwürfe zu fangen und zu töten.
- (7) Von den in Absatz 5 angeführten Verboten ausgenommen sind die aus Züchtungen stammenden Tierarten. Wer diese Arten in den Handel bringt, muss ein vom Züchter ausgestelltes Ursprungszeugnis vorweisen.
- (8) In Bezug auf den Fang oder das Töten der in Anhang V Buchstabe a) der FFH-Richtlinie genannten wild lebenden Tierarten sowie in den Fällen, in denen Ausnahmen laut Artikel 11 dieses Gesetzes für die Entnahme, den Fang oder die Tötung der in Anhang IV Buchstabe a) der FFH-Richtlinie genannten Arten beschlossen werden, ist der Gebrauch von nichtselektiven Geräten, durch die das örtliche Verschwinden von Populationen dieser Tierarten hervorgerufen werden könnte oder durch die diese schwer gestört werden könnten, verboten.
- (9) Verboten sind die Verwendung der in Anhang VI Buchstabe a) der FFH-Richtlinie genannten Fang- und Tötungsgeräte sowie jede Form des Fangens oder Tötens mittels der in Anhang VI Buchstabe b) derselben Richtlinie genannten Transportmittel.] [3](#)

 Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151 - Schutz von Tierarten – allgemeine Einschränkung des Pilzesammelns – Abweichung von den Verboten zur Erhaltung der geschützten Tierarten – Verfahren zum Abschuss bestimmter Arten innerhalb der Schutzgebiete – Aspekte der allumfassenden staatlichen Zuständigkeit im Umweltbereich, bzw. des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000: keine direkte Kommunikation zwischen dem Land und der Europäischen Kommission

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 5 (Schutzgebiete)

(1) In den Naturdenkmälern, den geschützten Biotopen und im Bereich der Naturparke sind alle wild lebenden Tierarten vollkommen geschützt. Die Bestimmungen über die Wildhege und Jagdausübung sowie über die Fischerei bleiben unbeschadet.

II. Teil Schutz wild wachsender Pflanzen

Art. 6 (Schutzgegenstand)

(1) Alle Pflanzen, die in Südtirol von Natur aus verbreitet sind und wild wachsen, sind geschützt. Invasive Neophyten sind von den Schutzbestimmungen laut den Artikeln 8 und 9 ausgenommen. [4\)](#)

4)Art. 6 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 1 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

Art. 7 (Vollkommen geschützte Pflanzenarten)

(1) Vollkommen geschützt sind die in der Anlage B angeführten Pflanzenarten.

(2) Ebenso vollkommen geschützt sind jene wild wachsenden Pflanzenarten, die in den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie angeführt sind. Für diese gilt ein striktes Schutzsystem, um einen günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen.

(3) Das Verzeichnis der vollkommen geschützten Arten kann von der Landesregierung ergänzt werden.

(4) Es ist verboten,

- a) vollkommen geschützte wild wachsende Pflanzen, unabhängig davon, in welchem Entwicklungsstadium sie sich befinden, oder Teile davon absichtlich zu pflücken, zu sammeln, abzuschneiden, auszugraben oder zu vernichten, in frischem oder getrocknetem Zustand zu verwahren, zu transportieren, zu verarbeiten, zu vermarkten, zu tauschen oder zur Vermarktung oder zum Tausch anzubieten,
- b) den Standort vollkommen geschützter wild wachsender Pflanzen so zu verändern, dass ihr Fortbestand gefährdet oder beeinträchtigt wird.

Art. 8 (Teilweise geschützte Pflanzenarten)

(1) Alle nicht in Artikel 7 angeführten wild wachsenden Pflanzenarten sind teilweise geschützt.

(2) Von den teilweise geschützten Pflanzen dürfen pro Person und Tag höchstens zehn Blütenstengel gepflückt werden.

(3) Es ist verboten, die teilweise geschützten Pflanzen auszureißen, mit ihnen Handel zu treiben, unterirdische Teile zu entnehmen oder zu beschädigen oder die Rosetten zu entnehmen.

(3/bis) Privateigentümer, Pächter und Fruchtnießer sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen dürfen auf den Grundstücken, über die sie verfügen, Pilze bis zu einem Höchstausmaß von drei Kilogramm pro Tag und Person sowie die teilweise geschützten Pflanzen ohne Einschränkungen sammeln. In den Naturparks dürfen in den betroffenen Gemeinden Anässige an geraden Tagen Pilze bis zu einem Höchstausmaß von zwei Kilogramm pro Person ohne Bezahlung einer Sammelgebühr sammeln. [5\)](#)

[(4) Eigentümer, Pächter und Fruchtnießer sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen dürfen auf den Grundstücken, über die sie verfügen, ohne Einschränkungen Pilze und die teilweise geschützten Pflanzen sammeln.] [3\)](#)

(5) Unbeschadet der Rechte des Grundeigentümers hat jeder das Recht, Waldfrüchte und die in der Anlage C angeführten Pflanzenarten für den Eigenbedarf zu sammeln.

(6) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann das Sammeln von teilweise geschützten Pflanzen für wissenschaftliche, didaktische oder pharmazeutische Zwecke ermächtigen.



Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151 - Schutz von Tierarten – allgemeine Einschränkung des Pilzesammelns – Abweichung von den Verboten zur Erhaltung der geschützten Tierarten – Verfahren zum Abschuss bestimmter Arten innerhalb der Schutzgebiete – Aspekte der allumfassenden staatlichen Zuständigkeit im Umweltbereich, bzw. des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000: keine direkte Kommunikation zwischen dem Land und der Europäischen Kommission

5)Art. 8 Absatz 3/bis wurde hinzugefügt durch Art. 7 Absatz 2 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14.](#)

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 9 (Schutzgebiete)

(1) In den Naturdenkmälern, Biotopen, Naturparken und Natura 2000-Gebieten sind alle Pflanzenarten, einschließlich der Pilze, vollkommen geschützt.

(2) Das Sammeln von Pflanzen für den Eigenbedarf laut Anlage C ist erlaubt, ausgenommen im Bereich von Naturdenkmälern und Biotopen.

(3) Eigentümer, Pächter und Fruchtnießer sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen dürfen auf den Grundstücken, über die sie verfügen, ohne Einschränkungen Pilze und Pflanzen sammeln, mit Ausnahme der vollkommen geschützten Pflanzen laut Anlage B und ausgenommen im Bereich von Biotopen und Naturdenkmälern.

(4) [6\) 7\)](#)



Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 10. Februar 2014, Nr. 19 - Buchhalterische und Verwaltungshaftung im öffentlichen Dienst – Zuständigkeit des Staates – Unzulässigkeit von Ausnahmen auf Landesebene – Zulage für geschäftsführende Führungskräfte



TAR di Bolzano - Sentenza 17 settembre 2009, n. 322 - Tutela del paesaggio - costruzione nuova strada forestale - parere negativo seconda commissione provinciale per la tutela del paesaggio - rete ecologica europea "Natura 2000" - direttiva "Habitat" n. 92/43/CEE - realizzazione piani e progetti

6)Art. 9 Absatz 4 wurde hinzugefügt durch Art. 15 Absatz 1 des [L.G. vom 17. Jänner 2011, Nr. 1](#), und später aufgehoben durch Art. 11 Absatz 1 Buchstabe a) des [L.G. vom 21. Juni 2011, Nr. 4](#).

7)Der Verfassungsgerichtshof hat mit Urteil vom 10. Februar 2014, Nr. 19, die Verfassungsbeschwerde des Art. 15 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Januar 2011, Nr. 1](#), welcher im [Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6](#) den Absatz 4 des Art. 9 hinzugefügt hatte, für erledigt erklärt. Der genannte Art. 15 Absatz 1 ist als aufgehoben zu betrachten.

Art. 10 (Land- und forstwirtschaftliche Nutzung)

(1) Vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe b) gelten die Einschränkungen dieses Teils nicht für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung.

(2) Das Verbot und die Einschränkungen laut Artikel 7 und 8 gelten nicht für die geschützten Pflanzen, die nachweislich aus Kulturen stammen.

III. Teil

Besondere Regelungen zum Artenschutz


Art. 11 (Ausnahmeregelungen und Einschränkungen)

[(1) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann, sofern es keine andere zufrieden stellende Lösung gibt und unter der Bedingung, dass die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verbleiben, für die geschützten Pflanzenarten und die nicht vom Regelungsbereich der Landesgesetze über Jagd und Fischerei erfassten Tierarten Ausnahmen von den Verboten laut Artikel 4 Absatz 5 und Artikel 7 Absatz 4 für bestimmte Gebiete und befristete Zeiträume zulassen, und zwar:

- a) zum Schutz der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen und zur Erhaltung ihrer natürlichen Lebensräume,
- b) zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen, in der Tierhaltung, an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum,
- c) im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder solcher mit bedeutenden positiven Folgen für die Umwelt,
- d) zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedelung und der für diese Zwecke notwendigen Aufzucht, einschließlich der künstlichen Vermehrung von Pflanzen,
- e) um unter strenger Kontrolle selektiv und in beschränktem Ausmaß die Entnahme oder Haltung einer begrenzten und spezifizierten Anzahl von Exemplaren bestimmter Tier- und Pflanzenarten laut Anhang IV der FFH-Richtlinie zu erlauben.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft übermittelt den zuständigen staatlichen Behörden alle zwei Jahre einen entsprechenden Bericht über die nach Absatz 1 genehmigten Ausnahmen.] [3\)](#)

(3) Die Landesregierung schreibt, sofern dies zur Erhaltung der Tier- und Pflanzenarten laut Anhang V der FFH-Richtlinie erforderlich ist, geeignete Maßnahmen für die Entnahme und Nutzung derselben vor.

 Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151 - Schutz von Tierarten – allgemeine Einschränkung des Pilzesammelns – Abweichung von den Verboten zur Erhaltung der geschützten Tierarten – Verfahren zum Abschuss bestimmter Arten innerhalb der Schutzgebiete – Aspekte der allumfassenden staatlichen Zuständigkeit im Umweltbereich, bzw. des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000: keine direkte Kommunikation zwischen dem Land und der Europäischen Kommission

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 12 (Gebietsfremde Tiere)

(1) Es ist verboten, gebietsfremde Tiere in der freien Natur anzusiedeln. Vom Verbot ausgenommen ist die Ansiedlung nicht autochthoner Arten und Populationen laut Artikel 12 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 8. September 1997, Nr. 357, in geltender Fassung. [8\)](#)

8)Art. 12 wurde so ersetzt durch Art. 17 Absatz 1 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 13 (Gentechnisch veränderte Organismen)

(1) Verboten ist das Ausbringen gentechnisch veränderter Organismen im Bereich von

- a) Natura 2000-Gebieten,
- b) Naturparken, Biotopen, Naturdenkmälern,
- c) an Seen angrenzenden Flächen in einer Breite von 300 Metern ab dem Seeufer,
- d) Flüssen, Bächen und den in den Verzeichnissen laut königlichem Dekret vom 11. Dezember 1933, Nr. 1775, eingetragenen Wasserläufen, einschließlich ihrer Ufer und Dämme, bis zu einer Breite von jeweils 150 Metern,

- e) Gletschern und -mulden und im Bereich der Alpinregion über 1600 Meter Meereshöhe,
- f) Forst- und Waldgebieten,
- g) schützenswerten Nass- und Feuchtflächen sowie Trockenstandorten,
- h) Flächen, für die Landschaftspflegeprämien gewährt werden,
- i) Grundstücke, auf denen ökologischer Landbau betrieben wird.

(2) Die Landesregierung legt zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräume für die in Absatz 1 genannten Gebiete angemessene äußere Pufferzonen und Vorsorgemaßnahmen fest.

(3) Unbeschadet der bereits geltenden Übergangsbestimmungen im Bereich gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der Landwirtschaft, wird die von der EU-Kommission veröffentlichte Empfehlung 2003/556/EG vom 23. Juli 2003, wie sie im Artikel 2 des Gesetzesdekretes vom 22. November 2004, Nr. 279, umgewandelt in Gesetz, mit Änderungen, mit Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Jänner 2005, Nr. 5, übernommen ist, separat mit Landesgesetz geregelt.

III. ABSCHNITT SCHUTZ VON LEBENS-RÄUMEN

Art. 14 (Ziele und Maßnahmen)

(1) Um die Erhaltung der Artenvielfalt zu gewährleisten und dem Rückgang von wild lebenden Tieren und wild wachsenden Pflanzen entgegenzuwirken, sind die Lebensräume derselben in einem günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen. Dazu sind differenzierte Schutz- und Pflegemaßnahmen zu treffen.

Art. 15 (Stehende Gewässer)

(1) Im Bereich von stehenden Gewässern ist es verboten:

- a) Maßnahmen zu treffen, die zur Beeinträchtigung natürlicher oder naturnaher stehender Gewässer oder deren Uferbereiche führen, insbesondere Meliorierungs- und Trockenlegungsarbeiten durchzuführen,
- b) mit Motorbooten jeglicher Art zu fahren, außer für Rettungseinsätze und Sanierungsmaßnahmen im Sinne des Gewässerschutzes. Von diesem Verbot ausgenommen ist das Fahrgastschiff der Gemeinde Graun auf dem Reschensee. [9\)](#)

9) Art. 15 wurde so ersetzt durch Art. 15 Absatz 2 des [L.G. vom 17. Jänner 2011, Nr. 1.](#)

Art. 16 (Nass- und Feuchtflächen sowie Trockenstandorte)

(1) Schützenswerte Nass- und Feuchtflächen sind:

- a) Verlandungsbereiche von stehenden oder langsam fließenden Gewässern,
- b) Schilf-, Röhricht- und Großseggenbestände,
- c) seggen- und binsenreiche Feucht- und Nasswiesen,
- d) Moore,
- e) Auwälder,
- f) Sumpf- und Bruchwälder,
- g) Quellbereiche,
- h) naturnahe und unverbaute Bach- und Flussabschnitte sowie Wassergräben, einschließlich der Ufervegetation.

(2) Schützenswerte Trockenstandorte, die eine besondere Artenvielfalt aufweisen und für die Erhaltung von geschützten wild wachsenden Pflanzen oder wild lebenden Tierarten von Bedeutung sind, sind:

- a) Trockenrasen,
- b) Felsensteppen,
- c) Lehmbrüche.

(3) Schützenswerte Nass- und Feuchtflächen, offene Gräben und Rinnsale sowie Trockenstandorte sind zu erhalten, wobei eine bestandserhaltende Nutzung erlaubt ist, sofern die Erhaltung der Flächen nicht gefährdet wird.

(4) Maßnahmen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen Beeinträchtigung der Flächen laut Absatz 3 führen können, sind unzulässig.

(5) Die Mahd von Röhricht, Schilfbeständen sowie von Streuwiesen ist in der Zeit vom 1. September bis zum 15. März erlaubt, während die Mahd zur Pflege der Entwässerungsgräben in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. März erlaubt ist. Die Mahd zur Pflege der Entwässerungsgräben darf nur abschnittsweise erfolgen. Die Landesregierung genehmigt unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und der Anforderungen des Hochwasserschutzes spezifische Managementleitlinien, auf deren Grundlage von den oben genannten Mahdzeiten abgewichen werden kann. [10\)](#)

10)Art. 16 Absatz 5 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 3 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14.](#)

Art. 17 (Ufervegetation und Auwälder)

(1) Es ist verboten, Ufervegetation oder Auwald zu roden oder auf sonstige Weise zu zerstören.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann ausnahmsweise zur Rodung ermächtigen, sofern öffentliche Interessen dies erfordern.

Art. 18 (Schutz von Hecken und Flurgehölzen)

(1) Vorbehaltlich der forstlichen Bestimmungen ist der Rückschnitt von Hecken und Flurgehölzen nur abschnittsweise erlaubt und wenn er so erfolgt, dass der Bestand nicht gefährdet wird.

Art. 19 (Abbrennen und Herbizide)

(1) Es ist verboten, Vegetationsdecken jeglicher Art abzubrennen, insbesondere Hecken, Flurgehölze, Bäume und Vegetationsdecken im Bereich von Feldrainen und Dämmen sowie Böschungen von Straßen, Bahnlinien, Fließgewässern und Gräben.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann im öffentlichen Interesse zeitlich und lokal begrenzt zum Abbrennen der Vegetationsdecke ermächtigen, sofern keine angemessenen Alternativen vorhanden sind.

(3) Es ist verboten, die in Absatz 1 genannten Vegetationsdecken mit Unkrautbekämpfungsmitteln zu behandeln. Dies gilt nicht innerhalb landwirtschaftlich intensiv genutzter Kulturflächen außer im Bereich von Feldrainen und Dämmen sowie Böschungen von Straßen, Fließgewässern und Gräben. [11\)](#)



Beschluss vom 22. August 2017, Nr. 908 - Genehmigung der „Leitlinien zur Regelung der Maßnahmen zur Verringerung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln bzw. der damit verbundenen Risiken in Gebieten, die von der Allgemeinheit oder von gefährdeten Personengruppen genutzt werden“

11)Art. 19 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 1 Absatz 1 des [L.G. vom 23. September 2020, Nr. 10.](#)


IV. ABSCHNITT SONDERBESTIMMUNGEN FÜR NATURA 2000-GEBIETE

Art. 20 (Zielsetzung)

(1) Um zur Sicherung der Artenvielfalt mittels Erhaltung der natürlichen und naturnahen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen in Südtirol beizutragen und um beim Schutzgebietnetz Natura 2000 laut Artikel 3 der FFH-Richtlinie mitzuwirken, sind die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung laut Anlage D und die Vogelschutzgebiete laut Anlage E errichtet.

(2) Die Grenzen der in Absatz 1 angeführten Gebiete werden in die Bauleitpläne sowie in die bereichsspezifischen Pläne eingetragen.

(3) Die Anlagen D und E können von der Landesregierung gemäß dem von den EU-Bestimmungen festgelegten Verfahren ergänzt werden. [12\)](#)

 Beschluss vom 23. März 2016, Nr. 310 - Ausbringung von Mist, Gülle und Jauche aus der Viehwirtschaft für Flächen in Natura 2000-Gebieten: Genehmigung und Umsetzung der Managementleitlinien

12) Art. 20 Absatz 3 wurde im italienischen Wortlaut geändert durch Art. 10 Absatz 1 des [L.G. vom 17. November 2017, Nr. 21](#).

Art. 21 (Schutzmaßnahmen)

(1) Die zu treffenden Schutzmaßnahmen zielen darauf ab, einen günstigen Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume und wild lebenden Tier- und wild wachsenden Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet zu bewahren oder wiederherzustellen.

(2) Die Landesregierung legt für die Natura 2000-Gebiete, gegebenenfalls auch durch Genehmigung von Managementplänen, folgende Ziele und Maßnahmen fest:

- a) die Erhaltungsziele, die insbesondere den Schutz oder die Wiederherstellung prioritärer Lebensräume und prioritärer Arten betreffen,
- b) die Erhaltungsmaßnahmen.
Diese Erhaltungsziele und -maßnahmen stehen im Einklang mit den ökologischen Erfordernissen der natürlichen Lebensräume nach Anhang I und der Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie sowie der Arten nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie. Für letztere sind besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume zu treffen, gegebenenfalls auch außerhalb der Natura 2000-Gebiete, um ihr Überleben und ihre Vermehrung in ihrem Verbreitungsgebiet sicherzustellen.

(3) Im Bereich von Natura 2000-Gebieten ist es verboten, die natürlichen Lebensräume und Lebensräume der Arten von gemeinschaftlicher Bedeutung zu verschlechtern und die Arten, für welche die Ausweisung erfolgt ist, zu stören, sodass die Erreichung der Erhaltungsziele gefährdet ist.

(4) In den Natura 2000-Gebieten ist, vorbehaltlich strengerer Schutzbestimmungen, insbesondere Folgendes verboten:

- a) die Errichtung neuer Elektrofreileitungen und Telefonfreileitungen,
- b) der Bau neuer Skipisten und neuer Aufstiegsanlagen, ausgenommen Materialseilbahnen,
- c) die Eröffnung neuer Schottergruben und Steinbrüche, mit Ausnahme jener, für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits eine ordnungsgemäße Ermächtigung erteilt wurde; bestehende Schottergruben und Steinbrüche dürfen bis zum Ablauf der Konzession genutzt werden, eine Verlängerung der Konzession ist jedoch nicht zulässig,
- d) die Errichtung neuer Windkraftanlagen, mit Ausnahme der Ersetzung und Modernisierung bereits bestehender oder genehmigter Anlagen und mit Ausnahme von Anlagen für den Eigenbedarf im Schutzgebiet, die eine begrenzte Leistung und Höhe aufweisen,
- e) die Errichtung neuer Deponien und Kläranlagen, mit Ausnahme von Anlagen zur Klärung der Abwässer einzelner Gebäude im Schutzgebiet,
- f) das Mähen und Entfernen der Ufervegetation im Bereich von Fließgewässern während der Fortpflanzungs- und Brutzeiten der Vögel, und zwar im Zeitraum vom 15. März bis 15. Juli,
- g) die Ausbringung von Mineraldünger und Flüssigdünger, Gülle und Jauche aus der Viehwirtschaft, mit Ausnahme des im Natura 2000-Gebiet anfallenden Flüssigdüngers und mit Ausnahme der Acker-, Obst- und Weinbaukulturen. Die Landesregierung genehmigt unter Berücksichtigung der spezifischen naturschutzfachlichen Anforderungen und einer standortgerechten Bewirtschaftung Managementleitlinien, auf deren Grundlage vom genannten Verbot abgewichen werden kann. [13\)](#)

(5) Die in den Natura 2000-Gebieten bestehenden Elektrofreileitungen müssen gesichert werden, um das Kollisions- und Stromschlagrisiko zu minimieren.

(6) Pläne und Projekte laut Artikel 6 der FHH-Richtlinie, welche ein Natura 2000-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnten, sind der Verträglichkeitsprüfung laut Artikel 22 zu unterziehen.

(7) Zur Verbesserung der ökologischen Kohärenz des Natura 2000-Netzwerkes fördert das Land Südtirol die Schaffung, Erhaltung und Wiederherstellung von Landschaftselementen, die von ausschlaggebender Bedeutung für wild lebende Tiere und wild wachsende Pflanzen sind. Dabei handelt es sich um Landschaftselemente, die aufgrund ihrer linearen, fortlaufenden Struktur, wie Flüsse mit ihren Ufern oder herkömmliche Feldraine, oder ihrer Vernetzungsfunktion, wie Teiche oder Gehölze, für die Wanderung, die geographische Verbreitung und den genetischen Austausch wild lebender Arten wesentlich sind.

(8) Das Land Südtirol fördert in den Natura 2000-Gebieten:

- a) die Entfernung der Überreste nicht mehr genutzter Bauten und technischer Anlagen,
- b) traditionelle extensive landwirtschaftliche Nutzungsformen,
- c) die Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher und naturnaher Lebensräume,
- d) die unterirdische Verlegung oder Isolierung von bestehenden Freileitungen.



Beschluss vom 23. März 2016, Nr. 310 - Ausbringung von Mist, Gülle und Jauche aus der Viehwirtschaft für Flächen in Natura 2000-Gebieten: Genehmigung und Umsetzung der Managementleitlinien

13)Der Buchstabe g) des Art. 21 Absatz 4 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 4 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

Art. 22 (Verträglichkeitsprüfung)

(1) Die Verträglichkeitsprüfung ist für alle Pläne und Projekte vorgeschrieben, die ein Natura 2000-Gebiet erheblich beeinträchtigen können. Sie wird im Rahmen der Genehmigungsverfahren vorgenommen, welche die Rechtsvorschriften des Landes für die betreffenden Pläne und Projekte bereits vorsehen.

(2) Die gemäß den Rechtsvorschriften des Landes für die Überprüfung und Genehmigung von Plänen und Projekten zuständigen Einzel- oder Kollegialorgane holen dafür von der Fachperson oder beauftragten Person der Landesabteilung Natur und Landschaft die Stellungnahme über die Verträglichkeit des Planes oder Projektes mit dem betroffenen Gebiet und dessen Erhaltung ein.

(3) Für die Stellungnahme laut Absatz 2 muss der bzw. die Antragstellende die in der Anlage F angeführten Unterlagen vorlegen.

(4) Vorbehaltlich der Bestimmung des Absatzes 5 kann ein Plan oder Projekt aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, auch bei negativer Stellungnahme der Fachperson oder der beauftragten Person der Landesabteilung Natur und Landschaft genehmigt werden, falls keine Alternative vorhanden ist.

(5) Befindet sich in dem betreffenden Gebiet ein prioritärer natürlicher Lebensraum oder eine prioritäre Art, so können nur Erwägungen im Zusammenhang mit der Gesundheit des Menschen und der öffentlichen Sicherheit oder im Zusammenhang mit maßgeblichen günstigen Auswirkungen für die Umwelt oder, nach Stellungnahme der Europäischen Kommission, andere zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses geltend gemacht werden.

(6) In den in den Absätzen 4 und 5 angeführten Fällen sind in den Genehmigungsbescheiden, eventuell auch zu Lasten des oder der Antragstellenden, Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen, die notwendig sind, um das Gesamtkonzept des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 zu gewährleisten. [14\)](#) [15\)](#)



Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 12. Dezember 2012, Nr. 278 - Jagd – jagdbare Tiere – Jagdzeiten – Art der Jagdausübung – staatliche Zuständigkeit



Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151 - Schutz von Tierarten – allgemeine Einschränkung des Pilzesammelns – Abweichung von den Verboten zur Erhaltung der geschützten Tierarten – Verfahren zum Abschuss bestimmter Arten innerhalb der Schutzgebiete – Aspekte der allumfassenden staatlichen Zuständigkeit im Umweltbereich, bzw. des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000: keine direkte Kommunikation zwischen dem Land und der Europäischen Kommission

14)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt. Später erhielt der Art. 4 Absatz 6 durch 7 Absatz 5 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#), diese Fassung.

15)Der Verfassungsgerichtshof hat mit Urteil Nr. 278 vom 12. Dezember 2012 die Verfassungsbeschwerde zu Art. 22 Absatz 6, so wie er durch Art. 7 Absatz 5 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#), abgeändert worden war, für unbegründet erklärt.

V. ABSCHNITT SCHUTZ VON MINERALIEN UND FOSSILIEN

Art. 23 (Schutz von Fossilien)

(1) Das Sammeln und der Abbau von Fossilien sind in Südtirol verboten.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann, nach Einholen eines Gutachtens des Naturmuseums Südtirol, ausschließlich für wissenschaftliche und didaktische Zwecke sowie für das Sammeln von Fundstücken in Zusammenarbeit mit dem Naturmuseum Ermächtigungen zum Sammeln und zum Abbau von Fossilien erteilen.

Art. 24 (Schutz von Mineralien)

(1) Zum Sammeln und zum Abbau von Mineralien in Südtirol ist eine entsprechende Ermächtigung erforderlich.

(2) Sofern kein Verbot seitens des Grundeigentümers besteht, ermächtigt der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft zum Sammeln und zum Abbau von Mineralien ausschließlich Personen, die:

- a) Mitglieder eines dem Landesverband der Mineraliensammlervereine angeschlossenen Vereines sind,
- b) Mitglieder eines Vereins von Mineraliensammlern mit Sitz außerhalb des Landesgebietes sind und über den Landesverband einen Antrag zum zeitlich begrenzten Sammeln stellen,
- c) eine besondere Erfahrung und Fachkenntnisse auf dem Sachgebiet nachweisen können.

(3) Die Ermächtigung ist befristet und personengebunden und wird nur Personen über 14 Jahren erteilt.

(4) Die Ermächtigung zum Sammeln und zum Abbau von Mineralien kann nicht für geschützte Gebiete wie Naturdenkmäler, Biotope, von übergemeindlichen Gebietsplänen erfasste Gebiete, Naturparke oder Gebiete mit Sammelverbot erteilt werden. Sie kann jedoch für wissenschaftliche und didaktische Zwecke oder zum Sammeln von Fundstücken in Zusammenarbeit mit dem Naturmuseum Südtirol erteilt werden, wenn ein entsprechendes positives Gutachten des Naturmuseums vorliegt.

Art. 25 (Sammeln und Abbau)

(1) Das Auflesen einzelner frei aufliegender Mineralien und Fossilien gilt nicht als Sammeln.

(2) Beim Abbau von Mineralien und Fossilien ist die Verwendung der gebräuchlichen Ausrüstung, bestehend aus Schlägeln oder Hämmern bis zu fünf Kilogramm, Meißeln bis zu 40 Zentimeter Länge, Schaufeln, Pickeln und anderen manuellen Mitteln erlaubt. Die Verwendung von Bohrmaschinen jeglicher Art, Sprengstoffen und hydraulischen Hebevorrichtungen muss vom Direktor bzw. von der Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft autorisiert werden.

(3) Nach dem Abbau muss die Fundstelle, bevor sie verlassen wird, in Ordnung gebracht werden. Die Vegetationsdecke muss wiederhergestellt werden und das Gelände muss den besonderen Merkmalen der Gegend entsprechend gestaltet werden.

VI. ABSCHNITT FÖRDERUNG DES NATURSCHUTZES

Art. 26 (Förderungsmaßnahmen)



(1) Das Land Südtirol fördert den Natur- und Landschaftsschutz. Es kann die Tätigkeit von Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe widmen, durch Beiträge und Hilfsmaßnahmen unterstützen und geeignete Mittel zur Verfügung stellen sowie Forschungs- und Planungsaufträge erteilen.

(2) Das Land Südtirol fördert insbesondere die Forschung und die wissenschaftliche Arbeit sowie Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Arten- und Lebensraumschutz im Sinne der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie.



Beschluss vom 5. April 2016, Nr. 349 - Kriterien für die Gewährung von Förderungen aus dem Landschaftsfonds



Beschluss vom 14. April 2015, Nr. 435 - Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für Jahresprogramme im Bereich Natur, Landschaft und Raumentwicklung (Art. 18 des Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16, Art. 26 des Landesgesetzes vom 12. Mai 2010, Nr. 6 und Art. 114 des Landesgesetzes vom 11.08.1997, Nr. 13) (abgeändert mit Beschluss Nr. 139 del 16.02.2016)

Art. 27 (Vertragsnaturschutz)

(1) Das Land Südtirol kann mit den Eigentümern von Grundstücken oder den sonst hierüber Verfügungsberechtigten privatrechtliche Verträge über die Abgeltung von bestimmten Leistungen, Beschränkungen oder sonstigen Maßnahmen schließen. Solche Verträge können insbesondere Maßnahmen im Sinne der FFH-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie zur Erhaltung und Pflege von Schutzgebieten, einschließlich der Schutzgebietsbetreuung und der Erstellung und Umsetzung von Bewirtschaftungsplänen, zur Erhaltung und Pflege von Feuchtgebieten, Auwäldern, Trocken- und Magerstandorten oder zur Erhaltung und Pflege von landschaftlich oder naturkundlich wertvollen Flurgehölzen und Hecken zum Inhalt haben.

(2) Die Landesregierung erlässt Richtlinien über den Abschluss von Verträgen nach Absatz 1, über Art und Höhe der Vergütungen und über die Auflagen, Bedingungen und Befristungen derselben.

VII. ABSCHNITT DURCHFÜHRUNG DES GESETZES

Art. 28 (Überwachung)

(1) Die Landesabteilung Natur- und Landschaft überwacht und dokumentiert in Zusammenarbeit mit dem für die Jagd und Fischerei zuständigen Landesamt den Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen unter Berücksichtigung der prioritären Lebensräume und der prioritären Arten im Sinne der FFH-Richtlinie und der Arten nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie. Sie verfasst im Sechsjahresrhythmus einen Bericht darüber.

(2) Der Bericht laut Absatz 1 beinhaltet überdies Informationen über die von der Landesregierung festgelegten Erhaltungsmaßnahmen sowie eine Beurteilung der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume laut Anhang I und der Arten laut Anhang II der FFH-Richtlinie.

Art. 29 (Aufsicht und Kontrolle)

(1) Die Einhaltung dieses Gesetzes wird vom Personal der Landesabteilung Natur und Landschaft und der Landesagentur für Umwelt, das durch den jeweiligen Direktor bzw. die jeweilige Direktorin damit beauftragt wird, vom Landesforstkorps sowie von der Gemeindepolizei überwacht.

Art. 30 (Einziehung)

(1) Bei Übertretung der Bestimmungen über den Schutz der wild lebenden Tiere oder der Fossilien und Mineralien werden alle Tiere oder ihre Entwicklungsformen und alle Fossilien und Mineralien im Verwaltungswege eingezogen.

(2) Wer sich auf die entsprechende Aufforderung hin weigert, die in Absatz 1 angeführten Sachen abzugeben, unterliegt einer Verwaltungsstrafe im Ausmaß des Doppelten des in Artikel 31 angegebenen Betrags, der für die entsprechende Übertretung

vorgesehen ist.

(3) Die eingezogenen Tiere und ihre Entwicklungsformen werden nach Möglichkeit in ihre natürliche Umwelt zurückgebracht.

(4) Die eingezogenen Tiere, die nicht in ihre natürliche Umwelt zurückgebracht werden können, sowie die eingezogenen Fossilien und Mineralien werden dem Naturmuseum Südtirol übergeben.

Art. 31 (Verwaltungsstrafen)

(1) Wer gegen die Bestimmung des Artikels 3 Absatz 2 über den Handel mit wild lebenden Tieren verstößt, muss für jedes einzelne Tier eine Verwaltungsstrafe von 100,00 Euro entrichten.

(2) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 5 oder des Artikels 5 über den Schutz vollkommen geschützter Tierarten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(3) Wer Tiere einer vollkommen geschützten Tierart verletzt oder tötet, muss für jedes einzelne Tier eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(4) Wer Nistplätze, Fortpflanzungs-, Ruhe- oder Aufenthaltsstätten von Tieren vollkommen geschützter Tierarten beschädigt oder zerstört, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten; ab einer Fläche von über zehn Quadratmetern wird die Strafe um 30,00 Euro pro zusätzlichem Quadratmeter erhöht.

(5) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe a) oder des Artikels 9 Absatz 1 über den Schutz vollkommen geschützter Pflanzenarten verstößt, muss für eine Pflanze eine Verwaltungsstrafe von 50,00 Euro entrichten, für jede weitere Pflanze zusätzlich 5,00 Euro.

(6) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe b) über den Schutz des Standorts vollkommen geschützter Pflanzenarten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten; ab einer Fläche von über zehn Quadratmetern wird die Strafe um 30,00 Euro pro zusätzlichem Quadratmeter erhöht.

(7) Wer entgegen der Bestimmung des Artikels 8 Absatz 2 mehr als zehn Blütenstängel teilweise geschützter Pflanzen pflückt, muss eine Verwaltungsstrafe von 30,00 Euro entrichten und für jede weitere Pflanze zusätzlich 5,00 Euro.

(8) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 3 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 100,00 Euro entrichten.

(9) Wer gegen die Bestimmung laut Artikel 8 Absatz 5 in Bezug auf das Sammeln von teilweise geschützten Pflanzen für den Eigenbedarf verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 70,00 Euro entrichten.

(10) Wer gegen die Bestimmung von Artikel 12 über die Ansiedelung gebietsfremder Tiere verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten und ist verpflichtet, die Tiere wieder zu entfernen.

(11) Wer gegen die Bestimmung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b) über das Fahren mit Motorbooten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(12) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 16 Absatz 5 über die Mahd von Röhricht, Schilfbeständen oder Entwässerungsgräben, des Artikels 18 Absatz 1 über das Zurückschneiden von Hecken und Flurgehölzen, des Artikels 19 Absätze 1 und 3 über das Abbrennen und die Behandlung mit Unkrautbekämpfungsmitteln oder des Artikels 21 Absatz 4 Buchstabe g) über die Ausbringung von Mineral- und Flüssigdünger in Natura 2000-Gebieten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten, wobei ab einer Fläche von über 50 Quadratmetern die Verwaltungsstrafe um 10,00 Euro für jeden zusätzlichen Quadratmeter erhöht wird.

(13) Wer gegen die Bestimmungen von Artikel 23 Absatz 1 über das Sammeln und den Abbau von Fossilien verstößt, ohne die Ermächtigung laut Artikel 24 Absatz 1 Mineralien sammelt oder die Auflagen der Ermächtigung laut Artikel 23 Absatz 2 oder Artikel 24 verletzt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten. Derselben Verwaltungsstrafe unterliegt, wer die Ermächtigung laut Artikel 23 Absatz 2 oder Artikel 24 auf Verlangen der Aufsichtsbehörde nicht vorweist.

(14) Wer andere Werkzeuge verwendet als die, die im Artikel 25 Absatz 2 vorgesehen sind, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(15) Wer die im Artikel 25 Absatz 3 vorgesehene Wiederherstellung der Vegetationsdecke und des Geländes nicht vornimmt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten.

(16) Die auf der Grundlage der vorhergehenden Absätze zu verhängenden Verwaltungsstrafen dürfen in jedem Fall das Höchstmaß von 20.000,00 Euro nicht überschreiten. [16\)](#)

16)Art. 31 Absatz 16 wurde hinzugefügt durch Art. 7 Absatz 6 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

Art. 32 (Ersetzung von Schutzbestimmungen)

(1) Die Bestimmungen zum Artenschutz laut II. Abschnitt und zum Schutz von Mineralien und Fossilien laut V. Abschnitt ersetzen alle diesbezüglichen Bestimmungen in den landschaftlichen Unterschutzstellungen.

VIII. ABSCHNITT ANDERE BESTIMMUNGEN

Art. 33 (Änderung des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), „Bestimmungen über die Wildhege und die Jagdausübung“)

(1) Artikel 3 Absatz 4 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:
„4. Die Wildbeobachtungsstelle hat ihren Sitz bei der Landesverwaltung und ist ein beratendes Organ derselben, das für wissenschaftliche und technische Fragen zuständig ist. Sie gibt die Gutachten ab, die in Artikel 2 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 30. April 1987, Nr. 3, in geltender Fassung, und in diesem Gesetz vorgesehen sind. Die Zusammensetzung der Wildbeobachtungsstelle muss dem Sprachgruppenverhältnis der jeweils letzten amtlichen Volkszählung entsprechen, vorbehaltlich der Zugangsmöglichkeit für die ladinische Sprachgruppe.“

(2) Artikel 9 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:
„1. In Wildschutzgebieten ist die Jagd verboten. In den geschützten Biotopen, welche eine Ausdehnung über zehn Hektar haben oder direkt an das Schongebiet des Stilfserjoch Nationalparkes angrenzen, sind im Rahmen des Abschussplanes gemäß Artikel 27 die Regulierung des jagdbaren Schalenwildes sowie der Fuchsabschuss erlaubt.“

[(3) Nach Artikel 9 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, ist folgender Absatz eingefügt:
„1/bis. Der für die Jagd zuständige Landesrat kann, nach Anhören der Wildbeobachtungsstelle und der Landesabteilung Natur und Landschaft, aus wildbiologischen und hygienisch-gesundheitlichen Gründen sowie zur Einschränkung von Wildschäden an den land- und forstwirtschaftlichen Kulturen beziehungsweise am Fischbestand den Abschuss bestimmter Wildarten laut Artikel 4 Absätze 1 und 2 erlauben.“] [3\)](#)

(4) Artikel 9 Absatz 2 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:
„2. Wildschutzgebiete im Sinne dieses Gesetzes sind die aufgrund des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), in geltender Fassung, geschützten Biotope. Entlang der von den Zugvögeln benutzten Routen weist die Landesregierung Wildschutzgebiete aus, die entsprechend den ökologischen Erfordernissen zur Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensräume dieser Vögel beitragen.“



Verfassungsgerichtshof - Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151 - Schutz von Tierarten – allgemeine Einschränkung des Pilzesammelns – Abweichung von den Verboten zur Erhaltung der geschützten Tierarten – Verfahren zum Abschuss bestimmter Arten innerhalb der Schutzgebiete – Aspekte der allumfassenden staatlichen Zuständigkeit im Umweltbereich, bzw. des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000: keine direkte Kommunikation zwischen dem Land und der Europäischen Kommission

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 34 (Änderung des [Landesgesetzes vom 19. Juni 1991, Nr. 18](#), „Regelung des Pilzesammelns zum Schutz der Pflanzenökosysteme“)

(1) Artikel 8 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 19. Juni 1991, Nr. 18](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:
„3. In den Naturdenkmälern, Biotopen, Naturparken und Natura 2000-Gebieten sowie in dem in der Provinz Bozen gelegenen Gebiet des Nationalparks Stilfser Joch werden die in diesem Gesetz vorgesehenen Verwaltungsstrafen in Bezug auf die gesammelten Pilze über die erlaubte Menge hinaus um 50 Prozent erhöht.“

Art. 35 (Änderung des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), betreffend „Landschaftsschutz“)

(1) Nach Artikel 18/bis Absatz 1 Buchstabe e) des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), wird folgender Buchstabe hinzugefügt:
„f) Besucherlenkungsmaßnahmen im Bereich von Schutzgebieten, die Errichtung von Themenwegen und Naturlehrpfaden sowie Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Baukultur zu fördern.“

Art. 36 (Aufhebung von Gesetzen)

(1) Folgende Landesgesetze sind aufgehoben:

- a) das [Landesgesetz vom 28. Juni 1972, Nr. 13](#), in geltender Fassung,
- b) das [Landesgesetz vom 13. August 1973, Nr. 27](#), in geltender Fassung,
- c) das [Landesgesetz vom 12. August 1977, Nr. 33](#), in geltender Fassung.

Art. 37 (Finanzbestimmung)

(1) Die Deckung der Ausgaben, die sich aus den Maßnahmen dieses Gesetzes zu Lasten des Haushalts 2010 ergeben, werden durch die noch verfügbaren Anteile der Bereitstellungen der HGE 25105 und 25210 des Landeshaushaltes 2010 gedeckt, die für die Maßnahmen des durch Artikel 36 Buchstabe b) aufgehobenen Landesgesetzes autorisiert waren.

(2) Die Ausgabe zu Lasten der folgenden Haushaltsjahre wird mit dem jährlichen Finanzgesetz festgelegt.

Art. 38 (Inkrafttreten)

(1) Das vorliegende Gesetz tritt am 60. Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Das vorliegende Gesetz wird im Amtsblatt der Region kundgemacht. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

Anlage A

Verzeichnis der geschützten wild lebenden Tierarten nach Artikel 4

(die nach den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie zu schützenden Arten bzw. jene Familien, die eine solche Art enthalten, sind mit einem * gekennzeichnet)

- a) Säugetiere (Mammalia):
 - 1) Maulwurf (*Talpa europea*).

- b) Kriechtiere (Reptilia):
- 1) Eidechsen (Lacertidae): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 2) Blindschleiche (Anguis fragilis),
 - 3) Schlangen (Serpentes): alle in Südtirol heimischen Arten*.
- c) Lurche (Amphibia):
- 1) Frösche (Rana, Hyla): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 2) Kröten (Bufonidae): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 3) Unken (Bombina): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 4) Salamander (Salamandridae): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 5) Molche (Triturus): alle in Südtirol heimischen Arten*.
- d) Weichtiere (Mollusca):
- 1) Schmale Windelschnecke (Vertigo angustior)*,
 - 2) Blanke Windelschnecke (Vertigo genesii)*,
 - 3) Geysers Windelschnecke (Vertigo geyeri)*,
 - 4) Bauchige Windelschnecke (Vertigo moulinsiana)*,
 - 5) Fluss- und Teichmuschel (Unionidae)*.
- e) Insekten (Hexapoda):
- 1) Libellen (Odonata): alle in Südtirol heimischen Arten;
 - 2) Heuschrecken (Saltatoria):
 - Große Goldschrecke (Chrysochiron dispar),
 - Fluß-Strandschrecke (Epacromius teregestinus),
 - Kreuzschrecke (Oedalus decorus),
 - Rotflügelige Ödlandschrecke (Oedipoda germanica),
 - Lauschschrecke (Parapleurus alliaceus),
 - Große Schiefkopfschrecke (Ruspolia nitidula),
 - Blauflügelige Sandschrecke (Sphingonotus caeruleus),
 - Sumpfschrecke (Stethophyma grossum),
 - Türks Dornschröcke (Tetrix tuerki),
 - Östliches Heupferd (Tettigonia caudata);
 - 3) Käfer (Coleoptera):
 - Großer Eichenbock (Cerambyx cerdo)*,
 - Kolbenwasserkäfer (Hydrophilus spp.),
 - Hirschkäfer (Lucanus cervus)*,
 - Ölkäfer (Meloe spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Eremit oder Juchtenkäfer (Osmoderma eremita)*,
 - Alpenbock (Rosalia alpina)*;
 - 4) Schmetterlinge (Lepidoptera):
 - Schillerfalter (Apatura spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Magerrasen-Perlmutterfalter (Boloria dia),
 - Randring-Perlmutterfalter (Boloria eunomia),
 - Mädesüß-Perlmutterfalter (Brenthis ino),
 - Spanische Flagge (Callimorpha quadripuncta)*,
 - Ordensbänder (Catocala spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Berghexe (Chazara briseis),
 - Rotbraunes Wiesenvögelein (Coenonympha glycerion),
 - Hochmoor-Gelbling (Colias palaeno),
 - Prunner's Mohrenfalter (Erebia triarius),
 - Hecken-Wollfalter (Eriogaster catax)*,
 - Goldener Scheckenfalter (Euphydryas aurinia)*,
 - Spiegelfleck-Dickkopffalter (Heteropterus morpheus),
 - Großer Waldportier (Hipparchia fagi),
 - Sanddornschwärmer (Hyles hippophaea)*,
 - Segelfalter (Iphiclydes podalirius),
 - Zürgelbaum-Schnauzenfalter (Libythea celtis),
 - Eisvögel (Limenitis spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Gelbringfalter (Lopinga achine)*,
 - Violetter Feuerfalter (Lycaena alciphron),
 - Großer Feuerfalter (Lycaena dispar)*,
 - Blauschillernder Feuerfalter (Lycaena helle)*,
 - Brauner Feuerfalter (Lycaena tityrus),
 - Schwarzfleckiger Ameisenbläuling (Maculinea arion)*,
 - Ähnlicher Scheckenfalter (Melitaea deione),
 - Baldrian Scheckenfalter (Melitaea diamina),
 - Feuerroter Perlmutterfalter (Melitaea didyma),
 - Flockenblumen-Scheckenfalter (Melitaea phoebe),
 - Schwarzer Trauerfalter (Neptis rivularis),
 - Apollofalter (Parnassius apollo)*,
 - Schwarzer Apollo (Parnassius mnemosyne)*,
 - Hochalpen-Apollo (Parnassius phoebus),
 - Kleiner Tragant-Bläuling (Plebeius trappi),
 - Weißdolph-Bläuling (Polyommatus damon),
 - Nachtkerzenschwärmer (Proserpinus proserpina)*,
 - Braungebändertes Ochsenauge (Pyronia tithonus),
 - Kleiner Schlehen-Zipfelfalter (Satyrium acaciae),
 - Ulmen Zipfelfalter (Satyrium w-album),
 - Mattscheckiger Braun-Dickkopffalter (Thymelicus acteon),
 - Osterluzeifalter (Zerynthia polyxena)*.

Anlage B

Verzeichnis der vollkommen geschützten Pflanzenarten nach Artikel 7

(die nach der FFH-Richtlinie zu schützenden Arten bzw. jene Familien, die eine solche Art enthalten, sind mit einem * gekennzeichnet)

a) Blütenpflanzen (Angiospermae):

- 1) Filz-Schafgarbe (*Achillea tomentosa*),
- 2) Rosmarinheide (*Andromeda polifolia*),
- 3) Mannsschild (*Androsace* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 4) Kleinblütige Akelei, Dolomiten-Akelei (*Aquilegia einseleana*),
- 5) Alpen-Grasnelke, Schlernhexe (*Armeria alpina*),
- 6) Glänzende Edelraute (*Artemisia nitida*),
- 7) Stängelloser Tragant (*Astragalus exscapus*),
- 8) Blasen-Tragant (*Astragalus vesicarius*),
- 9) Falzblume (*Bombacillaena erecta*),
- 10) Schwanenblume (*Butomus umbellatus*),
- 11) Moretti-Glockenblume (*Campanula morettiana*)*,
- 12) Strauß-Glockenblume (*Campanula thyrsoidea*),
- 13) Seltsame Segge (*Carex appropinquata*),
- 14) Kopf-Segge (*Carex capitata*),
- 15) Strick-Segge (*Carex chordorrhiza*),
- 16) Kamm-Segge (*Carex disticha*),
- 17) Torf-Segge (*Carex heleonastes*),
- 18) Simsen-Segge (*Carex maritima*),
- 19) Punkt-Segge (*Carex punctata*),
- 20) Schmalblättrige Segge (*Carex stenophylla*),
- 21) Scheiden-Segge (*Carex vaginata*),
- 22) Tausendguldenkraut (*Centaureum* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 23) Schmalblättrige Spornblume (*Centranthus angustifolius*),
- 24) Wachsblume (*Cerinth* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 25) Wasserschieferling (*Cicuta virosa*),
- 26) Goldbart (*Chrysopogon gryllus*),
- 27) Alpen-Zyklame (*Cyclamen purpurascens*),
- 28) Seidelbast und Steinröslein (*Daphne* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 29) Nelke (*Dianthus* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 30) Diptam (*Dictamnus albus*),
- 31) Drachenkopf (*Dracocephalum* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten*,
- 32) Sonnentau (*Drosera* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 33) Schweizer Meerträubel (*Ephedra helvetica*),
- 34) Schlankes Wollgras (*Eriophorum gracile*),
- 35) Zwerg-Himmelsherold (*Eritrichium nanum*),
- 36) Gelbsterne (*Gagea* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 37) Enzian (*Gentiana* spp., *Gentianella* spp., *Gentianopsis ciliata*, *Comastoma* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 38) Echtes Gnadakraut (*Gratiola officinalis*),
- 39) Knotenblütiger Sumpfschirm (*Helosciadium nodiflorum*),
- 40) Duft-Marienblume (*Hierochloa odorata*),
- 41) Europäische Stechpalme (*Ilex aquifolium*),
- 42) Wiesen-Alant (*Inula britannica*),
- 43) Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*),
- 44) Sibirische Schwertlilie (*Iris sibirica*),
- 45) Edelweiß (*Leontopodium alpinum*),
- 46) Frühlingsknotenblume (*Leucorum vernum*),
- 47) Feuer-Lilie (*Lilium bulbiferum*),
- 48) Türkenbund-Lilie (*Lilium martagon*),
- 49) Salz-Hornklee (*Lotus tenuis*),
- 50) Deutsche Tamariske (*Myricaria germanica*),
- 51) Gelbe Teichrose (*Nuphar luteum*),
- 52) Weiße Seerose (*Nymphaea alba*),
- 53) Trientner Lotwurz (*Onosma helveticum* subsp. *Tridentinum*),
- 54) Orchideen (*Orchidaceae*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
- 55) Großblütige Strahlendolde, Großblütiger Breitsame (*Orlaya grandiflora*),
- 56) Sommerwurz, Blauwürger (*Orobanch* spp., *Phelipanche* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 57) Paradieslilie, Weiße Trichterlilie (*Paradisea liliastrum*),
- 58) Karst-Läusekraut (*Pedicularis haccquetii*),
- 59) Schopfteufelskralle (*Physoplexis comosa*)*,
- 60) Primel, Schlüsselblume (*Primula* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten, inklusive das Heilglöckchen (*Primula (=Corthusa) matthioli*), mit Ausnahme der Hohen Schlüsselblume (*Primula elatior*) und Frühlings-Schlüsselblume (*Primula veris*),
- 61) Weiße Brunelle (*Prunella laciniata*),
- 62) Küchenschelle, Anemone (*Pulsatilla* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 63) Zungen-Hahnenfuß (*Ranunculus lingua*),
- 64) Echte Bergscharte (*Rhaponticum scariosum*),
- 65) Schnabelbinse, Schnabelried (*Rhynchospora* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 66) Steinbrech (*Saxifraga* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten*,
- 67) Blumensimse (*Scheuchzeria palustris*),
- 68) Igelkolben (*Sparganium* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 69) Sumpf-Tarant, Moorenzian (*Swertia perennis*),
- 70) Telephie (*Telephium imperati*),
- 71) Alpenrachen (*Tozza alpina*),
- 72) Zwerg-Haarbinse (*Trichophorum pumilum*)
- 73) Felsen-Klee (*Trifolium saxatile*)*,
- 74) Rohrkolben (*Typha* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 75) Moosbeere (*Vaccinium oxycoccos* agg.),
- 76) Großer Ehrenpreis (*Veronica teucrium*).

b) Farnpflanzen (Pteridophyta)

- 1) Venushaar (*Adiantum capillus-veneris*),
- 2) Mondraute (*Botrychium* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,

- 3) Gewöhnliche Natternzunge (*Ophioglossum vulgatum*),
 - 4) Rostroter Wimperfarn (*Woodsia ilvensis*).
- c) Moose (Bryophyta)
- 1) Grünes Koboldmoos (*Buxbaumia viridis*)*,
 - 2) Firnisglänzendes Sichelmoos (*Drepanocladus vernicosus*)*,
 - 3) Dreimänniges Zwerglungenmoos (*Mannia triandra*)*,
 - 4) Bruchmoos (*Meesia longiseta*)*.

Anlage C

Verzeichnis der wild wachsenden Pflanzen, die im Sinne von Artikel 8 Absatz 5 für den Eigenbedarf gesammelt werden dürfen

- 1) Gewöhnliche Schafgarbe (*Achillea millefolium*): oberirdische Pflanze,
- 2) Frauenmantel (*Alchemilla* spp.): oberirdische Pflanze,
- 3) Echte Bärentraube (*Arctostaphylos uva-ursi*): Blätter,
- 4) Gewöhnliche Birke (*Betula pendula*): Blätter,
- 5) Echter Hopfen (*Humulus lupulus*): junge Triebe,
- 6) Echtes Johanniskraut (*Hypericum perforatum*): oberirdische Pflanze,
- 7) Weiße Taubnessel (*Lamium album*),
- 8) Himbeere (*Rubus idaeus*): Blätter,
- 9) Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*): Blüten,
- 10) Aufgeblasenes Leimkraut (*Silene vulgaris*),
- 11) Gewöhnlicher Löwenzahn (*Taraxacum officinale*): gesamte Pflanze mit Blattrosette,
- 12) Linde (*Tilia* spp.): Blüten,
- 13) Huflattich (*Tussilago farfara*): Blüten und Blätter,
- 14) Große Brennessel (*Urtica dioica*): oberirdische Pflanze,
- 15) Vogelsalat (*Valerianella locusta*): Blattrosette.

Anlage D

Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung laut Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992, im Sinne von Artikel 20

- Biotop Steppenvegetation Tartscher Leiten (Cod. IT3110001),
- Biotop Schludernser Au (Cod. IT3110002),
- Biotop Tschenglser Au (Cod. IT3110004),
- Biotop Eyrser Au (Cod. IT3110005),
- Biotop Steppenvegetation Sonnenberg (Cod. IT3110010),
- Pfoßental im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110011),
- Lazins - Schneebergzug im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110012),
- Biotop Falschaueremündung (Cod. IT3110013),
- Biotop Gisser Auen (Cod. IT3110014),
- Biotop Hühnerspiel (Cod. IT3110015),
- Biotop Wieseremoos (Cod. IT3110016),
- Naturpark Rieserferner-Ahrn (Cod. IT3110017),
- Biotop Ahrauen (Cod. IT3110018),

- Biotop Rasner Möser (Cod. IT3110019),
- Biotop Seikofel - Nemes Alpe (Cod. IT3110020),
- Biotop Rienzau - Toblach (Cod. IT3110022),
- Villnöß – Peitlerkofel – Raschötz im Naturpark Puez-Geißler (Cod. IT3110026),
- Gröden – Langental - Puez im Naturpark Puez-Geißler (Cod. IT3110027),
- Naturpark Schlern-Rosengarten (Cod. IT3110029),
- Biotop Totes Moos (Cod. IT3110030),
- Biotop Wölflmoor (Cod. IT3110031),
- Biotop Tschingger Moor (Cod. IT3110032),
- Biotop Eislöcher (Cod. IT3110033),
- Biotop Kalterer See (Cod. IT3110034),
- Biotop Castelfeder (Cod. IT3110035),
- Naturpark Trudner Horn (Cod. IT3110036),
- Biotop Fennberger See (Cod. IT3110037),
- Ulten - Suldén im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110038),
- Ortler - Madatschspitzen im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110039),
- Chavalatschalm im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110040),
- Jaggl am Reschenpaß (Cod. IT3110041),
- Felsrasen Agums (Cod. IT3110042),
- Felsrasen Ottilienkirche (Cod. IT3110043),
- Schlanderser Leiten (Cod. IT3110044),
- Kortscher Leiten (Cod. IT 3110045),
- Biotop Fuchsmöser (Cod. IT3110046),
- Armentarawiesen (Cod. IT3110048),
- Naturpark Fanes-Sennes-Prags (Cod. IT3110049),
- Naturpark Sextner Dolomiten (Cod. IT3110050),
- Biotop Stegener Ahrau (Cod. IT3110051).

Anlage E

Besondere Vogelschutzgebiete laut Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009, im Sinne von Artikel 20

- Biotop Schludernser Au (Cod. IT3110002),
- Biotop Steppenvegetation Sonnenberg (Cod. IT3110010),
- Pfossental im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110011),
- Lazins – Schneebergzug im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110012),
- Biotop Falschaueröffnung (Cod. IT3110013),
- Naturpark Rieserferner–Ahrn (Cod. IT3110017),
- Biotop Ahrauen (Cod. IT3110018),
- Villnöß – Peitlerkofel – Raschötz im Naturpark Puez – Geißler (Cod. IT3110026),
- Naturpark Schlern-Rosengarten (Cod. IT3110029),
- Biotop Kalterer See (Cod. IT 3110034),
- Naturpark Trudner Horn (Cod. IT3110036),
- Ulten – Suldén im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110038),
- Ortler – Madatschspitzen im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110039),
- Chavalatschalm im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110040),
- Naturpark Fanes-Sennes-Prags (Cod. IT3110049),
- Naturpark Sextner Dolomiten (Cod. IT3110050),
- Biotop Stegener Ahrau (Cod. IT3110051).

Anlage F

Im Sinne von Artikel 22 für die Verträglichkeitsprüfung vorzulegende Unterlagen

1) Pläne:

a) Standortbestimmung der betroffenen Gebiete und Angabe ihres Schutzstatus in Bezug auf das Netzwerk Natura 2000;

- b) Beschreibung der Merkmale und Inhalte des Plans, welcher Auswirkungen auf den Schutzstatus der Natura 2000-Gebiete haben kann;
 - c) Auflistung von eventuellen Konflikten zwischen den Inhalten/Zielsetzungen des Plans und den Erhaltungszielen des Netzwerks Natura 2000 und ihrer Auswirkungen;
 - d) Auflistung von Maßnahmen zur Lösung eventueller Konflikte (eventuelle Ausgleichsmaßnahmen), die in jedem Falle auf den Schutz und die Aufwertung der Lebensräume und der dort vorkommenden Arten ausgerichtet sind.
- 2) Projekte:
- a) Zusammenfassende Beschreibung der technischen und physischen Merkmale des Projektes;
 - b) Beschreibung der mit der Durchführung des Projektes verbundenen Eingriffe (Baustellen, Ablagerungen usw.);
 - c) Gründe, welche die Durchführung des Projektes erforderlich machen (Auflistung von möglichen Alternativen);
 - d) Beschreibung des vom Eingriff betroffenen Natura 2000-Gebietes oder des an das Schutzgebiet angrenzenden Gebietes;
 - e) Angabe des Lebensraums und der Tier- und Pflanzenarten, für die das Gebiet ausgewiesen wurde und die vom Eingriff betroffen sind;
 - f) bei Verträglichkeit: zusammenfassende Bestätigung der Verträglichkeit des Eingriffs in Bezug auf die Lebensräume und Arten, für die das Gebiet ausgewiesen wurde;
 - g) bei Unverträglichkeit: Beschreibung der Projektmaßnahmen und Maßnahmen, die zur Milderung der Beeinträchtigung des Standorts zu ergreifen sind, sei es bei der Durchführung des Eingriffs als bei Inbetriebnahme; Beschreibung der Eingriffe, die auf einen Ausgleich der Beeinträchtigungen abzielen (Maßnahmen zur Milderung).

d) Legge provinciale 12 maggio 2010 , n. 6 ^{1) 2)} Legge di tutela della natura e altre disposizioni

1) Pubblicata nel B.U. 25 maggio 2010, n. 21.

2) Vedi anche l'art. 3, comma 1, del [D.P.P. 18 settembre 2012, n. 31](#).

CAPO I DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 1 (Ambito di applicazione)

(1) La presente legge disciplina la tutela degli animali selvatici, delle piante a diffusione spontanea, dei loro habitat, nonché dei fossili e minerali.

(2) Sono fatte salve le seguenti norme:

- a) per la protezione della fauna selvatica e per l'esercizio della caccia, di cui alla [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche;
- b) in materia di pesca, di cui alla [legge provinciale 9 giugno 1978, n. 28](#), e successive modifiche;
- c) in materia delle acque, di cui alla [legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8](#), e successive modifiche, e di cui al piano di tutela delle acque;
- d) in materia di tutela dei funghi, di cui alla [legge provinciale 19 giugno 1991, n. 18](#), e successive modifiche.

(3) Nella presente legge le persone sono indicate nella forma femminile e maschile, a condizione che ciò non pregiudichi la leggibilità e chiarezza del testo. Nel caso del solo uso del genere maschile, lo stesso è da intendersi riferito ad entrambi i generi, purché riferito a persone fisiche.

Art. 2 (Diritto al godimento della natura ed alla ricreazione)

(1) Chiunque ha diritto al godimento delle bellezze naturali e alla ricreazione nell'ambiente naturale.

(2) Chiunque è obbligato nell'esercizio del diritto di cui al comma 1 ad avere cura della natura e del paesaggio e deve contribuire in base alle sue possibilità e nella responsabilità per le fonti naturali di vita a realizzare le finalità ed i principi della tutela della natura e deve comportarsi in modo tale che le fonti naturali di vita delle specie animali e vegetali selvatiche siano conservate, non compromesse e ricostituite.

(3) L'utilizzazione agricola e forestale che conserva il paesaggio culturale ed è ecologicamente orientata riveste particolare importanza e contribuisce alla conservazione degli elementi paesaggistici lineari e puntiformi rilevanti per il bilancio naturale.

(4) Il diritto di cui al comma 1 si esercita senza pregiudizio per i diritti del proprietario del terreno e dell'avente diritto all'uso.

(5) L'esercizio del diritto di cui al comma 1 avviene di principio a proprio rischio. Salvo quanto previsto da altre norme, con ciò non vengono costituiti particolari doveri di cura e garanzia della sicurezza stradale gravanti sul proprietario del terreno oppure su altro avente diritto.

(6) La ricreazione in parti dell'ambiente naturale può essere limitata, con regolamento di esecuzione, nella misura necessaria oppure vietata per motivi di tutela della natura e del paesaggio, in particolare per quanto riguarda l'inquinamento del suolo con immondizie ed escrementi in seguito al maggiore utilizzo per attività ricreative.

CAPO II TUTELA DELLE SPECIE

Sezione I


Tutela degli animali selvatici

Art. 3 (Oggetto di tutela)

- (1) Tutti gli animali che hanno diffusione naturale e vivono allo stato selvatico nel territorio della provincia di Bolzano sono protetti.
- (2) È vietato porre in commercio animali che vivono allo stato selvatico.

[Art. 4 (Specie animali integralmente protette)

- (1) Sono integralmente protette le specie animali di cui all'allegato A.
- (2) Sono inoltre integralmente protette le specie animali selvatiche di cui agli allegati II e IV alla direttiva 92/43/CEE del Consiglio del 21 maggio 1992, relativa alla conservazione degli habitat naturali e seminaturali e della flora e della fauna selvatiche, di seguito denominata direttiva habitat, e che vivono anche solo temporaneamente nel territorio della provincia di Bolzano. Per tali specie vige un regime di rigorosa tutela, onde assicurarne il mantenimento o il ripristino in uno stato di conservazione soddisfacente.
- (3) Gli uccelli selvatici di cui alla direttiva 2009/147/CE del Parlamento europeo e del Consiglio del 30 novembre 2009 concernente la conservazione degli uccelli selvatici, di seguito denominata direttiva uccelli, sono sottoposti a tutela ai sensi della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche.
- (4) L'elenco delle specie animali integralmente protette può essere integrato dalla Giunta provinciale.
- (5) È vietato:
- catturare o uccidere deliberatamente, in qualunque stadio di vita, animali delle specie integralmente protette o perturbare deliberatamente gli stessi, particolarmente durante il periodo di riproduzione, di allevamento, di ibernazione e di migrazione, tenerli in custodia vivi o morti, trasportare animali integralmente protetti o parti di essi, usarli per eventuali lavorazioni, commercializzarli, scambiarli o offrirli a scopi commerciali o in permuta;
 - distruggere deliberatamente o rimuovere dall'ambiente naturale le uova oppure deteriorare o distruggere i luoghi di nidificazione, i siti di riproduzione e le aree di riposo di specie animali integralmente protette.
- (6) Ai proprietari, agli affittuari e agli usufruttuari è consentito catturare o uccidere talpe sui propri fondi destinati a coltura agricola o a giardinaggio.
- (7) Sono esclusi dai divieti di cui al comma 5 le specie di animali che provengono da allevamenti. Tali specie, se poste in commercio, devono essere accompagnate da un certificato di provenienza redatto dall'allevatore.
- (8) Per quanto concerne la cattura o l'uccisione delle specie faunistiche selvatiche elencate nell'allegato V, lettera a), della direttiva habitat, e qualora siano fissate delle deroghe conformi all'articolo 11 di questa legge per il prelievo, la cattura o l'uccisione delle specie di cui all'allegato IV, lettera a), della stessa direttiva, è comunque vietato l'utilizzo di mezzi non selettivi suscettibili di provocare localmente la scomparsa o di perturbare gravemente la tranquillità delle popolazioni.
- (9) È vietato l'uso dei mezzi di cattura e di uccisione specificati nell'allegato VI, lettera a), della direttiva habitat e qualsiasi forma di cattura o di uccisione dai mezzi di trasporto di cui all'allegato VI, lettera b), della stessa direttiva.] [3](#)

 Corte costituzionale - sentenza 18 aprile 2011, n. 151 - Tutela di specie animali limite generale alla raccolta dei funghi deroghe ai divieti previsti a tutela delle specie animali protette procedimento per l'abbattimento di determinate specie all'interno delle oasi di protezione aspetti della onnicomprensiva competenza statale in materia ambientale rete ecologica europea Natura 2000: nessuna comunicazione diretta tra la Provincia e la Commissione europea

3)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 5 (Aree protette)

(1) Nei monumenti naturali, nei biotopi sottoposti a vincolo e nell'ambito dei parchi naturali tutte le specie animali che vivono allo stato selvatico sono integralmente protette. Sono fatte salve le norme per la protezione della fauna selvatica e per l'esercizio della caccia nonché in materia di pesca.

Sezione II Tutela delle piante a diffusione spontanea

Art. 6 (Oggetto di tutela)

(1) Tutte le piante a diffusione naturale e spontanea nel territorio della provincia di Bolzano sono protette. Sono escluse dalle disposizioni di tutela di cui agli articoli 8 e 9 le specie neofite invasive. [4\)](#)

4) L'art. 6, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 1, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 7 (Specie vegetali integralmente protette)

(1) Sono integralmente protette le specie vegetali elencate nell'allegato B.

(2) Sono inoltre integralmente protette le specie vegetali a diffusione spontanea di cui agli allegati II e IV della direttiva habitat. Per tali specie vige un regime di rigorosa tutela, onde assicurare il loro mantenimento o il ripristino in uno stato di conservazione soddisfacente.

(3) L'elenco delle specie vegetali integralmente protette può essere integrato dalla Giunta provinciale.

(4) È vietato:

- a) raccogliere, collezionare, tagliare, estirpare o distruggere deliberatamente piante a diffusione spontanea integralmente protette nei loro diversi stadi di sviluppo o parti di esse, conservarle allo stato fresco o essiccato, trasportarle, usarle per lavorazioni, commercializzarle, scambiarle o offrirle a scopi commerciali o di scambio;
- b) modificare l'ambiente naturale delle piante a diffusione spontanea integralmente protette, in modo tale da metterne in pericolo o pregiudicarne la sopravvivenza.

Art. 8 (Specie vegetali parzialmente protette)

(1) Sono parzialmente protette tutte le specie vegetali a diffusione spontanea non indicate nell'articolo 7.

(2) Ogni persona può raccogliere giornalmente non più di dieci steli fioriferi delle piante parzialmente protette.

(3) È vietato estirpare o porre in commercio piante parzialmente protette, prelevarne o danneggiarne parti sotterranee o prelevarne le rosette.

(3/bis) I proprietari privati, gli affittuari, gli usufruttuari e i familiari con loro conviventi possono raccogliere, sui fondi di cui dispongono, funghi in quantità giornaliera non superiore a tre chilogrammi a persona nonché le specie vegetali parzialmente protette senza limitazioni. Nei parchi naturali i residenti nei relativi comuni possono raccogliere funghi nei giorni pari in quantità non superiore a due chilogrammi a persona senza pagamento del diritto fisso di raccolta. [5\)](#)

[(4)] I proprietari, gli affittuari, gli usufruttuari e le persone con loro conviventi possono raccogliere senza limitazioni, sui fondi di cui dispongono, i funghi e le specie vegetali parzialmente protette.

(5) Fatti salvi i diritti del proprietario terriero, chiunque ha il diritto di raccogliere per uso proprio i frutti di bosco e le specie vegetali di cui all'allegato C.] [3](#)]

(6) Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può autorizzare la raccolta di specie vegetali parzialmente protette per finalità di ricerca, didattiche o farmaceutiche.



Corte costituzionale - sentenza 18 aprile 2011, n. 151 - Tutela di specie animali □ limite generale alla raccolta dei funghi □ deroghe ai divieti previsti a tutela delle specie animali protette □ procedimento per l'abbattimento di determinate specie all'interno delle oasi di protezione □ aspetti della onnicomprensiva competenza statale in materia ambientale rete ecologica europea Natura 2000: nessuna comunicazione diretta tra la Provincia e la Commissione europea

5) L'art. 8, comma 3/bis, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 2, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

3) Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 9 (Aree protette)

(1) Nei monumenti naturali, nei biotopi, nei parchi naturali e nei siti Natura 2000 tutte le specie vegetali, inclusi i funghi, sono protette integralmente.

(2) È consentita la raccolta per uso proprio delle piante di cui all'allegato C, tranne che nei monumenti naturali e biotopi.

(3) I proprietari, gli affittuari, gli usufruttuari e le persone con loro conviventi possono raccogliere senza limitazioni, sui fondi di cui dispongono, i funghi e le piante, ad eccezione delle specie vegetali integralmente protette di cui all'allegato B e tranne che nei biotopi e nei monumenti naturali.

(4) [6](#). [7](#)]



Corte costituzionale - sentenza 10 febbraio 2014, n. 19 - Responsabilità amministrativa e contabile nel pubblico impiego - competenza statale - inammissibilità di esoneri a livello provinciale - indennità di reggenza



TAR di Bolzano - Sentenza 17 settembre 2009, n. 322 - Tutela del paesaggio - costruzione nuova strada forestale - parere negativo seconda commissione provinciale per la tutela del paesaggio - rete ecologica europea "Natura 2000" - direttiva "Habitat" n. 92/43/CEE - realizzazione piani e progetti

6) L'art. 9, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 15, comma 1, della [L.P. 17 gennaio 2011, n. 1](#), e poi abrogato dall'art. 11, comma 1, lettera a), della [L.P. 21 giugno 2011, n. 4](#).

7) La Corte Costituzionale con sentenza del 10 febbraio 2014, n. 19 ha dichiarato cessata la materia del contendere in merito all'art. 15, comma 1, della [legge provinciale 17 gennaio 2011, n. 1](#) che aveva aggiunto il comma 4 dell'art. 9 della [legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6](#). L'art. 15, comma 1, è da considerarsi abrogato.

Art. 10 (Utilizzazione agricola e forestale)

(1) Fatta eccezione per quanto previsto dall'articolo 7, comma 4, lettera b), i divieti di cui alla presente sezione non si applicano all'utilizzazione agricola e forestale.

(2) Sono escluse dal divieto e dalle limitazioni di cui agli articoli 7 e 8 le piante protette, di cui è possibile dimostrare la provenienza da colture.

Sezione III Norme particolari per la tutela delle specie


Art. 11 (Deroghe e limitazioni)

[(1)] Per quanto riguarda le specie vegetali protette e le specie animali non soggette alle leggi provinciali sulla caccia e sulla pesca, il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può concedere delle deroghe alle disposizioni previste dall'articolo 4, comma 5, e dall'articolo 7, comma 4, per determinate zone e periodi limitati. In particolare, a condizione che non esistano altre valide soluzioni e che non venga pregiudicato il mantenimento in uno stato di conservazione soddisfacente della popolazione della specie interessata nella sua area di diffusione naturale, tali deroghe sono concesse:

- a) per proteggere la fauna e la flora selvatiche e conservarne gli habitat naturali;
- b) per prevenire gravi danni, in particolare alle colture, all'allevamento, ai boschi, al patrimonio ittico e alle acque nonché ad altre forme di proprietà;
- c) nell'interesse della sanità e della sicurezza pubblica o per altri motivi imperativi di rilevante interesse pubblico, inclusi motivi di natura sociale o economica, e motivi tali da comportare conseguenze positive di primaria importanza per l'ambiente;
- d) per finalità didattiche o di ricerca, di ripopolamento e di reintroduzione di specie e per operazioni di riproduzione necessarie a tal fine, compresa la riproduzione artificiale delle piante;
- e) per consentire, in condizioni rigorosamente controllate, su base selettiva e in misura limitata, la cattura e la detenzione di un numero limitato e specificato delle specie di cui all'allegato IV della direttiva habitat.

[(2)] Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio trasmette ogni due anni alle autorità nazionali competenti una relazione riguardante le deroghe concesse ai sensi del comma 1.] [3\)](#)

[(3)] La Giunta provinciale prescrive le misure idonee per il prelievo e lo sfruttamento delle specie animali e vegetali di cui all'allegato V della direttiva habitat, qualora ciò si rendesse necessario per la loro tutela.

 Corte costituzionale - sentenza 18 aprile 2011, n. 151 - Tutela di specie animali □ limite generale alla raccolta dei funghi □ deroghe ai divieti previsti a tutela delle specie animali protette □ procedimento per l'abbattimento di determinate specie all'interno delle oasi di protezione □ aspetti della onnicomprensiva competenza statale in materia ambientale rete ecologica europea Natura 2000: nessuna comunicazione diretta tra la Provincia e la Commissione europea

3)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 12 (Animali non autoctoni)

[(1)] È vietata l'immissione nell'ambiente naturale di animali non autoctoni. Dal divieto è esclusa l'immissione di specie e di popolazioni non autoctone per le finalità e nel rispetto dell'articolo 12 del decreto del Presidente della Repubblica 8 settembre 1997, n. 357, e successive modifiche. [8\)](#)

8)l'art. 12 è stato così sostituito dall'art. 17, comma 1, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 13 (Organismi geneticamente modificati)

[(1)] L'introduzione di organismi geneticamente modificati è vietata nell'ambito di:

- a) siti Natura 2000;
- b) parchi naturali, biotopi e monumenti naturali;
- c) territori contermini a laghi, compresi in una fascia di 300 metri dalla linea di battigia;
- d) fiumi, torrenti e corsi d'acqua iscritti negli elenchi di cui al regio decreto 11 dicembre 1933, n. 1775, e relative sponde o piedi degli argini, per una fascia di 150 metri ciascuna;
- e) ghiacciai e circhi glaciali nonché nell'ambito della regione alpina per la parte superiore a 1600 metri sul livello del mare;
- f) territori coperti da foreste e boschi;
- g) zone umide e sezioni aride meritevoli di tutela;
- h) superfici per le quali vengono concessi premi incentivanti per la cura ed il mantenimento del paesaggio;

- i) terreni sui quali è praticata l'agricoltura ecologica.

(2) La Giunta provinciale ai fini della tutela della fauna e della flora selvatiche e dei loro habitat prevede per le zone di cui al comma 1 adeguate zone cuscinetto esterne e misure di precauzione.

(3) Fatte salve le disposizioni transitorie vigenti in agricoltura in materia di organismi geneticamente modificati (OGM), la raccomandazione 2003/556/CE del 23 luglio 2003, pubblicata dalla Commissione europea e definita nell'articolo 2 del decreto-legge 22 novembre 2004, n. 279, convertito, con modificazioni, in legge dall'articolo 1 della legge 28 gennaio 2005, n. 5, viene disciplinata separatamente con legge provinciale.

CAPO III TUTELA DEGLI HABITAT

Art. 14 (Finalità e misure di tutela)

(1) Per garantire la conservazione della varietà delle specie e contrastare il regresso di animali selvatici e piante a diffusione spontanea, è indispensabile assicurare il mantenimento o il ripristino dei loro habitat in uno stato di conservazione soddisfacente. A tal fine devono essere effettuati interventi di tutela e conservazione differenziati.

Art. 15 (Bacini d'acqua)

(1) 1. Nei bacini d'acqua è vietato:

- a) provocare alterazioni dei bacini d'acqua naturali e seminaturali o delle zone riparie, in particolare tramite l'esecuzione di opere di bonifica e di prosciugamento del terreno;
- b) circolare con natanti a motore di qualsiasi tipo, salvo per operazioni di soccorso e misure di risanamento ai fini della tutela delle acque. Da questo divieto è escluso il battello passeggeri del comune di Curon sul lago di Resia. [9\)](#)

9) L'art. 15 è stato così sostituito dall'art. 15, comma 2, della [L.P. 17 gennaio 2011, n. 1](#).

Art. 16 (Zone umide e sezioni aride)

(1) Sono meritevoli di tutela le seguenti zone umide:

- a) le aree di interrimento di acque stagnanti o a decorso lento;
- b) le formazioni di fragmiteto, tifeto, giuncheto, cariceto;
- c) i prati umidi e allagati con prevalenza di carici e giunchi;
- d) le torbiere;
- e) i boschi ripari;
- f) i boschi umidi;
- g) le aree sorgentizie;
- h) i torrenti e i fiumi con alveo ancora non regimentato e i fossi, compresa la vegetazione riparia.

(2) Sono meritevoli di tutela le seguenti sezioni aride, che si caratterizzano per la ricca biodiversità e che risultano di notevole importanza per la conservazione di piante a diffusione spontanea o di animali selvatici protetti:

- a) prati aridi;
- b) le aree rocciose con vegetazione steppica;
- c) i versanti calanchivi.

(3) Le zone umide meritevoli di tutela, i fossi e i rigagnoli aperti nonché le sezioni aride devono essere conservati, consentendo l'utilizzo ecosostenibile di queste superfici, purché non se ne pregiudichi la conservazione.

(4) Non sono consentiti tutti gli interventi che possano distruggere o compromettere le aree di cui al comma 3.

(5) Lo sfalcio di canneti e prati da strame è consentito nel periodo compreso tra il 1° settembre e il 15 marzo, mentre lo sfalcio a scopo di manutenzione delle fosse di bonifica è consentito nel periodo compreso tra il 15 luglio e il 15 marzo. Lo sfalcio a scopo di manutenzione delle fosse di bonifica può essere effettuato solo per settori. La Giunta provinciale approva sulla base di considerazioni naturalistiche e delle necessità provenienti da rischi da piene apposite linee guida di gestione, nelle quali possono essere previste deroghe ai periodi di sfalcio di cui sopra. [10\)](#)

10) L'art. 16, comma 5, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 3, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 17 (Vegetazione riparia e bosco ripario)

(1) È vietato dissodare o distruggere in altro modo la vegetazione riparia o il bosco ripario.

(2) Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può autorizzare in via eccezionale il dissodamento per motivi di pubblico interesse.

Art. 18 (Tutela di siepi ed arbusti)


(1) Fatte salve le norme forestali, è consentito il taglio di siepi ed arbusti esclusivamente per settori, in modo da non comprometterne la conservazione.

Art. 19 (Abbruciamento ed erbicidi)

(1) È vietato bruciare qualsiasi tipo di manto vegetale, in particolare le siepi, gli arbusti, gli alberi e il manto vegetale presso i confini dei campi e delle banchine, nonché lungo le scarpate stradali, le linee ferroviarie, i corsi d'acqua e i fossi.

(2) In mancanza di valide alternative, il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può autorizzare nel pubblico interesse l'abbruciamento del manto vegetale limitatamente a determinate zone e a determinati periodi.

(3) È vietato trattare con erbicidi i manti vegetali di cui al comma 1, tranne che all'interno di aree agricole a coltivazione intensiva eccetto presso i confini dei campi e delle banchine, nonché lungo le scarpate stradali, i corsi d'acqua e i fossi. [11\)](#)

 Delibera 22 agosto 2017, n. 908 - Approvazione delle "Linee di indirizzo che regolamentano le misure per la riduzione dell'uso o dei rischi derivanti dall'impiego di prodotti fitosanitari nelle aree frequentate dalla popolazione o da gruppi vulnerabili"

11) L'art. 19, comma 3, è stato così modificato dall'art. 1, comma 1, della [L.P. 23 settembre 2020, n. 10](#).


CAPO IV DISPOSIZIONI PARTICOLARI PER I SITI NATURA 2000

Art. 20 (Finalità)

(1) Al fine di contribuire alla salvaguardia della biodiversità mediante la conservazione degli habitat naturali e seminaturali nonché della flora e della fauna selvatiche nel territorio della provincia di Bolzano e di partecipare alla rete Natura 2000 di cui all'articolo 3 della direttiva habitat, sono istituiti i siti di importanza comunitaria di cui all'allegato D e le zone di protezione speciale per gli uccelli di cui all'allegato E.

(2) I confini delle zone di cui al comma 1 sono inseriti nei piani urbanistici e nei piani settoriali.

(3) Gli allegati D ed E possono essere integrati dalla Giunta provinciale secondo il procedimento stabilito dalla normativa dell'UE. [12\)](#)

 Delibera 22 marzo 2016, n. 310 - Spargimento di letame, liquame e colaticcio di origine zootecnica per superfici nei Siti Natura 2000: Approvazione e attuazione delle Linee guida di gestione

12) L'art. 20, comma 3, è stato così modificato dall'art. 10, comma 1, della [L.P. 17 novembre 2017, n. 21](#).

Art. 21 (Misure di tutela)

(1) Le misure di tutela da adottare sono intese ad assicurare il mantenimento o il ripristino, in uno stato di conservazione soddisfacente, degli habitat naturali e delle specie di fauna e flora selvatiche di interesse comunitario nella loro area di diffusione naturale.

(2) Per i siti Natura 2000 la Giunta provinciale stabilisce, all'occorrenza anche mediante l'approvazione di piani di gestione, quanto segue:

- a) gli obiettivi di tutela che riguardano in particolar modo la tutela e il ripristino degli habitat prioritari e delle specie prioritarie;
- b) le misure di conservazione.
Gli obiettivi di tutela e le misure di conservazione si conformano alle esigenze ecologiche degli habitat naturali di cui all'allegato I e delle specie di cui all'allegato II della direttiva habitat nonché delle specie di cui all'allegato I della direttiva uccelli. Per quanto riguarda l'habitat di queste ultime, sono previste misure speciali di conservazione, da applicarsi all'occorrenza anche al di fuori dei siti Natura 2000, allo scopo di garantire la sopravvivenza e la riproduzione delle specie stesse nella loro area di distribuzione.

(3) Nell'ambito dei siti Natura 2000 è vietato degradare gli habitat naturali e gli habitat delle specie di interesse comunitario nonché perturbare le specie per cui le zone sono state designate, mettendo a rischio gli obiettivi di tutela.

(4) Fatte salve le disposizioni di tutela più severe, nell'ambito dei siti Natura 2000 è vietato:

- a) realizzare nuove linee aeree elettriche e telefoniche;
- b) realizzare nuove piste da sci e nuovi impianti di risalita, ad eccezione di teleferiche;
- c) aprire nuove cave e miniere, ad eccezione di quelle già regolarmente autorizzate alla data di entrata in vigore della presente legge; cave e miniere esistenti possono essere coltivate sino alla scadenza della concessione, ma senza possibilità di proroga;
- d) realizzare nuovi impianti eolici, fatti salvi gli interventi di sostituzione e ammodernamento di quelli esistenti o già autorizzati, nonché gli impianti destinati a coprire il fabbisogno all'interno della zona tutelata che presentano limitata potenza ed altezza;
- e) realizzare nuove discariche ed impianti di depurazione di acque reflue, ad eccezione degli impianti di depurazione per singoli edifici nella zona tutelata;
- f) diserbare e tagliare la vegetazione riparia di corsi d'acqua durante il periodo riproduttivo degli uccelli, e cioè tra il 15 marzo ed il 15 luglio;
- g) spargere concime minerale e concime organico liquido, colaticcio e liquame di origine zootecnica, ad eccezione di quello prodotto nel sito Natura 2000 e ad eccezione delle colture arative, frutticole e viticole. La Giunta provinciale approva in considerazione delle specifiche esigenze naturalistiche e di un appropriato uso del sito linee guida di gestione, sulla base delle quali possono essere concesse delle deroghe al suddetto divieto. [13\)](#)


(5) Le linee elettriche aeree esistenti nei siti Natura 2000 devono essere messe in sicurezza per ridurre il rischio di collisione o elettrocuzione.

(6) I piani e i progetti previsti all'articolo 6 della direttiva habitat, che possono avere un'incidenza significativa sul sito Natura 2000, sono soggetti alla valutazione d'incidenza prevista dall'articolo 22.

(7) Per rendere ecologicamente più coerente la rete Natura 2000, la Provincia autonoma di Bolzano promuove la creazione, la conservazione e il ripristino degli elementi del paesaggio che rivestono primaria importanza per la fauna e la flora selvatiche. Si tratta di quegli elementi che, per la loro struttura lineare e continua, come i corsi d'acqua con le relative sponde e i sistemi tradizionali di delimitazione dei campi, o per il loro ruolo di collegamento, come gli stagni o i boschetti, sono essenziali per la migrazione, la distribuzione geografica e lo scambio genetico di specie selvatiche.

(8) Nei siti Natura 2000 la Provincia autonoma di Bolzano promuove:

- a) la rimozione di residui di costruzioni od impianti tecnici non più utilizzati;
- b) le forme di agricoltura estensive tradizionali;
- c) la conservazione ed il ripristino di habitat naturali e seminaturali;
- d) l'interramento o l'isolamento delle linee aeree esistenti.

 Delibera 22 marzo 2016, n. 310 - Spargimento di letame, liquame e colaticcio di origine zootecnica per superfici nei Siti Natura 2000: Approvazione e attuazione delle Linee guida di gestione

13)La lettera g) dell'art. 21, comma 4, è stata così sostituita dall'art. 7, comma 4, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 22 (Valutazione d'incidenza)

(1) La valutazione d'incidenza è richiesta per tutti i piani o progetti che possano avere un'incidenza significativa sul sito Natura 2000, ed è effettuata nell'ambito dei procedimenti di approvazione già previsti dalla normativa provinciale per i relativi piani e progetti.


(2) Gli organi individuali o collegiali preposti all'esame e all'approvazione dei piani e dei progetti ai sensi della normativa provinciale acquisiscono a tal fine il parere dell'esperto o incaricato della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio in merito all'incidenza del piano o progetto sul sito e alla sua conservazione.


(3) Il o la proponente del piano o del progetto presenta la documentazione di cui all'allegato F ai fini della formulazione del parere di cui al comma 2.

(4) Fatto salvo quanto previsto al comma 5, un piano o progetto può essere approvato nonostante il parere negativo dell'esperto o incaricato della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, quando non esistono soluzioni alternative e quando deve essere realizzato per motivi imperativi di rilevante interesse pubblico, inclusi motivi di natura sociale o economica.

(5) Qualora nel sito si trovi un tipo di habitat prioritario naturale o una specie prioritaria, possono essere adottate soltanto considerazioni connesse con la salute dell'uomo e la sicurezza pubblica o relative a conseguenze positive di primaria importanza per l'ambiente ovvero, previo parere della Commissione europea, altri motivi imperativi di rilevante interesse pubblico.

(6) I provvedimenti di approvazione, per i casi di cui ai commi 4 e 5, dispongono, eventualmente anche a carico del o della proponente, le misure compensative necessarie per garantire la coerenza globale della rete ecologica europea Natura 2000. [14\)](#) [15\)](#)

 Corte costituzionale - sentenza 12 dicembre 2012, n. 278 - Caccia - specie cacciabili - periodi di caccia - modalità della caccia - competenza statale

 Corte costituzionale - sentenza 18 aprile 2011, n. 151 - Tutela di specie animali limite generale alla raccolta dei funghi deroghe ai divieti previsti a tutela delle specie animali protette procedimento per l'abbattimento di determinate specie all'interno delle oasi di protezione aspetti della onnicomprensiva competenza statale in materia ambientale rete ecologica europea Natura 2000: nessuna comunicazione diretta tra la Provincia e la Commissione europea

14)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151. L'art. 22, comma 6, è stato poi così sostituito dall'art. 7, comma 5, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

15)La Corte Costituzionale, con sentenza n. 278 del 12 dicembre 2012, ha dichiarato non fondata la questione di legittimità costituzionale dell'art. 22, comma 6, come modificato dall'art. 7, comma 5, della L.P. 12 dicembre 2011, n. 14.

CAPO V TUTELA DI MINERALI E FOSSILI

Art. 23 (Tutela dei fossili)

(1) Nel territorio della provincia di Bolzano sono vietate la raccolta e l'estrazione di fossili.

(2) Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, acquisito il parere del Museo di scienze naturali dell'Alto Adige, può autorizzare l'attività di raccolta ed estrazione di fossili unicamente per scopi scientifici e didattici o per la raccolta di reperti in collaborazione con il Museo di scienze naturali.

Art. 24 (Tutela dei minerali)

(1) Nel territorio della provincia di Bolzano la raccolta e l'estrazione di minerali sono soggette ad autorizzazione.

(2) Quando non siano vietate dal proprietario del fondo, il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio autorizza la raccolta e l'estrazione di minerali esclusivamente:

- a) ad iscritti ad un'associazione mineralogica associata alla federazione provinciale;
- b) ad iscritti ad un'associazione mineralogica con sede al di fuori del territorio provinciale, su richiesta della federazione provinciale e per un periodo limitato;
- c) a persone in grado di dimostrare di possedere una particolare esperienza e conoscenza specialistica in materia.

(3) L'autorizzazione è personale, ha validità limitata e viene rilasciata a persone che abbiano compiuto 14 anni di età.

(4) L'autorizzazione alla raccolta e all'estrazione di minerali non può essere rilasciata per le aree protette, quali monumenti naturali, biotopi, aree comprese nei piani paesaggistici sovracomunali, parchi naturali e territori soggetti a divieto di raccolta, salvo per scopi scientifici e didattici o per la raccolta effettuata in collaborazione con il Museo di scienze naturali dell'Alto Adige, previa acquisizione del parere positivo del Museo stesso.

Art. 25 (Raccolta ed estrazione)

(1) Non si considera raccolta il rinvenimento accidentale sul terreno di singoli minerali e fossili.

(2) Nell'estrazione di minerali e fossili è consentito l'impiego della comune attrezzatura costituita da mazze o martelli fino a cinque chilogrammi, scalpelli fino a 40 centimetri, badili, piccozze ed altri mezzi manuali. L'impiego di macchine perforatrici di qualsiasi tipo, materiali esplosivi e leve idrauliche deve essere autorizzato dal direttore ovvero dalla direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio.

(3) Una volta terminata l'estrazione e prima di abbandonare il sito, esso deve essere ricomposto, riassetando il manto vegetale e lasciando l'area in condizioni conformi alle particolari caratteristiche della zona.

CAPO VI PROMOZIONE DELLA TUTELA DELLA NATURA

Art. 26 (Misure di promozione)

(1) La Provincia autonoma di Bolzano promuove la tutela della natura e del paesaggio, può sostenere con contributi e sussidi l'attività di associazioni ed organizzazioni che si dedicano a tale compito e mettere a disposizione mezzi appropriati nonché commissionare lavori di ricerca e di pianificazione.

(2) La Provincia autonoma di Bolzano promuove in particolar modo la ricerca e le attività scientifiche nonché la sensibilizzazione e l'informazione ai fini della tutela delle specie e degli habitat ai sensi della direttiva habitat e della direttiva uccelli.



Delibera 14 aprile 2015, n. 435 - Direttive per la concessione di contributi per programmi annuali nell'ambito della natura, del paesaggio e dello sviluppo del territorio (art. 18 della legge provinciale del 25 luglio 1970, n. 16, art. 26 della legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6 ed art. 114 della legge provinciale 11.08.1997, n. 13) (modificata con delibera n. 139 del 16.02.2016)

Art. 27 (Tutela contrattuale della natura)

(1) La Provincia autonoma di Bolzano può stipulare con i proprietari dei terreni o con chi ha diritto a disporre contratti di diritto privato per remunerare determinate prestazioni, limitazioni oppure altre misure. Tali contratti possono avere per oggetto misure ai sensi della direttiva habitat oppure della direttiva uccelli, misure per la conservazione e cura di aree protette, inclusa la gestione delle stesse e la redazione e attuazione di piani di gestione, per la conservazione e la cura di zone umide, boschi ripari, prati aridi e magri oppure per la conservazione e cura della vegetazione arbustiva di campagna o delle siepi di valore naturalistico.

(2) La Giunta provinciale emana direttive sulla stipulazione dei contratti di cui al comma 1, sulla natura e la quantità del compenso e sulle prescrizioni, condizioni e scadenze degli stessi.

CAPO VII ATTUAZIONE DELLA LEGGE

Art. 28 (Monitoraggio)

(1) La Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, in collaborazione con l'ufficio provinciale competente in materia di caccia e pesca, sorveglia e documenta lo stato di conservazione degli habitat naturali e delle specie di fauna e flora selvatica, tenendo conto degli habitat e delle specie prioritarie ai sensi della direttiva habitat e delle specie di cui all'allegato I della direttiva uccelli, redigendo ogni sei anni un'apposita relazione.

(2) La relazione di cui al comma 1 contiene altresì informazioni relative alle misure di conservazione fissate dalla Giunta provinciale nonché la valutazione dell'impatto di tali misure sullo stato di conservazione degli habitat naturali di cui all'allegato I e delle specie di cui all'allegato II della direttiva habitat.

Art. 29 (Vigilanza e controllo)

(1) Il personale della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio nonché dell'Agenzia provinciale per l'ambiente, a tal fine incaricato da parte del rispettivo direttore ovvero dalla rispettiva direttrice, il Corpo forestale provinciale e la polizia locale curano l'osservanza della presente legge.

Art. 30 (Confisca)

(1) In caso di violazione delle norme sulla tutela degli animali selvatici, dei fossili e minerali si procede alla confisca di tutti gli animali e relative forme di sviluppo e di tutti i fossili e minerali.

(2) Chiunque si rifiuti, a seguito di formale intimazione, di consegnare quanto riportato al comma 1, soggiace ad una sanzione amministrativa pari al doppio dell'importo previsto all'articolo 31 per le rispettive trasgressioni.

(3) Gli animali confiscati o le loro forme di sviluppo sono, se possibile, reimmessi nel loro ambiente naturale.

(4) Gli animali confiscati che non possono essere reimmessi nel loro ambiente naturale nonché i fossili e i minerali confiscati sono consegnati al Museo di scienze naturali dell'Alto Adige.

Art. 31 (Sanzioni amministrative)

(1) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 3, comma 2, riguardante il commercio di animali che vivono allo stato selvatico, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 100,00 euro per ogni singolo animale.

(2) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 4, comma 5, o all'articolo 5 sulla tutela di specie di animali integralmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro.

(3) Chi ferisce o abbatte un animale integralmente protetto è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro per ogni singolo animale.

(4) Chi deteriora o distrugge i luoghi di nidificazione, i siti di riproduzione, le aree di riposo o di dimora di specie animali integralmente protette è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro; in caso di superfici maggiori a dieci metri quadrati, la sanzione è aumentata di 30,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.

(5) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 7, comma 4, lettera a), e all'articolo 9, comma 1, relativi alla tutela di specie vegetali integralmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 50,00 euro per la prima pianta, aumentata di 5,00 euro per ogni ulteriore pianta.

(6) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 7, comma 4, lettera b), riguardante la tutela dell'ambiente naturale di specie vegetali integralmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro; in caso di superfici maggiori a dieci metri quadrati, la sanzione è aumentata di 30,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.

(7) Chi, in violazione dell'articolo 8, comma 2, raccoglie più di dieci steli fioriferi di piante parzialmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 30,00 euro, aumentata di 5,00 euro per ogni ulteriore pianta.

(8) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 8, comma 3, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 100,00 euro.

(9) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 8, comma 5, per la raccolta per uso proprio di specie vegetali parzialmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 70,00 euro.

(10) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 12, riguardante l'introduzione di animali estranei alla fauna locale, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro ed è tenuto a rimuovere gli animali.

(11) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 15, comma 1, lettera b), riguardante la circolazione con natanti a motore, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro.

(12) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 16, comma 5, riguardante lo sfalcio di canneti, prati da strame e fosse di bonifica, all'articolo 18, comma 1, riguardante il taglio di siepi ed arbusti, all'articolo 19, commi 1 e 3, riguardanti l'abbruciamento e il trattamento con erbicidi e all'articolo 21, comma 4, lettera g), riguardante lo spargimento di concime minerale e concime organico liquido nei siti Natura 2000, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro; in caso di superfici superiori a 50 metri quadrati, la sanzione è aumentata di 10,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.

(13) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 23, comma 1, riguardante la raccolta e l'estrazione di fossili, o raccoglie minerali senza l'autorizzazione di cui all'articolo 24, comma 1, o contravviene alle condizioni dell'autorizzazione di cui all'articolo 23, comma 2, o all'articolo 24, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro. Alla stessa sanzione amministrativa soggiace chi oppone un rifiuto alla richiesta del personale addetto alla vigilanza di esibire l'autorizzazione di cui all'articolo 23, comma 2, o all'articolo 24.

(14) Chi utilizza strumenti non previsti dall'articolo 25, comma 2, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro.

(15) Chi non ripristina il manto vegetale e il sito come prescritto dall'articolo 25, comma 3, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro.

(16) Le sanzioni amministrative da applicarsi in base ai commi precedenti non possono comunque superare l'importo massimo di 20.000 euro. [16\)](#)

16)L'art. 31, comma 16, è stato aggiunto dall'art. 7, comma 6, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 32 (Sostituzione di norme di tutela)

(1) Le norme di tutela delle specie di cui al capo II e le norme di tutela dei minerali e fossili di cui al capo V sostituiscono tutte le relative disposizioni previste nei vincoli paesaggistici.

CAPO VIII ALTRE DISPOSIZIONI

Art. 33 (Modifiche della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), recante "Norme per la protezione della fauna selvatica e per l'esercizio della caccia")



(1) Il comma 4 dell'articolo 3 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è così sostituito:
"4. L'Osservatorio faunistico è un organo di consulenza tecnico-scientifica dell'amministrazione provinciale, ha sede presso gli uffici dell'amministrazione medesima e rilascia i pareri di cui all'articolo 2, comma 3, della legge regionale 30 aprile 1987, n. 3, e successive modifiche, e nei casi previsti dalla presente legge. La composizione dell'Osservatorio faunistico deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici esistenti in provincia, quale risulta dall'ultimo censimento generale della popolazione, fatta salva la possibilità di accesso per il gruppo linguistico ladino."

(2) Il comma 1 dell'articolo 9 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è così sostituito:
"1. Nelle oasi di protezione l'esercizio della caccia è vietato. Nei biotopi protetti con un'estensione superiore a dieci ettari oppure nei biotopi protetti direttamente confinanti con la bandita del Parco Nazionale dello Stelvio sono consentiti il controllo degli ungulati cacciabili entro i limiti del piano di abbattimento di cui all'articolo 27 nonché l'abbattimento della volpe."

[(3) Dopo il comma 1 dell'articolo 9 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è inserito il seguente comma:
"1/bis. L'assessore provinciale competente in materia di caccia, sentiti l'Osservatorio faunistico e la Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, può consentire nelle oasi di protezione l'abbattimento di determinate specie di cui all'articolo 4, commi 1 e 2, per motivi biologici e igienico-sanitari e per prevenire danni alle colture agricole-forestali ed al patrimonio ittico."] 3)

(4) Il comma 2 dell'articolo 9 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è così sostituito:
"2. Ai sensi della presente legge sono oasi di protezione i biotopi protetti in base alla [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), e successive modifiche. Lungo le rotte di migrazione dell'avifauna la Giunta provinciale istituisce oasi di protezione per contribuire al mantenimento ed alla cura, in base alle esigenze ecologiche, degli habitat dell'avifauna."



Corte costituzionale - sentenza 18 aprile 2011, n. 151 - Tutela di specie animali □ limite generale alla raccolta dei funghi □ deroghe ai divieti previsti a tutela delle specie animali protette □ procedimento per l'abbattimento di determinate specie all'interno delle oasi di protezione □ aspetti della onnicomprensiva competenza statale in materia ambientale rete ecologica europea Natura 2000: nessuna comunicazione diretta tra la Provincia e la Commissione europea

3)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 34 (Modifica della [legge provinciale 19 giugno 1991, n. 18](#), "Disciplina della raccolta dei funghi a tutela degli ecosistemi vegetali")

(1) Il comma 3 dell'articolo 8 della [legge provinciale 19 giugno 1991, n. 18](#), e successive modifiche, è così sostituito:
"3. Nei monumenti naturali, nei biotopi, nei parchi naturali, nei siti Natura 2000 e nell'area del Parco Nazionale dello Stelvio sita in provincia di Bolzano le sanzioni previste dalla presente legge, relative alla quantità di funghi raccolti oltre a quella consentita, sono aumentate del 50 per cento."

Art. 35 (Modifica della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), recante "Tutela del paesaggio")

(1) Dopo la lettera e) del comma 1 dell'articolo 18-bis della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), è aggiunta la seguente lettera:

"f) la gestione dei flussi turistici nei territori soggetti a tutela, la realizzazione di sentieri tematici e naturalistico-didattici e gli interventi di sensibilizzazione in materia di tutela della natura e del paesaggio nonché della cultura edilizia."

Art. 36 (Abrogazione di leggi)

(1) Sono abrogate le seguenti leggi provinciali:

- a) la [legge provinciale 28 giugno 1972, n. 13](#), e successive modifiche;
- b) la [legge provinciale 13 agosto 1973, n. 27](#), e successive modifiche;
- c) la [legge provinciale 12 agosto 1977, n. 33](#), e successive modifiche.

Art. 37 (Disposizione finanziaria)

(1) Alla copertura della spesa per gli interventi a carico dell'esercizio 2010, derivanti dalla presente legge, si fa fronte con le quote di stanziamento ancora disponibili sulle UPB 25105 e 25210 del bilancio provinciale 2010, autorizzate per gli interventi di cui alla legge provinciale abrogata dall'articolo 36, lettera b).

(2) La spesa a carico dei successivi esercizi finanziari è stabilita con la legge finanziaria annuale.

Art. 38 (Entrata in vigore)

(1) La presente legge entra in vigore il 60.mo giorno successivo alla sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

Allegato A

Elenco delle specie animali selvatiche protette di cui all'articolo 4
(le specie da tutelare in base agli allegati II e IV della direttiva habitat nonché le famiglie che includono una tale specie sono contraddistinte con un *)

- a) Mammiferi (Mammalia):
 - 1) Talpa europea (Talpa europea).
- b) Rettili (Reptilia):
 - 1) Lacertidi (Lacertidae): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 2) Orbettino (Anguis fragilis),
 - 3) Serpenti (Serpentes): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*.
- c) Anfibi (Amphibia):
 - 1) Rane (Rana, Hyla): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 2) Rospi (Bufonidae): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 3) Ululoni (Bombina): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 4) Salamandridi (Salamandridae): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 5) Tritoni (Triturus): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*.
- d) Molluschi (Mollusca):
 - 1) Vertigo angustior (Vertigo angustior)*,
 - 2) Vertigo genesii (Vertigo genesii)*,
 - 3) Vertigo geyeri (Vertigo geyeri)*,
 - 4) Vertigo moulinsiana (Vertigo moulinsiana)*,
 - 5) Unione (Unionidae)*.
- e) Insetti (Hexapoda):
 - 1) Libellule (Odonata): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano;
 - 2) Saltatoria (Saltatoria):
 - Chrysochiron dispar (Chrysochiron dispar),
 - Epacromius teregestinus (Epacromius teregestinus),

- *Oedalus decorus* (*Oedalus decorus*),
 - *Oedipoda germanica* (*Oedipoda germanica*),
 - *Parapleurus alliaceus* (*Parapleurus alliaceus*),
 - *Ruspolia nitidula* (*Ruspolia nitidula*),
 - *Sphingonotus caeruleus* (*Sphingonotus caeruleus*),
 - *Stethophyma grossum* (*Stethophyma grossum*),
 - *Tetrix tuerki* (*Tetrix tuerki*),
 - *Tettigonia caudata* (*Tettigonia caudata*);
- 3) Coleotteri (Coleoptera):
- *Cerambyce della quercia* (*Cerambyx cerdo*)*,
 - *Idrofilo* (*Hydrophilus* spp.),
 - *Cervo volante* (*Lucanus cervus*)*,
 - *Meloe* spp.: tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - *Eremita odoroso* (*Osmoderma eremita*)*,
 - *Rosalia delle alpi* (*Rosalia alpina*)*;
- 4) Farfalle (Lepidoptera):
- *Apatura* (*Apatura* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - *Boloria dia* (*Boloria dia*),
 - *Boloria eunomia* (*Boloria eunomia*),
 - *Brenthis ino* (*Brenthis ino*),
 - *Callimorpha quadripuncta* (*Callimorpha quadripuncta*)*,
 - *Catocala* (*Catocala* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - *Chazara briseis* (*Chazara briseis*),
 - *Coenonympha glycerion* (*Coenonympha glycerion*),
 - *Colias palaeno* (*Colias palaeno*),
 - *Erebia* (*Erebia triarius*),
 - *Eriogaster catax* (*Eriogaster catax*)*,
 - *Euphydryas aurinia* (*Euphydryas aurinia*)*,
 - *Heteropterus morpheus* (*Heteropterus morpheus*),
 - *Hipparchia fagi* (*Hipparchia fagi*),
 - *Hyles hippophaes* (*Hyles hippophaes*)*,
 - *Iphiclidides podalirius* (*Iphiclidides podalirius*),
 - *Libythea celtis* (*Libythea celtis*),
 - *Limenitis* (*Limenitis* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - *Lopinga achine* (*Lopinga achine*)*,
 - *Lycaena alciphron* (*Lycaena alciphron*),
 - *Lycaena dispar* (*Lycaena dispar*)*,
 - *Lycaena helle* (*Lycaena helle*)*,
 - *Lycaena tityrus* (*Lycaena tityrus*),
 - *Maculinea arion* (*Maculinea arion*)*,
 - *Melitaea deione* (*Melitaea deione*),
 - *Melitaea diamina* (*Melitaea diamina*),
 - *Melitaea didyma* (*Melitaea didyma*),
 - *Melitaea phoebe* (*Melitaea phoebe*),
 - *Neptis rivularis* (*Neptis rivularis*),
 - *Apollo* (*Parnassius apollo*)*,
 - *Mnemosyne* (*Parnassius mnemosyne*)*,
 - *Parnassius phoebus* (*Parnassius phoebus*),
 - *Plebeius trappi* (*Plebeius trappi*),
 - *Polyommatus damon* (*Polyommatus damon*),
 - *Proserpina* (*Proserpinus proserpina*)*,
 - *Pyronia tithonus* (*Pyronia tithonus*),
 - *Satyrium acaciae* (*Satyrium acaciae*),
 - *Satyrium w-album* (*Satyrium w-album*),
 - *Tymelicus acteon* (*Tymelicus acteon*),
 - *Zerynthia polyxena* (*Zerynthia polyxena*)*.

Allegato B

Elenco delle specie vegetali integralmente protette di cui all'articolo 7
(le specie da tutelare in base alla direttiva habitat nonché le famiglie che includono una tale specie sono contraddistinte con un *)

a) Angiosperme (Angiospermae):

- 1) *Achillea gialla* (*Achillea tomentosa*),
- 2) *Andromeda* (*Andromeda polifolia*),
- 3) *Androsace* (*Androsace* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- 4) *Aquilegia di Einsele* (*Aquilegia einseleana*),
- 5) *Spillone alpino* (*Armeria alpina*),
- 6) *Artemisia lucida* (*Artemisia nitida*),
- 7) *Astragalo acaule* (*Astragalus exscapus*),
- 8) *Astragalo vesicoso* (*Astragalus vesicarius*),
- 9) *Bombicilena*, *Bambagia* (*Bombycilaena erecta*),
- 10) *Butomo*, *Giunco fiorito* (*Butomus umbellatus*),
- 11) *Campanula di Moretti* (*Campanula morettiana*)*,
- 12) *Campanula gialla* (*Campanula thyrsoides*),
- 13) *Carice ravvicinata* (*Carex appropinquata*),
- 14) *Carice capitata* (*Carex capitata*),
- 15) *Carice a lunghi stoloni* (*Carex chordorrhiza*),

- 16) Carice distica (*Carex disticha*),
 - 17) Carice delle torbiere (*Carex heleonastes*),
 - 18) Carice giunchifolia (*Carex maritima*),
 - 19) Carice punteggiata (*Carex punctata*),
 - 20) Carice a foglie sottili (*Carex stenophylla*),
 - 21) Carice guainata (*Carex vaginata*),
 - 22) Centauro (*Centaurium* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 23) Centranto a foglie strette (*Centranthus angustifolius*),
 - 24) Erba-vajola (*Cerintho* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 25) Cicuta acquatica (*Cicuta virosa*),
 - 26) Crispogone grillo, Barba dorata (*Chrysopogon gryllus*),
 - 27) Ciclamino delle Alpi (*Cyclamen purpurascens*),
 - 28) Dafne (*Daphne* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 29) Garofano (*Dianthus* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 30) Dittamo, Limonella (*Dictamnus albus*),
 - 31) Dracocéfalo (*Dracocephalum* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 32) Drosera (*Drosera* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 33) Efedra elvetica (*Ephedra helvetica*),
 - 34) Erioforo gracile (*Eriophorum gracile*),
 - 35) Eritrichio nano (*Eritrichium nanum*),
 - 36) Cipollaccio (*Gagea* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 37) Genziana e genzianella (*Gentiana* spp., *Gentianella* spp., *Gentianopsis ciliata*, *Comastoma* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 38) Graziella (*Gratiola officinalis*),
 - 39) Sedano d'acqua (*Heliosciadium nodiflorum*),
 - 40) Erba sacra odorosa (*Hierochloa odorata*),
 - 41) Agrifoglio europeo (*Ilex aquifolium*),
 - 42) Enula laurentiana (*Inula britannica*),
 - 43) Giaggiolo acquatico (*Iris pseudacorus*),
 - 44) Giaggiolo siberiano (*Iris sibirica*),
 - 45) Stella alpina (*Leontopodium alpinum*),
 - 46) Campanellino di primavera (*Leucojum vernum*),
 - 47) Giglio rosso (*Lilium bulbiferum*),
 - 48) Giglio martagone (*Lilium martagon*),
 - 49) Ginestrino glabro (*Lotus tenuis*),
 - 50) Miricaria alpina, Tamerice alpina (*Myricaria germanica*),
 - 51) Ninfea gialla (*Nuphar luteum*),
 - 52) Ninfea bianca (*Nymphaea alba*),
 - 53) Onosma elvetica di Trento (*Onosma helveticum* subsp. *tridentinum*),
 - 54) Orchidee (*Orchidaceae*): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 55) Orlaia a fiori grandi (*Orlaya grandiflora*),
 - 56) Succiamela (*Orobancha* spp., *Phelipanche* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 57) Paradisia, Giglio di monte (*Paradisea liliastrum*),
 - 58) Pedicolare di Hacquet (*Pedicularis hacquetii*),
 - 59) Raponzolo chiomoso (*Physoplexis comosa*)*,
 - 60) Primula (*Primula* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano, inclusa la Cortusa di Mattioli (*Primula* (=Corthusa) *matthioli*), ad eccezione di *Primula* maggiore (*Primula elatior*) e *Primula* odorata (*Primula veris*),
 - 61) Prunella laciniata (*Prunella laciniata*),
 - 62) Pulsatilla (*Pulsatilla* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 63) Ranuncolo delle canne (*Ranunculus lingua*),
 - 64) Rapontico membranoso (*Rhaponticum scariosum*),
 - 65) Rincospora (*Rhynchospora* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 66) Sassifraga (*Saxifraga* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 67) Scheuchzeria (*Scheuchzeria palustris*),
 - 68) Coltellaccio (*Sparganium* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 69) Genzianella stellata (*Swertia perennis*),
 - 70) Telefio d'Imperato (*Telephium imperati*),
 - 71) Tozzia (*Tozzia alpina*),
 - 72) Tricoforo minore (*Trichophorum pumilum*)
 - 73) Trifoglio dei greti (*Trifolium saxatile*)*,
 - 74) Tifa (*Typha* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 75) Mirtillo palustre (*Vaccinium oxycoccos* agg.),
 - 76) Veronica maggiore (*Veronica teucrium*).
- b) Felci (*Pteridophyta*)
- 1) Capelvenere (*Adiantum capillus-veneris*),
 - 2) Botrichio (*Botrychium* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano.
 - 3) Ofioglossa comune (*Ophioglossum vulgatum*),
 - 4) Woodsia pelosa (*Woodsia ilvensis*).
- c) Muschi (*Bryophyta*)
- 1) *Buxbaumia viridis* (*Buxbaumia viridis*)*,
 - 2) *Drepanocladus vernicosus* (*Drepanocladus vernicosus*)*,
 - 3) *Mannia triandra* (*Mannia triandra*)*,
 - 4) *Meesia longiseta* (*Meesia longiseta*)*.

Allegato C

Elenco delle specie vegetali a diffusione spontanea parzialmente protette, che possono essere raccolte per uso proprio, ai sensi dell'articolo 8, comma 5

- 1) Millefoglio comune (*Achillea millefolium*): pianta tranne le radici,
- 2) Ventagliana (*Alchemilla* spp.): pianta tranne le radici,
- 3) Uva ursina (*Arctostaphylos uva-ursi*): foglie,
- 4) Betulla verrucosa: (*Betula pendula*): foglie,
- 5) Luppolo comune (*Humulus lupulus*): germogli,
- 6) Iperico perforato, Erba di San Giovanni comune (*Hypericum perforatum*): pianta tranne le radici,
- 7) Lamio bianco (*Lamium album*),
- 8) Lampone (*Rubus idaeus*): foglie,
- 9) Sambuco nero (*Sambucus nigra*): fiori,
- 10) Silene rigonfia (*Silene vulgaris*),
- 11) Tarassaco comune (*Taraxacum officinale*): pianta intera con rosetta di foglie,
- 12) Tiglio (*Tilia* spp.): fiori,
- 13) Tussilagine (*Tussilago farfara*): fiori e foglie,
- 14) Ortica dioica (*Urtica dioica*): pianta tranne le radici,
- 15) Valerianella comune (*Valerianella locusta*): rosetta di foglie.

Allegato D

Siti di importanza comunitaria di cui alla direttiva 92/43/CEE del Consiglio del 21 maggio 1992, ai sensi dell'articolo 20

Biotopo Vegetazione steppica Tartscher Leiten (Cod. IT3110001);
Biotopo Ontaneto di Sluderno (Cod. IT3110002);
Biotopo Ontaneto di Cengles (Cod. IT3110004);
Biotopo Ontaneto di Oris (Cod. IT3110005);
Biotopo Vegetazione steppica Sonnenberg (Cod. IT3110010);
Val di Fosse nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110011);
Lacines - Catena del Monteneve nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110012);
Biotopo Delta del Valsura (Cod. IT3110013);
Biotopo Gisser Auen (Cod. IT3110014);
Biotopo Hühnerspiel (Cod. IT3110015);
Biotopo Wiesermoos (Cod. IT3110016);
Parco Naturale Vedrette di Ries-Aurina (Cod. IT3110017);
Biotopo Ontaneti dell'Aurino (Cod. IT3110018);
Biotopo Rasner Möser (Cod. IT3110019);
Biotopo Monte Covolo - Alpe di Nemes (Cod. IT3110020);
Biotopo Ontaneto della Rienza - Dobbiaco (Cod. IT3110022);
Valle di Funes - Sas de Putia - Rasciesa nel Parco Naturale di Puez-Odle (Cod. IT3110026);
Gardena - Valle Lunga - Puez nel Parco Naturale di Puez-Odle (Cod. IT3110027);
Parco Naturale Sciliar-Catinaccio (Cod. IT3110029);
Biotopo Torbiera Totes Moos (Cod. IT3110030);
Biotopo Torbiera Wölfl (Cod. IT3110031);
Biotopo Torbiera Tschingger (Cod. IT3110032);
Biotopo Buche di ghiaccio (Cod. IT3110033);
Biotopo Lago di Caldaro (Cod. IT3110034);

Biotopo Castelfeder (Cod. IT3110035);
Parco Naturale Monte Corno (Cod. IT3110036);
Biotopo Lago di Favogna (Cod. IT3110037);
Ultimo - Solda nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110038);
Ortles - Monte Madaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110039);
Alpe di Cavallaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110040);
Jaggl sul Passo Resia (Cod. IT3110041);
Prati aridi rocciosi di Agumes (Cod. IT3110042);
Prati aridi rocciosi di Sant'Ottilia (Cod. IT3110043);
Vegetazione steppica Schlanderser Leiten (Cod. IT3110044);
Vegetazione steppica Kortscher Leiten (Cod. IT 3110045);
Biotopo Palude della Volpe (Cod. IT3110046);
Prati dell'Armentara (Cod. IT3110048);
Parco Naturale Fanes-Senes-Braies (Cod. IT3110049);
Parco Naturale Dolomiti di Sesto (Cod. IT3110050);
Biotopo Ahrau di Stegona (Cod. IT3110051).

Allegato E

Zone di protezione speciale per gli uccelli di cui alla direttiva 2009/147/CE del Parlamento europeo e del Consiglio del 30 novembre 2009, ai sensi dell'articolo 20

Biotopo Ontaneto di Sluderno (Cod. IT3110002);
Biotopo Vegetazione steppica Sonnenberg (Cod. IT3110010);
Val di Fosse nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110011);
Lacines – Catena del Monteneve nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110012);
Biotopo Delta del Valsura (Cod. IT3110013);
Parco Naturale Vedrette di Ries-Aurina (Cod. IT3110017);
Biotopo Ontaneti dell'Aurino (Cod. IT3110018);
Valle di Funes – Sas de Putia –Rasciesa nel Parco Naturale Puez Odle (Cod. IT3110026);
Parco Naturale Sciliar-Catinaccio (Cod. IT3110029);
Biotopo Lago di Caldaro (Cod. IT3110034);
Parco Naturale Monte Corno (Cod. IT3110036);
Ultimo – Solda nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110038);
Ortles – Monte Madaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110039);
Alpe di Cavallaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110040);
Parco Naturale Fanes-Senes-Braies (Cod. IT3110049);
Parco Naturale Dolomiti di Sesto (Cod. IT3110050);
Biotopo Ahrau di Stegona (Cod. IT3110051).

Allegato F

Documentazione da presentare ai fini della valutazione d'incidenza ai sensi dell'articolo 22

- 1) Piani:
 - a) localizzazione dei siti interessati e descrizione del loro stato di protezione in riferimento a Rete natura 2000;
 - b) descrizione delle caratteristiche e contenuti del Piano che può influire sul regime di salvaguardia dei siti Natura 2000;

- c) individuazione di eventuali punti di conflitto e relative conseguenze tra i contenuti/obiettivi del Piano e le finalità di conservazione di Rete natura 2000;
 - d) individuazione delle azioni volte alla soluzione di eventuali conflitti (eventuali misure di compensazione) e, in ogni caso, tese alla salvaguardia e alla valorizzazione degli habitat e delle specie contenute nei siti.
- 2) Progetti:
- a) descrizione sintetica delle caratteristiche tecniche e fisiche del progetto;
 - b) descrizione delle attività connesse alla realizzazione del progetto (fase di cantiere, depositi materiali, etc);
 - c) motivazioni che rendono necessaria la realizzazione del progetto (indicazione di possibili alternative);
 - d) indicazione del sito Natura 2000 o della zona in posizione limitrofa rispetto all'area vincolata interessata dall'intervento;
 - e) indicazione degli habitat e specie floristiche, faunistiche (alla base dell'individuazione del sito) interessate dall'intervento;
 - f) in caso di non interferenza: scheda sintetica che certifichi la non interferenza con habitat e specie per cui è stato designato il sito;
 - g) in caso di interferenza: descrizione delle misure progettuali e dei provvedimenti che si intendono adottare per contenere l'impatto sull'ambiente naturale sia in fase di realizzazione che in fase di esercizio; descrizione degli interventi tesi a riequilibrare eventuali scompensi (misure di mitigazione).

d) Landesgesetz vom 10. Juli 2018, Nr. 9 ^{1), 2)}

Raum und Landschaft

1)Kundgemacht im Beiblatt 3 zum Amtsblatt vom 12. Juli 2018, Nr. 18.

2)Zum Inkrafttreten dieses Gesetzes siehe Art. 107 Absätze 1 und 2.

V. TITEL

EINGRIFFSGENEHMIGUNGEN

II. KAPITEL

LANDSCHAFTSRECHTLICHE GENEHMIGUNG

Art. 66 (Maßnahmen und Tätigkeiten ohne Pflicht zur landschaftsrechtlichen Genehmigung)

(1) Keiner landschaftsrechtlichen Genehmigung bedarf es für Maßnahmen und Tätigkeiten, durch die der Zustand der Orte und das äußere Erscheinungsbild der Gebäude nicht verändert werden, sowie für die Maßnahmen und Tätigkeiten, die im Anhang A zu diesem Gesetz aufgelistet sind. Die spezifischen Nutzungsvorschriften, die in Bezug auf die Landschaftsgüter laut Artikel 11 festgeschrieben sind, werden dadurch nicht berührt. Mit Verordnung der Landesregierung können die Maßnahmen und Tätigkeiten laut Anhang A in Einklang mit dem Dekret des Präsidenten der Republik vom 13. Februar 2017, Nr. 31, in geltender Fassung, spezifiziert werden.

(2) Aufrecht bleibt die Genehmigungspflicht im Sinne der Landesbestimmungen in den Bereichen Forstwesen, Umweltschutz und Denkmalschutz sowie für Maßnahmen und Tätigkeiten, welche geschützte Lebensräume und Arten gemäß [Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6](#), in geltender Fassung, betreffen.

(3) Hagelnetze, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetze können ohne landschaftliche Genehmigung angebracht werden. Die Landesregierung legt nach Einholen von Gutachten, die unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landwirtschaft und des Landschaftsschutzes erstellt wurden, die zulässigen Farben sowie die Abstände von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen zu öffentlichen Infrastrukturen fest. Der Gemeinderat kann Gebiete festlegen, in denen zum Schutze des Landschaftsbildes das Anbringen von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen verboten ist. Sofern eine entsprechende Hagelversicherung abgeschlossen wird, hat die Gemeinde dem Bewirtschafter für die mit Verbot belegten Kulturflächen eine jährliche Entschädigung für die Gültigkeitsdauer des Verbotes zu bezahlen. Mit Beschluss der Landesregierung werden nach Anhören des Rates der Gemeinden und nach Rücksprache mit der repräsentativsten Vereinigung der Bauern auf Landesebene die Richtlinien und die Höhe der Entschädigungen festgelegt.



Beschluss vom 6. Oktober 2020, Nr. 761 - Festlegung der zulässigen Farben von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen

III. KAPITEL

GENEHMIGUNGEN FÜR BAUMAßNAHMEN

Art. 71 (Freie Maßnahmen)

(1) Die Maßnahmen, die im Anhang C angegeben sind, können ohne ausdrückliche Baugenehmigung ausgeführt werden. Mit Verordnung der Landesregierung können die Maßnahmen und Tätigkeiten laut Anhang C in Einklang mit dem Dekret des Präsidenten der Republik vom 13. Februar 2017, Nr. 31, in geltender Fassung, spezifiziert werden.

(2) Die Maßnahmen müssen auf jeden Fall den Vorgaben der Instrumente für die allgemeine und die Durchführungsplanung der Gemeinde sowie der Fachpläne entsprechen. Ebenso sind die für das betroffene Gebiet geltenden Bindungen zu beachten. Unberührt bleiben die von Bestimmungen anderer Sachbereiche auferlegten Vorschriften, die sich auf die Regelung der Tätigkeit zur Gebietsumwandlung auswirken.

VIII. TITEL ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 103 (Übergangsbestimmungen)

(1) [137](#).

(2) Die Verfahren für die Genehmigung von Plänen und Projekten, die bis zum 30. Juni 2020 bereits eingeleitet wurden, können gemäß den bis dahin geltenden Bestimmungen und Verfahrensvorschriften abgeschlossen werden. Werden Pläne, Projekte und Genehmigungen für Baumaßnahmen, die wegen Verfahrensmängeln aufgehoben wurden, wieder eingereicht, so finden die zum Zeitpunkt der Einleitung des ursprünglichen Verfahrens geltenden Bestimmungen und Verfahrensvorschriften Anwendung. [138](#).

(3) [139](#).

(4) [140](#).

(5) Bis zur Genehmigung des in Artikel 51 vorgesehenen Gemeindeentwicklungsprogramms versteht man unter Siedlungsgebiet die verbauten Ortskerne im Sinne von Artikel 12 des [Landesgesetzes vom 15. April 1991, Nr. 10](#), in geltender Fassung, sowie jene zusammenhängenden Siedlungsbereiche mit mehr als zehn Wohngebäuden, die eine Baudichte von mindestens 1,0 m³/m² aufweisen. Die Landesregierung kann in diesem Zeitraum Anträge der Gemeinden für die Ausweisung neuer Baugebiete, die an bestehende Baugebiete angrenzen müssen, und von Infrastrukturen sowie die Änderung von Bauvorschriften für einzelne Zonen nach dem Verfahren laut Artikel 54 Absatz 2 genehmigen. Auf Siedlungsgebiete und Baugebiete im Sinne dieses Absatzes findet Artikel 37 Absatz 5 keine Anwendung. Im selben Zeitraum kann die Gemeinde im verbauten Ortskern Änderungen an den Flächenwidmungen und Bauvorschriften mit dem Verfahren laut Artikel 54 Absatz 1 vornehmen. Voraussetzung für die Ausweisung von und die Änderungen an Flächen mit gastgewerblicher Nutzungswidmung ist das Vorhandensein eines genehmigten Tourismusentwicklungskonzeptes laut Artikel 51 Absatz 5 Buchstabe g). Die Landesregierung kann die Änderungen laut Artikel 53 Absatz 8, wie auch jene, die im Bereich der Verfahren laut IV. Teil I. Titel des gesetzesvertretenden Dekretes vom 18. April 2016, Nr. 50, in geltender Fassung vorgesehen sind, mit dem Verfahren laut Artikel 50 von Amts wegen vornehmen. Das Gemeindeentwicklungsprogramm muss innerhalb von 24 Monaten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Gemeinden vorgelegt werden. [141](#).

(6) Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, bleiben sämtliche aufgrund der vorher geltenden Bestimmungen bestehende Bindungen aufrecht. Mit Durchführungsverordnung kann, zur Ergänzung der Bestimmungen dieses Gesetzes, festgelegt werden, in welchen Fällen und zu welchen Bedingungen die Bindungen, die aufgrund dieses Gesetzes oder vorher geltender urbanistischer Bestimmungen auferlegt wurden, auf der Grundlage einer entsprechenden Unbedenklichkeitserklärung der zuständigen Behörde im Grundbuch gelöscht werden können. Davon unbeschadet bleibt die Regelung laut Artikel 39 Absatz 6. [142](#).

(6/bis) Unbeschadet des vorangehenden Absatzes, des folgenden Absatzes 6/ter und des Artikels 39 Absatz 6 dieses Gesetzes sowie der Bestimmungen laut Artikel 32 Absätze 3 und 3/bis des [Landesgesetzes vom 2. Juli 2007, Nr. 3](#), kommen für alle Wohnungen, für die vor dem 1. Juli 2020 die Bindungen laut Artikel 79 des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), gemäß dem Wortlaut wie er bis zum 30. Juni 2020 in Kraft war, übernommen wurden, die bis dahin geltenden Bestimmungen weiterhin zur Anwendung. [143](#).

(6/ter) Falls für Verstöße gegen die gemäß Artikel 79 des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), übernommene Bindung und die Bindungen laut Artikel 39 oder 40 des gegenständlichen Gesetzes die Anwendung von Geldbußen unterschiedlicher Höhe vorgesehen ist, wird bei Verstößen gegen Bindungen, die vor dem 1. Juli 2020 übernommen worden sind, die jeweils günstigere Geldbuße auferlegt; davon ausgenommen sind die bereits mit endgültiger Maßnahme verhängten Geldbußen. In keinem Fall erlaubt ist die Rückforderung dessen, was bereits gezahlt wurde. [144](#).

(7) [145](#).

(8) Wenn der Ist-Stand einer bestehenden Immobilie nicht mit den bei der Gemeinde hinterlegten Plänen übereinstimmt oder aus diesen nicht eindeutig hervorgeht, kann der Interessent/die Interessentin die Anpassung der Pläne an den Ist-Stand beantragen, sofern er mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die Nicht-Übereinstimmung seit einem Zeitpunkt besteht, zu dem sie nicht rechtswidrig war. Die Anpassung erfolgt mit Baugenehmigung, wobei jedoch keine Eingriffsgebühr zu zahlen ist.

(9) Die Ausübung von Einzelhandelstätigkeit in Gewerbegebieten in Bezug auf andere als die Artikel 33 Absatz 4 angeführten Waren zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtmäßig ermächtigt wurde, darf fortgesetzt werden. Einzelhandelstätigkeiten in Gewerbegebieten, die vor dem 12. November 2014 bereits gemeldet waren, aber noch nicht aufgenommen wurden, sowie jene, die vor diesem Datum aufgenommen wurden, aber nicht in völliger Übereinstimmung mit den zertifizierten Meldungen des Tätigkeitsbeginns (ZeMeT) und/oder Meldung ausgeübt werden, gelten zum genannten Zeitpunkt als nicht bestehend; die diesbezüglichen zertifizierten Meldungen des Tätigkeitsbeginns (ZeMeT) und/oder Meldung ist unwirksam. Wurde die Meldung erneut eingereicht, so wird sie im Sinne von Artikel 2 des [Landesgesetzes vom 16. März 2012, Nr. 7](#), in

geltender Fassung, überprüft. Die Bestimmungen dieses Absatzes werden auch dann angewandt, wenn die Tätigkeiten im Zuge von Verwaltungsmaßnahmen nicht aufgenommen wurden oder wenn sie Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten sind, es sei denn, die betreffenden Verwaltungsmaßnahmen wurden aufgrund von am 12. November 2014 bereits rechtskräftigen Urteilen annulliert.

(10) Artikel 47 Absatz 1 Buchstabe e) findet auf alle Flächen Anwendung, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Baugebiet ausgewiesen sind.

(11) Unbeschadet der in diesem Gesetz vorgesehenen Verfahrensvereinfachungen können die Eingriffe laut Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a), b), c), d), e) und f) des [Dekrets des Landeshauptmannes vom 6. November 1998, Nr. 33](#), in geltender Fassung, auf Antrag des Interessenten/der Interessentin unmittelbar vom gebietsmäßig zuständigen Bürgermeister/von der gebietsmäßig zuständigen Bürgermeisterin auch gemäß Artikel 6 des [Landesgesetzes vom 21. Oktober 1996, Nr. 21](#), in geltender Fassung, genehmigt werden. Für diese Eingriffe bedarf es keiner darüberhinausgehenden Mitteilung, Ermächtigung oder Genehmigung. Die Ermächtigung wird dem zuständigen Forstinspektorat übermittelt.

(12) Für die Anwendung des Artikel 37 Absatz 4 gilt die an der Hofstelle eines geschlossenen Hofes vor Inkrafttreten des [Landesgesetzes vom 23. Juni 1992, Nr. 21](#), errichtete nicht landwirtschaftliche Baumasse in jeder Hinsicht als Wohnvolumen, unabhängig von der Zweckbestimmung der Zone und unabhängig von der in der Eingriffsgenehmigung, Baubewilligung bzw. Baukonzession festgehaltenen Zweckbestimmung und von der derzeitigen Zweckbestimmung. Wenn eine solche Baumasse teilweise oder vollständig ab Inkrafttreten des vorstehenden Landesgesetzes bis zum Abschluss einer nachstehend bezeichneten Vereinbarung ununterbrochen für die Ausübung gastgewerblicher Tätigkeit genutzt wurde, kann die gebietsmäßig zuständige Gemeinde mit dem Eigentümer des geschlossenen Hofes eine Vereinbarung unter Berücksichtigung der Bestimmungen nach Artikel 20, beschränkt auf den Absatz 4 abschließen, wobei der Planungsmehrwert nach Artikel 19 Absatz 4 eingehoben werden muss, damit unter Einbeziehung sämtlicher Bestandsbaumasse mit der Zweckbestimmung Wohnen das Baurecht gemäß Artikel 37 Absatz 4 beschränkt auf maximal 1.000 m³ zuerkannt werden kann. Vor der Meldung der Bezugsfertigkeit muss zusätzlich zu den Vorgaben nach Artikel 37 Absatz 4 eine Eigentumstrennung zwischen geschlossenem Hof und gastgewerblicher Struktur erfolgen. Voraussetzung für den Abschluss einer solchen Vereinbarung ist:

- a) dass es sich um einen in den letzten 10 Jahren vor Abschluss derselben Vereinbarung tatsächlich durch den selbstbewirtschaftenden Bauer oder seiner mitarbeitenden Familienmitglieder bewirtschafteten geschlossenen Hof handelt;
- b) dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die zukünftige Abtrennung vom geschlossenen Hof der gastgewerblichen Struktur gegeben sind, auch in Abweichung zu Artikel 37 Absatz 4;
- c) dass nach der vorstehenden Abtrennung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Neubildung eines geschlossenen Hofes bestehen.

Für die Überprüfung der vorstehenden Voraussetzungen holt die Gemeinde bei der örtlichen Höfekommission vor Abschluss obgenannter Vereinbarung ein bindendes Gutachten mit Sichtvermerk der für Landwirtschaft zuständigen Landesabteilung im Sinne der einschlägigen Bestimmungen zum geschlossenen Hof ein. [146](#).

(13) Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, haben die Verordnungen laut Artikel 39 Absatz 6 auch jene Bindungen zum Gegenstand, welche aufgrund früherer Gesetze zum Zweck der Sicherstellung des Wohnbedarfes für die ansässige Bevölkerung auferlegt wurden.

(14) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in den Bauleitplänen der Gemeinde ausgewiesenen Wohnbauauffüllzonen und Wohnbauerweiterungszonen gelten im Sinne dieses Gesetzes als Mischgebiet, die Wiedergewinnungszonen gelten als historischer Ortskern. Die in den Planungsinstrumenten für die einzelnen Zonen festgesetzten Bauvorschriften bleiben aufrecht. Auf die betreffenden Flächen finden die Artikel 19 und 57 keine Anwendung, außer es handelt sich um Wohnbauerweiterungszonen, für welche noch kein Durchführungsplan beschlossen wurde. Im Falle von Wohnbauerweiterungszonen, für welche ein Durchführungsplan im Sinne der Bestimmungen des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), auch in Verbindung mit Absatz 2 dieses Artikels genehmigt wurde, gelten folgende Bestimmungen:

- a) die Wohnungen, welche auf den Flächen für den geförderten Wohnbau errichtet werden, unterliegen der Pflicht der Bindung gemäß Artikel 39, wobei diese Bindung, gegebenenfalls zusätzlich zur Sozialbindung laut Wohnbauförderungsgesetz, mit dem Zuweisungsbeschluss im Grundbuch angemerkt wird;
- b) die von Artikel 40 des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), gemäß dem Wortlaut wie er bis zum 30. Juni 2020 in Kraft war, vorgesehenen Erschließungskosten und sonstigen Kosten werden auf die Eigentümer oder Zuweisungsempfänger der jeweiligen Baugrundstücke auf der Grundlage der laut Durchführungsplan zulässigen Baumasse berechnet und aufgeteilt.

Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Grundstücksteilungspläne gelten als Durchführungspläne im Sinne des Artikel 57 und können mit dem Verfahren laut Artikel 60 auch hinsichtlich einzelner Baulose abgeändert werden, um die Ziele laut Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe i) zu erreichen. [147](#).

(15) In Abweichung von Artikel 17 Absatz 2 können die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Gewerbegebiete, die sich außerhalb des Siedlungsgebietes befinden, bebaut und in Anwendung des Verfahrens laut Artikel 54 Absatz 2 erweitert werden. Betriebe mit Zweckbestimmung laut Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe f), die die gemeldete Tätigkeit rechtmäßig ausüben und sich außerhalb des Siedlungsgebietes befinden, dürfen bis maximal 50 Prozent der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden für die Produktion vorgesehenen Fläche erweitert werden; wird die zulässige Erweiterung von maximal 50 Prozent überschritten, so ist in Anwendung des Verfahrens laut Artikel 54 Absatz 2 ein Gewerbegebiet auszuweisen. [148](#).

(16) Folgende Kollegialorgane können bis zum 6. November 2020 nachfolgende Funktionen wahrnehmen:

- a) die im Sinne von Artikel 2 des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), bestellte Landeskommission für Natur, Landschaft und Raumentwicklung, jene der Landeskommission für Raum und Landschaft laut Artikel 3 des [Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#);
- b) die im Sinne von Artikel 2 des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), bestellte Landschaftsschutzkommission, jene der Landeskommission laut Artikel 69 des [Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#) und
- c) das im Sinne von Artikel 9 des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970 Nr. 16](#) bestellte Kollegium für Landschaftsschutz, jene des Kollegiums für Landschaft laut Artikel 102 des [Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#).

Die angeführten Kollegialorgane können zudem die Funktionen für die Bewertung von Plänen und Projekten wahrnehmen, für die bis zum 30. Juni 2020 das entsprechende Verfahren eingeleitet wurde. [149](#)

(17) In erster Anwendung der Bestimmungen laut Artikel 39 Absatz 7 veröffentlichen die Gemeinden, innerhalb 30. Juni 2021, die dort vorgesehene Liste. [150](#)

(18) Von der Regelung laut Artikel 104 Absatz 2 des [Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#), unberührt bleiben die Konventionierungspflichten im Ausmaß von weniger als 100 Prozent, welche auf Raumordnungsverträgen fußen, die in den Anwendungsbereich des Artikels 23 Absatz 4 des [Landesgesetzes vom 19. Juli 2013, Nr. 10](#), fallen. Ebenso unberührt bleiben die Konventionierungspflichten im Ausmaß von weniger als 100 Prozent, sofern sie sich auf Erweiterungszonen und Auffüllzonen beziehen, deren Ausweisung am 13. Juli 2018 bereits im Amtsblatt der Region veröffentlicht und deren Durchführungspläne, sofern diese im Bauleitplan vorgeschrieben sind, am 13. Juli 2018 bereits endgültig genehmigt waren. Die Konventionierung laut Artikel 104 Absatz 2 des [Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#), ist für jene Wohnungen verpflichtend, für die am 5. Oktober 2018 nicht bereits eine Baukonzession erteilt wurde. Von der Regelung unberührt bleibt jene bestehende Wohnbaumassee ohne Konventionierungsbindung, die sich nicht auf Flächen des geförderten Wohnbaus befindet, auch wenn im Zuge von Wiedergewinnungsmaßnahmen, einschließlich des Abbruchs und Wiederaufbaus, mit derselben die Anzahl der Wohnungen erhöht wird. Die grundbücherlichen Bindungen, die sich auf Konventionierungspflichten beziehen, die seit dem 13. Juli 2018 im Sinne des Artikels 104 Absatz 2 des [Landesgesetzes vom 10. Juli 2018, Nr. 9](#), übernommen wurden und in die Ausnahmebestimmungen dieses Absatzes fallen, können auf der Grundlage einer entsprechenden Unbedenklichkeitserklärung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin nach Entrichtung der Baukostenabgabe, welche in dem nach der Gemeindeverordnung festgelegten Ausmaß am Tag des Erlasses der Unbedenklichkeitserklärung geschuldet ist, gelöscht werden. [151](#)

(19) In Ermangelung von qualifiziertem Personal kann die Gemeinde einen Bediensteten/eine Bedienstete des Bauamtes ohne Befähigung laut Artikel 63 Absatz 5 mit der Leitung der Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten gemäß Artikel 63 beauftragen. Dieser/Diese Bedienstete muss sich verpflichten, den nächsten Befähigungslehrgang zu besuchen. Voraussetzung für die Beauftragung ist weiters, dass dieser/diese Bedienstete bei den Gemeindeverwaltungen mindestens fünf Jahre tätig gewesen ist oder dass er/sie die für die Eintragung in das Berufsverzeichnis der Geometer vorgesehene Staatsprüfung bestanden hat oder im Besitz eines akademischen Studientitels ist und die für die Eintragung in die Sektion A eines der folgend angeführten Berufsverzeichnisse vorgesehene Staatsprüfung bestanden hat:

- a) Berufsverzeichnis der Architekten, Raumplaner, Landschaftsplaner und Denkmalpfleger,
- b) Berufsverzeichnis der Ingenieure,
- c) Berufsverzeichnis der Agronomen und Forstwirte,
- d) Berufsverzeichnis der Geologen. [152](#)

(20) Die im Sinne von Artikel 115 des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), in geltender Fassung, bestellten Gemeindebaukommissionen können bis spätestens 30. Juni 2021 die Funktion der Gemeindekommission für Raum und Landschaft laut Artikel 4 und der Kommission laut Artikel 68 Absatz 1 übernehmen. Sämtliche Anträge um Erlass der Baugenehmigung laut Artikel 72 Absatz 1 müssen von der Gemeindebaukommission geprüft werden. Aufrecht bleiben bis zur Genehmigung der Gemeindebauordnungen gemäß Artikel 21 Absatz 5, aber spätestens bis 30. Juni 2021, die Bestimmungen der bis zum 30. Juni 2020 geltenden Gemeindebauordnungen, soweit sie mit den Bestimmungen dieses Gesetzes und den erlassenen Durchführungsbestimmungen im Einklang stehen sowie die Bestimmungen über die Arbeitsweise der Gemeindebaukommission gemäß den bis zum 30. Juni 2020 geltenden Gemeindebauordnungen. Solange im Sachverständigenverzeichnis laut Artikel 9 die ausreichende Vertretung von Mitgliedern der ladinischen Sprachgruppe nicht gewährleistet ist, können an deren Stelle in der Gemeindekommission für Raum und Landschaft, Sachverständige der deutschen oder italienischen Sprachgruppe ernannt werden. [153](#)

(21) Unbeschadet der Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe kann das Land Raumordnungsvereinbarungen mit privaten oder öffentlichen Rechtssubjekten abschließen, um die Durchführung von Vorhaben im übergemeindlichen Interesse zu erleichtern, die mit Beschluss der Landesregierung festgelegt werden. [154](#)

(22) In den Raumordnungsvereinbarungen, bei denen das Land Vertragspartner ist, können unter anderem folgende Leistungen oder Gegenleistungen vorgesehen werden:

- a) Abtretung oder Tausch von Liegenschaften oder dinglichen Rechten, wobei die privaten Vertragspartner seit wenigstens 5 Jahren mehrheitlich Eigentümer der vertragsgegenständlichen Liegenschaften sein müssen, ausgenommen bei Schenkungen und Erbschaften;
- b) Schaffung oder Abtretung von Baurechten innerhalb des Siedlungsgebietes oder bestehender Baugebiete; Einzelhandel kann nur zusammen mit vorwiegender und gleichzeitiger Realisierung von Baumassee für Wohnen, wobei das für Einzelhandel bestimmte Volumen sich auf nicht mehr als 20 Prozent der mit der Raumordnungsvereinbarung geschaffenen Baurechte belaufen darf, oder in Mischgebieten Teil von Raumordnungsvereinbarungen sein. [155](#)

(23) Für die Durchführung von Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Landes kann die Landesregierung, im Einvernehmen mit der betroffenen Gemeinde, Raumordnungsvereinbarungen im Sinne der vorstehenden Absätze 21 und 22 abschließen und mit dem Verfahren laut Artikel 50 in das Planungsinstrument einfügen. Falls auch Zuständigkeiten oder Vorhaben öffentlichen Interesses einer Gemeinde betroffen sind, beteiligt sich die jeweilige Gemeinde als Vertragspartner. [156](#))

- 137)Art. 103 Absatz 1 wurde aufgehoben durch Art. 42 Absatz 1 Buchstabe g) des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 138)Art. 103 Absatz 2 wurde zuerst ersetzt durch Art. 36 Absatz 1 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#), später geändert durch Art. 8 Absatz 3 des [L.G. vom 16. April 2020, Nr. 3](#), und durch Art. 30 Absatz 1 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 139)Art. 103 Absatz 3 wurde aufgehoben durch Art. 42 Absatz 1 Buchstabe g) des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 140)Art. 103 Absatz 4 wurde aufgehoben durch Art. 42 Absatz 1 Buchstabe g) des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 141)Art. 103 Absatz 5 wurde so ersetzt durch Art. 30 Absatz 2 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 142)Art. 103 Absatz 6 wurde so ersetzt durch Art. 36 Absatz 2 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 143)Art. 103 Absatz 6/bis wurde eingefügt durch Art. 36 Absatz 3 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#), und später so geändert durch Art. 16 Absatz 11 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#).
 144)Art. 103 Absatz 6/ter wurde eingefügt durch Art. 16 Absatz 12 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#).
 145)Art. 103 Absatz 7 wurde aufgehoben durch Art. 42 Absatz 1 Buchstabe g) des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 146)Art. 103 Absatz 12 wurde so geändert durch Art. 36 Absätze 4 und 5 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 147)Art. 103 Absatz 14 wurde zuerst durch Art. 16 Absatz 13 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#), und später durch Art. 30 Absätze 3 und 4 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#), so geändert.
 148)Art. 103 Absatz 15 wurde so ersetzt durch Art. 36 Absatz 6 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 149)Art. 103 Absatz 16 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 14 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#).
 150)Art. 103 Absatz 17 wurde eingefügt durch Art. 36 Absatz 7 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#), und später so ersetzt durch Art. 30 Absatz 5 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 151)Art. 103 Absatz 18 wurde eingefügt durch Art. 36 Absatz 8 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).
 152)Art. 103 Absatz 19 wurde eingefügt durch Art. 16 Absatz 15 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#), und später so ersetzt durch Art. 30 Absatz 6 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 153)Art. 103 Absatz 20 wurde hinzugefügt durch Art. 30 Absatz 7 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 154)Art. 103 Absatz 21 wurde hinzugefügt durch Art. 30 Absatz 8 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 155)Art. 103 Absatz 22 wurde hinzugefügt durch Art. 30 Absatz 8 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).
 156)Art. 103 Absatz 23 wurde hinzugefügt durch Art. 30 Absatz 8 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).

Anhang A (Artikel 66 Absatz 1) Tätigkeiten und Maßnahmen, für die keine landschaftsrechtliche Genehmigung vorgeschrieben ist

A 1) Interne Arbeiten, die das äußere Erscheinungsbild der Gebäude, wie sie auch immer in urbanistisch baulicher Hinsicht bezeichnet werden, nicht verändern, auch wenn die Nutzung geändert wird, sofern diese den urbanistischen Bestimmungen entspricht;

A 2) Eingriffe auf Fassaden oder Dächern von Gebäuden, im Einklang mit eventuell gültigen Farbplänen der Gemeinde und der architektonischen Charakteristik mit den morphologisch-typologisch vorhandenen Materialien und Oberflächen, wie zum Beispiel: neuer Putz, Anstriche, Außenverkleidungen oder Abdeckungen; die Sanierung von Balkonen, Terrassen oder Außentreppen; Neubau oder Austausch von Vetrinen, Anbringung von Sicherheitsvorrichtungen für wirtschaftliche Tätigkeiten, von Elementen der Außenverkleidung wie Fensterrahmen, Gesimse, Brüstungen, Spenglerarbeiten, Dachfenster, Kamine und dergleichen; Isolierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude, ohne Realisierung von Elementen oder Bauteilen, die aus der Gebäudehülle hervorstehen, einschließlich jene am Dach. Unter den gleichen Bedingungen ist weiters keine Genehmigung für die Erstellung oder Änderung von äußeren Öffnungen oder Fenstern im Dach nötig, sofern diese Eingriffe nicht die Güter mit Bindungen gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben f) und b) dieses Gesetzes betreffen, letzterer beschränkt auf Gebäude von architektur-historischem oder geschichtszeugendem Interesse, einschließlich ländlich traditioneller Bauten, einzeln oder eingebettet in Zentren und historischen Ortskernen;

A 3) Maßnahmen zur statischen Konsolidierung der Gebäude, einschließlich der notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung oder Anpassung an seismische Erfordernisse, sofern sie nicht zu Änderungen morphologischer und typologischer Merkmale, der Materialien der Außenverkleidungen oder des Volumens und der Höhe des Gebäudes führen;

A 4) Notwendige Eingriffe zur Beseitigung von architektonischen Barrieren, wie die Realisierung von externen Rampen für Höhenunterschiede bis zu 60 cm, das Anbringen externer Treppenlifte, die Realisierung von Außenaufzügen oder anderen ähnlichen Bauteilen auf internen Zubehörsflächen, die aus dem öffentlichen Raum nicht einsehbar sind;

A 5) sofern sie auf Nebenfassaden oder auf internen Zubehörsflächen, jedenfalls in Positionen, die aus dem öffentlichen Raum nicht einsehbar sind, realisiert werden, oder sofern die Anlagen in die Gebäudehülle integriert sind und sofern diese Eingriffe nicht die Güter mit Bindungen gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben f) und b) dieses Gesetzes betreffen, letzterer beschränkt auf Gebäude von architektur-historischem oder geschichtszeugendem Interesse, einschließlich ländlich traditioneller Bauten, einzeln oder eingebettet in Zentren und historischen Ortskernen:

- Anbringung äußerer technischer Anlagen für einzelne Gebäude, die keine Bauermächtigung erfordern, wie Klimaanlagen mit Außenkomponenten, Heizanlagen, Parabolantennen und Antennen;
- Installation oder Änderung von Anlagen der Gebäudetechnik im Inneren bestehender Gebäude;
- Installation von Gasspeichern mit maximal 13 m³, einschließlich der dazugehörigen Bauteile;

d) Errichtung kleiner Anlagen zur Behandlung häuslicher Abwässer bis zu 50 Einwohnergleichwerten;

A 6)

- a) Installation von Solarpaneelen (thermisch oder photovoltaisch) zur Versorgung einzelner Gebäude, sofern sie auf Flachdächern aber nicht einsehbar aus dem öffentlichen Raum installiert werden;
- b) Installation von Solarpaneelen (thermisch oder photovoltaisch) zur Versorgung einzelner Gebäude, sofern sie integriert in die Dachflächen oder an diese anliegend mit derselben Neigung und Orientierung installiert werden, entsprechend der Durchführungsverordnung im Sinne von Artikel 29, Absatz 3;

A 7) Installation von Mikrowindkraftanlagen mit einer Höhe von nicht mehr als 1,50 m und Durchmesser von nicht mehr als 1,00 m und sofern diese Eingriffe nicht die Güter mit Bindungen gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben f) und b) dieses Gesetzes betreffen, letzterer beschränkt auf Gebäude von architektur-historischem oder geschichtszeugendem Interesse, einschließlich ländlich traditioneller Bauten, einzeln oder eingebettet in Zentren und historischen Ortskernen;

A 8) Eingriffe zur funktionellen Anpassung der technischen Anlagen für Netzinfrastrukturen, einschließlich Ersatz bestehender Kabinen durch Anlagen analoger Typologie und Dimensionen sowie Eingriffe zur Installation und Entwicklung der Netze zur elektronischen Kommunikation mit hoher Geschwindigkeit, auch mit Erhöhungen bis zu 50 cm;

A 9) Installation von Sicherheitseinrichtungen zur Absturzsicherung auf Dächern;

A 10)

- a) Instandhaltung und Anpassung der privaten oder öffentlichen Außenflächen bestehender Bauwerke, wie Gehwege, Bankette von Straßen, Verkehrsinseln, Einrichtungen der öffentlichen Flächen, Brunnen, sofern sie die bestehenden in morphologischen und typologischen Merkmale, Materialien Außengestaltung im jeweiligen örtlichen Bezug beachten;
- b) Ersatz von Zapfsäulen und automatischen Verteileranlagen;
- c) Änderung oder Ersatz von Ausrüstungen der Haltestellen öffentlicher Verkehrsdienste;
- d) Anbringung von Werbe- und Informationsmitteln entsprechend den von der Landesregierung genehmigten Richtlinien;

A 11) primäre Erschließungsanlagen, die in den Durchführungsplänen vorgesehen und hinsichtlich Landschaftsschutz bereits bewertet sind;

A 12)

- a) Eingriffe auf Zubehörsflächen von Gebäuden, die keine wesentlichen Änderungen der planimetrischen Struktur und der Begrünung bringen und im Einklang mit der morphologisch-typologischen Charakteristik, den vorhandenen Materialien und Oberflächen sind, sowie unter Beachtung des jeweiligen örtlichen Kontextes, wie Anpassung der befestigten Flächen, Bau von Wegen, Errichtung von Brunnen, Grüngestaltung und ähnliche Einrichtungen, die die Morphologie des Geländes nicht ändern sowie, auf denselben Flächen, teilweiser oder gänzlicher Abbruch ohne Wiederaufbau von technischen Volumina und Zubehörsbauten ohne besondere architektonische historische oder testimoniale Bedeutung,
- b) Errichtung von Gewächshäusern für häusliche Nutzung mit Flächen bis zu 20 m²;

A 13) Eingriffe zur Instandhaltung, Ersatz oder Anpassung von Toren, Umzäunungen und Grenz- oder Stützmauern, Einbau von Einbruchssicherungen auf Toren und Grenzmauern in Beachtung der morphotypologischen Eigenschaften, der Materialien und der Außengestaltung, und sofern diese Eingriffe nicht die Güter mit Bindungen gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben f) und b) dieses Gesetzes betreffen, letzterer beschränkt auf Gebäude von architektur-historischem oder geschichtszeugendem Interesse, einschließlich ländlich traditioneller Bauten, einzeln oder eingebettet in Zentren und historischen Ortskernen;

A 14) Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, einzeln oder in Gruppen, auf öffentlichen oder privaten Flächen, mit ausgewachsenen Pflanzen derselben Art oder autochtonen Arten oder Arten, die jedenfalls bereits historisch eingebürgert und typisch für den jeweiligen Standort sind;

A 15) Unbeschadet der Bestimmungen des Schutzes der archäologischen Güter sowie der allfälligen spezifischen Landschaftsvorschriften betreffend die Gebiete von archäologischem Interesse gemäß Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe h) dieses Gesetzes, die Realisierung und Instandhaltung von Eingriffen im Untergrund, die die Morphologie des Geländes nicht dauerhaft verändern, die Vegetationsstruktur und keine Landschaftselemente beeinträchtigen, wie:

- a) vollkommen unterirdische Volumina ohne Bauteile über Erde;
- b) Druckleitungen und Bewässerungsanlagen, Tiefbrunnen und Grundwasserfassungen ohne Bauteile über Erde;

- c) Geothermieranlagen für einzelne Gebäude;
- d) unterirdische Tanks, Speicher und gleichartige Anlagen;
- e) unterirdische Kanäle, Rohre oder Kabelleitungen für die öffentlichen örtlichen Versorgungs- oder Entsorgungsnetze, ohne Realisierung neuer Bauten über Erde;

f) Anschlüsse an die Netzinfrastrukturen.

In den genannten Fällen ist die Errichtung von bodengleichen Schächten zulässig, die die Geländeoberfläche um nicht mehr als 40 cm überragen. Im Falle von Wasserleitungen und Bewässerungsanlagen muss der Antragsteller über eine Wasserkonzession verfügen;

A 16) temporäre Besetzung von privaten, öffentlichen oder für öffentliche Nutzung bestimmten Flächen für Einrichtungen oder einfache Bauwerke, die am Boden befestigt werden ohne Mauerwerk oder Fundamente, für Veranstaltungen, Vorführungen, Events oder Ausstellungen und Verkauf von Waren, beschränkt auf die Dauer der Veranstaltung, jedenfalls für einen Zeitraum von nicht mehr als 120 Tagen im Kalenderjahr;

A 17) Einrichtungen im Außenraum für wirtschaftliche Tätigkeiten wie Speis- und Schankbetriebe, Handelstätigkeiten, Fremdenverkehr und Beherbergung, Sport- und Freizeittätigkeiten, bestehend aus einfach entfernbar Elementen wie Zeltdächer, Plattformen, seitliche Windschutzelemente, Elemente zur Gestaltung, Beschattung oder andere leichte Abdeckungen, ohne Mauerwerk oder Bauteile, die fix mit dem Boden verankert sind; ausgenommen im alpinen Grün;

A 18) Installation von Einrichtungen zum Umweltmonitoring und für geognostische Untersuchungen mit Ausschluss der Suche nach Kohlenwasserstoffen;

A 19)

- a) Eingriffe im Landwirtschaftsgebiet und im Wald in Zusammenhang mit land- und forstwirtschaftlicher und Weidetätigkeit, durch die der Zustand der Orte nicht dauerhaft durch Gebäude oder andere Bauwerke verändert wird und immer sofern es sich um Tätigkeiten und Einrichtungen handelt, die den hydrogeologischen Haushalt des Gebietes nicht verändern;
- b) Eingriffe an landwirtschaftlichen hydraulischen Anlagen ohne historische oder testimoniale Bedeutung;
- c) Errichtung von mobilen saisonalen Gewächshäusern ohne gemauerte Strukturen, Stützen und Pergole, einzelne bewegliche Bauteile in Holz für die Unterbringung landwirtschaftlicher Werkzeuge, mit überdachter Fläche bis zu 5 m² und einfacher Verankerung am Boden ohne Fundamente oder Mauerwerk, Anbringen von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen;
- d) Errichtung von Holzhütten und Bienenständen entsprechend den von der Landesregierung genehmigten Richtlinien;
- e) erforderliche Instandhaltungsmaßnahmen für die Tätigkeit der Fischzucht;
- f) Instandhaltungsmaßnahmen von Hoferschließungs- und Forststraßen ohne Änderung der Struktur und Befestigung der Trassen;
- g) Errichtung und Instandhaltung von Trockenmauern in traditioneller Bauweise und Tränken für land- und forstwirtschaftliche und Weidetätigkeit, ausgeführt mit traditionellen Materialien und Bauweisen;
- h) Eingriffe zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen und Weidetätigkeit in den ländlichen Gebieten, die von Wald und Sträuchern überwuchert sind, nach Bestätigung der früheren landwirtschaftlichen und Weidenutzung durch die zuständige Behörde, wenn keine Bindungen auf diesen Flächen im Landschaftsplan enthalten sind;
- i) Planierungen im landwirtschaftlichen Grün ohne Stützbauwerke mit Beibehaltung des groben Geländeverlaufs, was auf jeden Fall den Auf- und Abtrag von 1 m einschließt, ohne Veränderung von Landschaftselementen und Änderung des hydrogeologischen Haushaltes;
- l) Materialablagerungen im landwirtschaftlichen Grün zum Zwecke der landwirtschaftlichen Meliorierung im Verhältnis von bis zu 1 m³/m² mit einem Maximalvolumen von 2.000 m³, ohne Stützbauten, ohne Veränderung von Landschaftselementen und ohne Änderungen des hydrogeologischen Haushaltes;
- m) Entnahme und Verlagerung von Gestein und Erdmaterial für Eigenbedarf zur Umsetzung von zulässigen Vorhaben, ohne Veränderungen des hydrogeologischen Haushaltes, Änderung der Flächennutzung oder Änderungen von Landschaftselementen;

A 20)

- a) das Schlägern, das Forsten und das Wiederaufforsten und Bonifizierungsarbeiten, Brandschutz und Erhaltungsarbeiten in den Wäldern und Forsten;
- b) forstwirtschaftliche Nutzung genehmigt nach den einschlägigen Rechtsvorschriften;
- c) Eingriffe zur Eindämmung der spontanen Vegetation zur Instandhaltung der öffentlichen Infrastrukturen im Wald, wie Elektroleitungen, öffentliche Straßen und Wasserbauten;
- d) Bau oder Anpassung von Straßen für die Zwecke der land- und forstwirtschaftlichen und Weidetätigkeit, für die Bewirtschaftung und den Schutz des Territoriums, gesperrt für den öffentlichen Verkehr, einspurig und nicht versiegelt, ohne Stützbauten, ohne Veränderung von bestehenden Landschaftselementen. Aufrecht bleibt die Genehmigung für die Almerschließungen, sowie für die verschiedenen Pläne, die den Bau und die außerordentliche Instandhaltung von Forststraßen betreffen;

e) Instandhaltung von Almerschließungen;

A 21) Errichtung von Denkmälern, Grabsteinen und Kapellen innerhalb der Friedhöfe;

A 22) Errichtung von Sonnenschutzmarkisen auf Terrassen, Fassaden oder Zubehörsflächen für private Nutzung ausgeschlossen im alpinen Grün;

A 23) Anbringung von Beschilderungen für Handelsbetriebe und andere wirtschaftliche Tätigkeiten im Inneren der Ausstellungsflächen oder in ähnlicher hierfür bestimmter Lage; Ersatz bereits rechtmäßig bestehender Schilder durch in Dimension und Standort gleichartige Schilder. Die Freistellung betrifft nicht Schilder und Werbemittel mit wechselnder Beleuchtung;

A 24) Eingriffe zur Instandhaltung der Flussbette, der Dämme und Ufer der Wasserläufe einschließlich der Eingriffe zur Pflege der Ufergehölze und -sträucher zu dem Zweck die Abflussräume für die Gewässer zu sichern, die nicht eine dauerhafte Veränderung der Gesamtmorphologie des Wasserlaufes bewirken; Eingriffe zur Instandhaltung und Wiederherstellung der Funktion der Abflusssysteme und Entwässerungen und der hydraulischen Anlagen im Flussbett;

A 25) punktuelle ingenieurbioologische Eingriffe zur Regelung des Wasserabflusses und Schutz des Bodens durch autochtone und Pionierpflanzen, auch in Kombination mit Inertmaterial und biologisch abbaubaren künstlichen Materialien;

A 26) Eingriffe zur Instandhaltung oder Ersatz ohne Vergrößerungen der Ausmaße von entfernbarer Einrichtungen, die im Bereich von Beherbergungsbetrieben im Freien bestehen und bereits eine Landschaftsgenehmigung besitzen, in Beachtung der morphotypologischen Merkmale der Materialien und der Außengestaltung;

A 27) Abbau und periodischer Wiederaufbau von saisonalen Einrichtungen mit Landschaftsermächtigung;

A 28) Maßnahmen zum getreuen Wiederaufbau von Gebäuden, Bauwerken und technischen Anlagen, die durch Naturereignisse oder Katastrophen zur Gänze oder teilweise zusammengebrochen oder zerstört sind, sofern die ursprüngliche rechtmäßig bestehende Größe und Struktur festgestellt werden kann und die Wiedererrichtung innerhalb von 10 Jahren ab Zerstörung erfolgt und die ursprüngliche Situation des Gebäudes oder Bauwerkes hinsichtlich des Standortes, planvolumetrisches Ausmaß und äußere Gestaltung eingehalten werden, davon ausgenommen lediglich die für die Anpassung an die Vorschriften zur Erdbebensicherheit und zur Sicherheit der technologischen Anlagen erforderlichen Erneuerungen;

A 29) Abbruch und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes auf der Grundlage von Maßnahmen zur Verhinderung von Bauvergehen;

A 30) Bauwerke und bauliche Eingriffe, die als Variante zu genehmigten Projekten zum Zwecke der landschaftlichen Einfügung errichtet werden und die genehmigten Maße um nicht mehr als 2 Prozent hinsichtlich Höhe, Abstände, Kubatur, überbaute Fläche oder Verschiebungen der Gebäudegrundfläche überschreiten.

Anhang C (Artikel 71 Absatz 1) Freie Baumaßnahmen

C 1) ordentliche Instandhaltungsmaßnahmen laut Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe a);

C 2) Maßnahmen zur Beseitigung architektonischer Barrieren, die nicht den Bau von Außenrampen oder Außenaufzügen oder sonstigen Konstruktionen erforderlich machen, durch die die äußere Form des Gebäudes verändert wird;

C 3) befristete Bauarbeiten zur geognostischen Forschung im Untergrund – ausgenommen die Exploration von Kohlenwasserstoffen –, die außerhalb des bebauten Ortskerns durchgeführt werden;

C 4) das Aufstellen von saisonalen mobilen Gewächshäusern zum Zwecke der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Mauerteile sowie das Anbringen von Hagelnetzen, Kulturschutzfolien und Kulturschutznetzen; [162](#);

C 5) Bauarbeiten zum Zweck der Erfüllung objektiver dringender und vorübergehender Bedürfnisse, welche nach Ende der Notwendigkeit und jedenfalls innerhalb einer Frist von nicht mehr als 90 Tagen unverzüglich entfernt werden. Der Baubeginn ist der Gemeinde mitzuteilen;

C 6) Bodenlege- und Feinarbeiten an Außenflächen, auch an Halteflächen, bei denen der Durchlässigkeitsindex eingehalten wird, einschließlich der Errichtung von vollständig unterirdischen nicht zugänglichen Luftschächten, von Wasserauffangbecken und von

unterirdischen verschlossenen Räumen;

C 7) Solar- und Photovoltaikpaneele für Gebäude außerhalb des historischen Ortskerns; [163](#)).

C 8) nicht auf Gewinn ausgerichtete Spielflächen und Ausstattungselemente für Gebäudezubehörf lächen;

C 9) direkt mit land- und forstwirtschaftlicher und Weidetätigkeit verbundene Erdbewegungsarbeiten, einschließlich der Maßnahmen an landwirtschaftlichen Wasseranlagen, durch die der Zustand der Orte nicht dauerhaft durch Gebäude oder andere Zivilbauten verändert wird und bei denen es sich um Tätigkeiten und Bauarbeiten handelt, die den Wasserhaushalt des Gebietes nicht verändern;

C 10) das Schlägern, das Forsten, das Wiederaufforsten, Bonifizierungsarbeiten, Brandschutzmaßnahmen und Erhaltungsarbeiten in den Wald- und Forstgebieten laut Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe f), sofern sie nach der einschlägigen Gesetzgebung vorgesehen und bewilligt sind.

C 11) Maßnahmen zur Sanierung bestehender Öfen und Kamine. [164](#)).

162)Der Punkt C 4) des Anhanges C wurde so ersetzt durch Art. 39 Absatz 1 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#).

163)Der Punkt C 7) des Anhanges C wurde gestrichen durch Art. 39 Absatz 2 des [L.G. vom 20. Dezember 2019, Nr. 17](#), und wieder eingeführt im Sinne von Art. 32 Absatz 1 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).

164)Der Punkt C 11) des Anhanges C wurde hinzugefügt durch Art. 33 Absatz 1 des [L.G. vom 17. Dezember 2020, Nr. 15](#).

d) Legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 ^{1) 2)}

Territorio e paesaggio

1) Pubblicata nel supplemento n. 3 del B.U. 12 luglio 2018, n. 28.

2) Per l'entrata in vigore vedi l'art. 107 commi 1 e 2 della presente legge.

TITOLO V

TITOLI ABILITATIVI

CAPO II

AUTORIZZAZIONE PAESAGGISTICA

Art. 66 (Interventi e attività non soggetti ad autorizzazione paesaggistica)



(1) Non sono soggetti ad autorizzazione paesaggistica gli interventi e le attività che non alterano lo stato dei luoghi e l'aspetto esteriore degli edifici, nonché gli interventi e le attività elencati nell'allegato A alla presente legge. Sono fatte salve le specifiche prescrizioni d'uso dettate con riferimento ai beni paesaggistici di cui all'articolo 11. La Giunta provinciale può specificare gli interventi e le attività di cui all'allegato A in conformità al decreto del Presidente della Repubblica 13 febbraio 2017, n. 31, e successive modifiche.

(2) Resta comunque fermo l'obbligo di autorizzazione ai sensi delle norme provinciali in materia di foreste, tutela dell'ambiente e tutela dei beni culturali e per interventi e attività riguardanti habitat e specie tutelati ai sensi della [legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6](#), e successive modifiche.

(3) Reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie possono essere installate senza autorizzazione paesaggistica. La Giunta provinciale, dopo aver acquisito pareri redatti tenendo conto dell'esigenza dell'agricoltura e della tutela del paesaggio, determina i colori consentiti nonché le distanze di reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie da infrastrutture pubbliche. Il consiglio comunale può determinare delle zone dove ai fini della tutela dell'aspetto paesaggistico è vietata l'installazione di reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie. Qualora sia stata stipulata un'apposita polizza assicurativa contro danni derivanti dalla grandine, il comune per le zone coltivate coperte dal divieto è obbligato annualmente al pagamento di un indennizzo per la durata del divieto a favore del coltivatore. Sentito il Consiglio dei comuni e sentita la più rappresentativa organizzazione degli agricoltori a livello provinciale, la Giunta provinciale determina con deliberazione i criteri e l'ammontare dell'indennizzo.



Delibera 6 ottobre 2020, n. 761 - Colori consentiti per reti antigrandine e teli e reti protettive per colture agrarie

CAPO III

TITOLI ABILITATIVI PER L'ATTIVITÀ EDILIZIA

Art. 71 (Interventi liberi)

(1) Sono eseguiti senza alcun titolo abilitativo edilizio gli interventi indicati nell'allegato C. La Giunta provinciale può specificare gli interventi e le attività di cui all'allegato C in conformità al decreto del Presidente della Repubblica 13 febbraio 2017, n. 31, e successive modifiche.

(2) Gli interventi devono comunque essere conformi alle prescrizioni contenute negli strumenti di pianificazione urbanistica generali e attuativi del Comune e nei piani di settore. Gli interventi devono inoltre rispettare i vincoli esistenti sul territorio interessato. Sono fatte salve le prescrizioni delle altre normative di settore aventi incidenza sulla disciplina dell'attività di trasformazione del territorio.

TITOLO VIII NORME FINALI E TRANSITORIE

Art. 103 (Norme transitorie)

(1) [137](#))

(2) Le procedure per l'approvazione di piani e progetti che, alla data del 30 giugno 2020, risultavano già avviate possono essere concluse in base alle norme e alle disposizioni procedurali in vigore fino a tale data. In caso di ripresentazione di piani, progetti e titoli abilitativi annullati per vizi procedurali, trovano applicazione le norme e disposizioni procedurali in vigore alla data di avvio del procedimento originario. [138](#))

(3) [139](#))

(4) [140](#))

(5) Fino all'approvazione del programma di sviluppo comunale previsto dall'articolo 51, per area insediabile si intendono i centri edificati ai sensi dell'articolo 12 della [legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10](#), e successive modifiche, ovvero quegli agglomerati connessi con più di dieci edifici ad uso abitazione con una densità edificabile di almeno 1,0 mc/mq. La Giunta provinciale può, entro lo stesso periodo, approvare secondo il procedimento di cui all'articolo 54, comma 2, domande dei Comuni riguardanti l'individuazione di nuove zone edificabili, che devono essere confinanti con zone edificabili esistenti, e di infrastrutture nonché la modifica di indici per singole zone. Alle aree insediabili e alle zone edificabili ai sensi del presente comma non si applica l'articolo 37, comma 5. Nello stesso periodo il Comune può procedere a modifiche delle destinazioni delle aree e degli indici nel centro edificato, con la procedura di cui all'articolo 54, comma 1. Presupposto per l'individuazione e per modifiche di superfici destinate all'esercizio pubblico è la presenza di un programma per lo sviluppo del turismo approvato di cui alla lettera g) del comma 5 dell'articolo 51. La Giunta provinciale può approvare d'ufficio le modifiche di cui all'articolo 53, comma 8, nonché quelle previste nell'ambito delle procedure di cui alla parte IV, titolo I, del decreto legislativo 18 aprile 2016, n. 50, e successive modifiche, secondo il procedimento di cui all'articolo 50. Il programma di sviluppo comunale deve essere presentato dai Comuni entro 24 mesi dall'entrata in vigore della presente legge. [141](#))

(6) Salvo diversa disposizione espressa, tutti i vincoli in essere in base alla normativa previgente rimangono in vigore. Con regolamento di esecuzione possono essere previsti, ad integrazione delle disposizioni della presente legge, i casi e le condizioni che, ove ricorrenti, ammettono, previo rilascio del nulla osta dell'autorità competente, la cancellazione dei vincoli inseriti nel libro fondiario in base alla presente legge oppure in base alla normativa urbanistica previgente. È fatta salva la disciplina di cui all'articolo 39, comma 6. [142](#))

(6/bis) Fatti salvi il comma precedente, il successivo comma 6/ter e il comma 6 dell'articolo 39 della presente legge nonché i commi 3 e 3/bis dell'articolo 32 della [legge provinciale 2 luglio 2007, n. 3](#), per tutte le abitazioni per le quali prima del 1° luglio 2020 sono stati assunti i vincoli di cui all'articolo 79 della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), nel testo vigente fino al 30 giugno 2020, si continuano ad applicare le disposizioni fino ad allora vigenti. [143](#))

(6/ter) Se il vincolo assunto ai sensi dell'articolo 79 della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), e i vincoli di cui all'articolo 39 o 40 della presente legge prevedono l'applicazione di sanzioni di entità diversa, per le violazioni ai vincoli assunti prima del 1° luglio 2020 si applica la sanzione più favorevole, salvo che la sanzione sia già stata irrogata con provvedimento definitivo. In nessun caso è ammessa la ripetizione di quanto pagato. [144](#))

(7) [145](#))

(8) Qualora lo stato di fatto di un immobile esistente risulti non conforme alle planimetrie depositate presso il Comune oppure non risulti chiaramente dalle predette planimetrie, l'interessato/l'interessata può chiedere l'adeguamento delle planimetrie allo stato di fatto, se dimostra con mezzi idonei che la non conformità risale a una data in cui non era illegittima. L'adeguamento è effettuato tramite permesso di costruire, comunque con esonero dal contributo di intervento.

(9) L'esercizio di attività di commercio al dettaglio in zona produttiva con riferimento a merci diverse da quelle elencate all'articolo 33, comma 4, e che all'entrata in vigore della presente legge è già legittimamente autorizzato può essere continuato. Le attività di commercio al dettaglio in zone per insediamenti produttivi per le quali, prima del 12 novembre 2014, sia stata inoltrata la relativa segnalazione di inizio attività (SCIA) e/o comunicazione, ma alle quali alla medesima data non corrispondeva un effettivo esercizio, nonché le attività a cui sia stato dato inizio prima di tale data, ma il cui esercizio non sia totalmente conforme alla segnalazione di inizio attività (SCIA) e/o alla comunicazione inoltrata, sono considerate, a tale data, non in essere e la relativa comunicazione inefficace. Questa, se inoltrata nuovamente, viene esaminata ai sensi delle disposizioni di cui all'articolo 2 della [legge provinciale 16 marzo 2012, n. 7](#), e successive modifiche. Le disposizioni di cui al presente comma trovano applicazione anche nel caso in cui l'attività non abbia avuto inizio in forza di provvedimenti amministrativi, anche se oggetto di contenzioso giudiziario, salvo i casi di loro annullamento in base a sentenza passata in giudicato alla data del 12 novembre 2014.

(10) L'articolo 47, comma 1, lettera e), si applica a tutte le aree che alla data dell'entrata in vigore della presente legge sono destinate come zona edificabile.

(11) Fatte salve le semplificazioni procedurali previste da questa legge, gli interventi di cui all'articolo 1, comma 1, lettere a), b), c), d), e) e f), del decreto del Presidente della Provincia del 6 novembre 1998, n. 33, e successive modifiche, possono essere autorizzate, su richiesta dell'interessato/dell'interessata, direttamente dal Sindaco/dalla Sindaca territorialmente competente, anche ai sensi dell'articolo 6 della [legge provinciale 21 ottobre 1996, n. 21](#), e successive modifiche. Per questi interventi non è richiesta alcuna ulteriore comunicazione, autorizzazione o permesso. L'autorizzazione viene trasmessa all'ispettorato forestale competente.

(12) Ai fini dell'applicazione dell'articolo 37, comma 4, la volumetria non agricola eretta presso la sede dell'azienda agricola di un maso chiuso, prima dell'entrata in vigore della [legge provinciale 23 giugno 1992, n. 21](#), si considera a tutti gli effetti quale volume residenziale, indipendentemente dalla destinazione d'uso della zona in cui si trova la cubatura edilizia, dalla destinazione d'uso indicata nella licenza edilizia o nella concessione edilizia e dalla destinazione d'uso attuale. Se questa volumetria è stata utilizzata parzialmente o completamente dall'entrata in vigore della precedente legge provinciale sino alla conclusione di un accordo, come sotto specificato, in modo continuativo come pubblico esercizio, il Comune territorialmente competente può stipulare con il proprietario del maso chiuso un accordo tenendo conto delle disposizioni di cui all'articolo 20 limitatamente al comma 4, in cui il plusvalore di pianificazione secondo l'articolo 19, comma 4, deve essere recuperato in modo che con la destinazione d'uso residenziale il diritto edificatorio può essere accordato secondo l'articolo 37, comma 4, limitatamente ad un volume massimo di 1.000 m³, con l'inclusione di tutta la volumetria esistente. Prima della segnalazione dell'agibilità, in aggiunta alle prescrizioni di cui all'articolo 37, comma 4, deve attuarsi una separazione della proprietà tra il maso chiuso e il pubblico esercizio. Presupposto per la conclusione di una tale convenzione è:

- a) che si tratti di un maso chiuso effettivamente coltivato negli ultimi 10 anni prima della stipula di tale accordo da parte del coltivatore diretto o dai suoi familiari;
- b) che siano soddisfatti i requisiti legali per la futura separazione dell'esercizio pubblico dal maso chiuso, anche in deroga al comma 4 dell'articolo 37;
- c) che dopo la suddetta separazione, sussistano i requisiti legali per la nuova formazione di un maso chiuso.

Per la verifica delle condizioni di cui sopra, il Comune deve ottenere un, vistato dalla ripartizione provinciale competente in materia di agricoltura, prima di concludere la convenzione sopracitata in conformità con le disposizioni sul maso chiuso. [146](#).

(13) Qualora non esplicitamente previsto diversamente, i regolamenti di cui all'articolo 39, comma 6, hanno per oggetto anche i vincoli apposti in base a leggi precedenti ai fini della tutela del fabbisogno abitativo della popolazione residente.

(14) Le zone residenziali di completamento e le zone residenziali di espansione individuate nel piano urbanistico comunale al momento dell'entrata in vigore della presente legge sono considerate zone miste ai sensi della presente legge, le zone di recupero sono considerate centri storici. Gli indici stabiliti negli strumenti di pianificazione per le singole zone rimangono invariati. Gli articoli 19 e 57 non si applicano alle aree interessate, tranne nel caso di zone residenziali di espansione per le quali non è stato ancora adottato un piano di attuazione. Nel caso di zone residenziali di espansione, per le quali è stato approvato un piano di attuazione ai sensi delle disposizioni della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), eventualmente anche in combinato disposto con il comma 2 del presente articolo, si applicano le seguenti disposizioni:

- a) le abitazioni che vengono realizzate sulle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata sono soggette all'obbligo del vincolo ai sensi dell'articolo 39, il quale viene annotato nel libro fondiario, eventualmente assieme al vincolo sociale di cui all'ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata, con la delibera di assegnazione;
- b) gli oneri di urbanizzazione e gli altri oneri previsti dall'articolo 40 della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), nel testo vigente fino al 30 giugno 2020, sono calcolati e ripartiti tra i proprietari o assegnatari delle relative aree in proporzione alla volumetria ammessa in base al piano di attuazione.

I piani di lottizzazione vigenti al momento dell'entrata in vigore della presente legge sono considerati piani di attuazione ai sensi dell'articolo 57 e possono essere modificati con il procedimento di cui all'articolo 60 anche in riferimento a singoli lotti, al fine di realizzare le finalità di cui all'articolo 2, comma 1, lettera i). [147](#).

(15) Le zone produttive esistenti al di fuori dell'area insediabile al momento dell'entrata in vigore della presente legge possono essere edificate e, secondo la procedura di cui all'articolo 54, comma 2, ampliate in deroga alle disposizioni di cui all'articolo 17, comma 2. Gli esercizi con destinazione d'uso ai sensi dell'articolo 23, comma 1, lettera f), che svolgano legittimamente l'attività segnalata e si trovino al di fuori dell'area insediabile possono essere ampliati fino al 50 per cento della superficie esistente a scopo produttivo all'entrata in vigore della presente legge; qualora venga superato l'ampliamento ammissibile del 50 per cento, deve essere individuata una zona produttiva con la procedura di cui all'articolo 54, comma 2. [148](#).

(16) I seguenti organi collegiali possono svolgere le funzioni di seguito indicate fino al 6 novembre 2020:

- a) la commissione provinciale natura, paesaggio e sviluppo del territorio costituita ai sensi dell'articolo 2 della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), quelle della Commissione provinciale per il territorio e paesaggio di cui all'articolo 3 della [legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9](#);
- b) la commissione per la tutela del paesaggio costituita ai sensi dell'articolo 2 della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), quelle della Commissione provinciale di cui all'articolo 69 della [legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9](#) e
- c) il Collegio per la tutela del paesaggio costituito ai sensi dell'articolo 9 della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), quelle del Collegio per il paesaggio di cui all'articolo 102 della [legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9](#).

I suddetti organi collegiali possono inoltre esercitare le funzioni relative alla valutazione di piani e progetti per i quali il relativo procedimento risultava già avviato in data 30 giugno 2020. [149](#))

(17) In sede di prima applicazione delle disposizioni di cui al comma 7 dell'articolo 39, i Comuni pubblicano, entro il 30 giugno 2021, l'elenco ivi previsto. [150](#))

(18) La disciplina di cui al comma 2 dell'articolo 104 della [legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9](#), non si applica agli obblighi di convenzionamento in misura inferiore al 100 per cento basati su convenzioni urbanistiche che rientrano nell'ambito di applicazione dell'articolo 23, comma 4, della [legge provinciale 19 luglio 2013, n. 10](#). Sono fatti salvi gli obblighi di convenzionamento in misura inferiore del 100 per cento, qualora riguardino zone di espansione e di completamento, la cui individuazione sia già stata pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione in data 13 luglio 2018 e i relativi piani di attuazione, se previsto dal piano urbanistico, siano già stati approvati in data 13 luglio 2018. Il convenzionamento di cui all'articolo 104, comma 2, della [legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9](#), è obbligatorio per le abitazioni per le quali in data 5 ottobre 2018 non sia stata ancora rilasciata alcuna concessione edilizia. Al di fuori delle aree per l'edilizia abitativa agevolata, la presente disciplina non si applica al volume abitativo esistente non soggetto a vincolo di convenzionamento quando nell'ambito dello stesso volume, anche in occasione di interventi di recupero incluse la demolizione e ricostruzione, venga aumentato il numero delle abitazioni. I vincoli iscritti nel libro fondiario relativi agli obblighi di convenzionamento assunti a partire dal 13 luglio 2018 in base all'articolo 104, comma 2, della [legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9](#), e rientranti tra le deroghe previste nel presente comma, possono essere cancellati previo nulla osta del Sindaco/della Sindaca e previa corresponsione del contributo sul costo di costruzione dovuto nell'ammontare stabilito dal regolamento comunale il giorno del rilascio del nulla osta. [151](#))

(19) In mancanza di personale qualificato, il Comune può conferire, ai sensi dell'articolo 63, comma 5, a un/una dipendente dell'ufficio tecnico privo/priva di qualificazione l'incarico di direttore/direttrice del Front Office per le pratiche edilizie e paesaggistiche di cui all'articolo 63. Tale dipendente deve impegnarsi a partecipare al prossimo corso di qualificazione. Un ulteriore requisito per il conferimento dell'incarico è che il/la dipendente abbia lavorato presso amministrazioni comunali per almeno cinque anni o che abbia superato l'esame di Stato previsto per l'iscrizione all'albo professionale dei geometri o che sia in possesso di un diploma di laurea e abbia superato l'esame di Stato previsto per l'iscrizione alla sezione A di uno dei seguenti albi professionali:

- a) albo professionale degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori;
- b) albo professionale degli ingegneri;
- c) albo professionale dei dottori agronomi e dottori forestali;
- d) albo professionale dei geologi. [152](#))

(20) Le commissioni edilizie comunali costituite ai sensi dell'articolo 115 della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), e successive modifiche, possono svolgere le funzioni della commissione comunale per il territorio e il paesaggio di cui all'articolo 4 e della commissione di cui all'articolo 68, comma 1 al più tardi fino al 30 giugno 2021. Tutte le domande finalizzate al rilascio del permesso di costruire ai sensi dell'articolo 72, comma 1 devono essere esaminate dalla commissione edilizia comunale. Restano valide fino all'approvazione dei regolamenti edilizi comunali di cui all'articolo 21, comma 5, e comunque non oltre il 30 giugno 2021, le disposizioni dei regolamenti edilizi comunali vigenti fino al 30 giugno 2020, a condizione che siano conformi alle disposizioni della presente legge e dei regolamenti di esecuzione adottati nonché le disposizioni relative al funzionamento della commissione edilizia comunale di cui ai regolamenti edilizi comunali vigenti fino al 30 giugno 2020. Fintanto che la rappresentanza equilibrata dei membri del gruppo linguistico ladino non sia garantita nell'elenco degli esperti di cui all'articolo 9, nella Commissione comunale per il territorio e il paesaggio possono essere nominati al loro posto esperti del gruppo linguistico tedesco o italiano. [153](#))

(21) Salva la normativa in materia di contratti pubblici la Provincia può stipulare accordi urbanistici con privati o enti pubblici al fine di facilitare l'attuazione di interventi di interesse sovracomunale, determinati con deliberazione della Giunta provinciale. [154](#))

(22) Negli accordi urbanistici, nei quali la Provincia è parte contraente, possono essere previste, tra l'altro, le seguenti prestazioni o controprestazioni:

- a) cessione o permuta di immobili o diritti reali, nel qual caso le parti contraenti privati devono essere proprietarie da almeno 5 anni della quota di maggioranza degli immobili oggetto del contratto, fatta eccezione per le donazioni e le eredità;
- b) creazione o cessione di diritti edificatori all'interno dell'area insediabile o di zone edificabili esistenti; il commercio al dettaglio può essere oggetto di accordi urbanistici soltanto insieme alla realizzazione prevalente e contestuale di volume per residenza, fermo restando che il volume destinato al commercio al dettaglio non può superare il 20 per cento della volumetria creata con l'accordo urbanistico, oppure in zone miste. [155](#))

(23) Per attuare interventi che ricadono nella competenza della Provincia, la Giunta Provinciale può, d'intesa con il comune interessato, stipulare accordi urbanistici ai sensi dei precedenti commi 21 e 22 ed inserirli nello strumento pianificatorio applicando il procedimento di cui all'articolo 50. Qualora siano coinvolti anche competenze o interventi di pubblico interesse di un comune, questo partecipa come parte contrattuale all'accordo urbanistico. [156](#))

137)L'art. 103, comma 1, è stato abrogato dall'art. 42, comma 1, lettera g), della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).

138)L'art. 103, comma 2, è stato sostituito dall'art. 36, comma 1, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#), e successivamente modificato dall'art. 8, comma 3, della [L.P. 16 aprile 2020, n. 3](#), e dall'art. 30, comma 1, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).

139)L'art. 103, comma 3, è stato abrogato dall'art. 42, comma 1, lettera g), della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).

140)L'art. 103, comma 4, è stato abrogato dall'art. 42, comma 1, lettera g), della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).

141)L'art. 103, comma 5, è stato così sostituito dall'art. 30, comma 2, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).

- 142) L'art. 103, comma 6, è stato così sostituito dall'art. 36, comma 2, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).
- 143) L'art. 103, comma 6/bis, è stato inserito dall'art. 36, comma 3, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#), e successivamente così modificato dall'art. 16, comma 11, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#).
- 144) L'art. 103, comma 6/ter, è stato inserito dall'art. 16, comma 12, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#).
- 145) L'art. 103, comma 7, è stato abrogato dall'art. 42, comma 1, lettera g), della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).
- 146) L'art. 103, comma 12, è stato così modificato dall'art. 36, commi 4 e 5, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).
- 147) L'art. 103, comma 14, è stato prima modificato dall'art. 16, comma 13, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#), e successivamente dall'art. 30, commi 3 e 4, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).
- 148) L'art. 103, comma 15, è stato così sostituito dall'art. 36, comma 6, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).
- 149) L'art. 103, comma 16, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 14, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#).
- 150) L'art. 103, comma 17, è stato aggiunto dall'art. 36, comma 7, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#), e successivamente così sostituito dall'art. 30, comma 5, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).
- 151) L'art. 103, comma 18, è stato aggiunto dall'art. 36, comma 8, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).
- 152) L'art. 103, comma 19, è stato inserito dall'art. 16, comma 15, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#), e successivamente così sostituito dall'art. 30, comma 6, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).
- 153) L'art. 103, comma 20, è stato aggiunto dall'art. 30, comma 7, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).
- 154) L'art. 103, comma 21, è stato aggiunto dall'art. 30, comma 8, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).
- 155) L'art. 103, comma 22, è stato aggiunto dall'art. 30, comma 8, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).
- 156) L'art. 103, comma 23, è stato aggiunto dall'art. 30, comma 8, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).

Allegato A (articolo 66, comma 1)

Attività e interventi non soggetti ad autorizzazione paesaggistica

A 1) Opere interne che non alterano l'aspetto esteriore degli edifici, comunque denominate ai fini urbanistico edilizi, anche ove comportanti mutamento della destinazione d'uso purché conformi alla disciplina urbanistica;

A 2) interventi sui prospetti o sulle coperture degli edifici, purché eseguiti nel rispetto degli eventuali piani del colore vigenti nel comune e delle caratteristiche architettoniche, morfo-tipologiche, dei materiali e delle finiture esistenti, quali: rifacimento di intonaci, tinteggiature, rivestimenti esterni o manti di copertura; opere di manutenzione di balconi, terrazze o scale esterne; integrazione o sostituzione di vetrine e dispositivi di protezione delle attività economiche, di finiture esterne o manufatti quali infissi, cornici, parapetti, lattonerie, lucernari, comignoli e simili; interventi di coibentazione volti a migliorare l'efficienza energetica degli edifici che non comportino la realizzazione di elementi o manufatti emergenti dalla sagoma, ivi compresi quelli eseguiti sulle falde di copertura. Alle medesime condizioni non è altresì soggetta ad autorizzazione la realizzazione o la modifica di aperture esterne o di finestre a tetto, purché tali interventi non interessino i beni vincolati ai sensi dell'articolo 11, comma 1, lettere f) e b), della presente legge, limitatamente, per quest'ultima, agli immobili di interesse storico-architettonico o storico-testimoniale, ivi compresa l'edilizia rurale tradizionale, isolati o ricompresi nei centri o nuclei storici;

A 3) interventi che abbiano finalità di consolidamento statico degli edifici, ivi compresi gli interventi che si rendano necessari per il miglioramento o l'adeguamento ai fini antisismici, purché non comportanti modifiche alle caratteristiche morfotipologiche, ai materiali di finitura o di rivestimento, o alla volumetria e all'altezza dell'edificio;

A 4) interventi indispensabili per l'eliminazione di barriere architettoniche, quali la realizzazione di rampe esterne per il superamento di dislivelli non superiori a 60 cm, l'installazione di apparecchi servoscala esterni, nonché la realizzazione, negli spazi pertinenziali interni non visibili dallo spazio pubblico, di ascensori esterni o di altri manufatti consimili;

A 5) purché effettuate su prospetti secondari, o in spazi pertinenziali interni, o in posizioni comunque non visibili dallo spazio pubblico, o purché si tratti di impianti integrati nella configurazione esterna degli edifici e purché tali interventi non interessino i beni vincolati ai sensi dell'articolo 11, comma 1, lettere f) e b), della presente legge, limitatamente, per quest'ultima, agli immobili di interesse storico-architettonico o storico-testimoniale, ivi compresa l'edilizia rurale tradizionale, isolati o ricompresi nei centri o nuclei storici:

- a) installazioni di impianti tecnologici esterni a servizio di singoli edifici non soggette ad alcun titolo abilitativo edilizio, quali condizionatori e impianti di climatizzazione dotati di unità esterna, caldaie, parabole, antenne;
- b) installazione, modifica e sostituzione di impianti tecnologici all'interno di edifici esistenti;
- c) installazione di serbatoi di gas con una capacità massima di 13 m³, incluse le opere correlate;
- d) la realizzazione di piccoli sistemi di trattamento delle acque reflue per scarichi domestici fino a 50 abitanti equivalenti;

A 6)

- a) installazione di pannelli solari (termici o fotovoltaici) a servizio di singoli edifici, laddove posti su coperture piane e in modo da non essere visibili dagli spazi pubblici esterni;
- b) installazione di pannelli solari (termici o fotovoltaici) a servizio di singoli edifici, purché integrati nella configurazione delle coperture, o posti in aderenza ai tetti degli edifici con la stessa inclinazione e lo stesso orientamento della falda degli edifici, ai sensi del regolamento di cui al articolo 29, comma 3;

A 7) installazione di micro generatori eolici con altezza complessiva non superiore a 1,50 m e diametro non superiore a 1,00 m, purché tali interventi non interessino i beni vincolati ai sensi dell'articolo 11, comma 1, lettere f) e b), della presente legge, limitatamente, per quest'ultima, agli immobili di interesse storico-architettonico o storico-testimoniale, ivi compresa l'edilizia rurale tradizionale, isolati o ricompresi nei centri o nuclei storici;

A 8) interventi di adeguamento funzionale di cabine per impianti tecnologici a rete, ivi compresa la sostituzione delle cabine esistenti con manufatti analoghi per tipologia e dimensioni, nonché interventi destinati all'installazione e allo sviluppo della rete di comunicazione elettronica ad alta velocità, ivi compresi gli incrementi di altezza non superiori a 50 cm;

A 9) installazione di dispositivi di sicurezza anticaduta sulle coperture degli edifici;

A 10)

- a) opere di manutenzione e adeguamento degli spazi esterni, pubblici o privati, relative a manufatti esistenti, quali marciapiedi, banchine stradali, aiuole, componenti di arredo urbano, fontane, purché eseguite nel rispetto delle caratteristiche morfo-tipologiche, dei materiali e delle finiture preesistenti, e dei caratteri tipici del contesto locale;
- b) sostituzione di colonnette di distribuzione e di distributori automatici presso le stazioni di rifornimento;
- c) installazione, modifica o sostituzione di pensiline per fermate d'autobus;
- d) collocazione di mezzi pubblicitari, cartelli informativi o segnaletici secondo le direttive approvate dalla Giunta provinciale;

A 11) opere di urbanizzazione primaria previste in piani attuativi già valutati ai fini paesaggistici;

A 12)

- a) interventi da eseguirsi nelle aree di pertinenza degli edifici non comportanti significative modifiche degli assetti planimetrici e vegetazionali, realizzati nel rispetto delle caratteristiche morfo-tipologiche, dei materiali e delle finiture preesistenti, nonché dei caratteri tipici del contesto locale, quali l'adeguamento di spazi pavimentati, la realizzazione di camminamenti, l'installazione di fontane, sistemazioni a verde e opere consimili che non incidano sulla morfologia del terreno, nonché, nelle medesime aree, la demolizione parziale o totale, senza ricostruzione, di volumi tecnici e manufatti accessori privi di valenza architettonica, storica o testimoniale;
- b) l'installazione di serre ad uso domestico con superficie non superiore a 20 m²;

A 13) interventi di manutenzione, sostituzione o adeguamento di cancelli, recinzioni, muri di cinta o di contenimento del terreno, inserimento di elementi antintrusione sui cancelli, le recinzioni e sui muri di cinta eseguiti nel rispetto delle caratteristiche morfotipologiche, dei materiali e delle finiture, purché tali interventi non interessino i beni vincolati ai sensi dell'articolo 11, comma 1, lettere f) e b), della presente legge, limitatamente, per quest'ultima, agli immobili di interesse storico-architettonico o storico-testimoniale, ivi compresa l'edilizia rurale tradizionale, isolati o ricompresi nei centri o nuclei storici;

A 14) messa a dimora di alberi e arbusti, singoli o in gruppi, in aree pubbliche o private, eseguita con esemplari adulti della stessa specie o di specie autoctone o comunque storicamente naturalizzate e tipiche dei luoghi;

A 15) fatte salve le disposizioni di tutela dei beni archeologici nonché le eventuali specifiche prescrizioni paesaggistiche relative alle aree di interesse archeologico di cui all'articolo 12, comma 1, lettera h), della presente legge, la realizzazione e manutenzione di interventi nel sottosuolo che non comportino la modifica permanente della morfologia del terreno e che non incidano sugli assetti vegetazionali e gli elementi paesaggistici, quali:

- a) volumi completamente interrati senza opere in soprasuolo;
- b) condotte forzate e reti irrigue, pozzi ed opere di presa e prelievo da falda senza manufatti emergenti in soprasuolo;
- c) impianti geotermici al servizio di singoli edifici;
- d) serbatoi, cisterne e manufatti consimili nel sottosuolo;
- e) tratti di canalizzazioni, tubazioni o cavi interrati per le reti di distribuzione locale di servizi di pubblico interesse o di fognatura senza realizzazione di nuovi manufatti emergenti in soprasuolo o dal piano di campagna;
- f) l'allaccio alle infrastrutture a rete.
Nei casi sopraelencati è consentita la realizzazione di pozzetti a raso emergenti dal suolo non oltre i 40 cm. Qualora si tratti di condutture d'acqua e reti irrigue, il richiedente deve essere in possesso della concessione per la derivazione idrica;

A 16) occupazione temporanea di suolo privato, pubblico o di uso pubblico mediante installazione di strutture o di manufatti semplicemente ancorati al suolo senza opere murarie o di fondazione, per manifestazioni, spettacoli, eventi o per esposizioni e vendita di merci, per il solo periodo di svolgimento della manifestazione, comunque non superiore a 120 giorni nell'anno solare;

A 17) installazioni esterne poste a corredo di attività economiche quali esercizi di somministrazione di alimenti e bevande, attività commerciali, turistico-ricettive, sportive o del tempo libero, costituite da elementi facilmente amovibili quali tende, pedane, paratie laterali frangivento, manufatti ornamentali, elementi ombreggianti o altre strutture leggere di copertura, e prive di parti in muratura o strutture stabilmente ancorate al suolo; tranne che nel verde alpino;

A 18) installazione di strutture di supporto al monitoraggio ambientale o a prospezioni geognostiche, con esclusione di quelle destinate ad attività di ricerca di idrocarburi;

A 19)

- a) interventi inerenti l'esercizio dell'attività agro-silvo-pastorale nel verde agricolo e nel bosco che non comportino alterazione permanente dello stato dei luoghi con costruzioni edilizie ed altre opere civili, e sempre che si tratti di attività ed opere che non alterino l'assetto idrogeologico del territorio;
- b) interventi su impianti idraulici agrari privi di valenza storica o testimoniale;
- c) installazione di serre mobili stagionali sprovviste di strutture in muratura, palificazioni, pergolati, singoli manufatti amovibili, realizzati in legno per ricovero di attrezzi agricoli, con superficie coperta non superiore a 5 m² e semplicemente ancorati al suolo senza opere di fondazione o opere murarie; le reti antigrandine, teli e reti protettive per colture agrarie;
- d) costruzione di legnaie e di apiari conformi alle direttive approvate dalla Giunta provinciale;
- e) interventi di manutenzione strettamente pertinenti l'esercizio dell'attività ittica;
- f) interventi di manutenzione della viabilità vicinale, poderale e forestale che non modifichino la struttura e le pavimentazioni dei tracciati;
- g) interventi di manutenzione e realizzazione di muri a secco di fattura tradizionale ed abbeveratoi funzionali alle attività agro-silvo-pastorali, eseguiti con materiali e tecniche tradizionali;
- h) interventi di ripristino delle attività agricole e pastorali nelle aree rurali invase da formazioni di vegetazione arbustiva o arborea, previo accertamento del preesistente uso agricolo o pastorale da parte delle autorità competenti ove non risultino vincoli su tali aree nel piano paesaggistico;
- i) spianamenti in verde agricolo senza opere di sostegno, con mantenimento dell'andamento grossolano del terreno, il che in ogni caso comprende un dislivello di un metro in più o in meno, senza modifiche ad elementi paesaggistici e alterazione all'assetto idrogeologico;

deposito di materiale di scavo a scopo di bonifica agricola in verde agricolo in rapporto fino a 1m³/m² fino a un massimo di 2.000 m³, senza opere di sostegno, senza modifiche ad elementi paesaggistici e senza alterazioni all'assetto idrogeologico;

m) estrazione e spostamento di pietrame e materiale terroso per uso proprio finalizzati alla realizzazione di interventi ammissibili, senza alterazioni dell'assetto idrogeologico, modifica della destinazione d'uso delle superfici o modifiche ad elementi paesaggistici;

A 20)

- a) il taglio culturale, la forestazione, la riforestazione, le opere di bonifica, antincendio, e di conservazione da eseguirsi nei boschi e nelle foreste;
- b) pratiche selvicolturali autorizzate in base alla normativa di settore;
- c) interventi di contenimento della vegetazione spontanea indispensabili per la manutenzione delle infrastrutture pubbliche esistenti pertinenti al bosco, quali elettrodotti, viabilità pubblica, opere idrauliche;
- d) interventi di costruzione o adeguamento della viabilità al servizio delle attività agro-silvo-pastorali e funzionali alla gestione e tutela del territorio, vietate al transito ordinario, a carreggiata unica e con fondo non sigillato, senza opere di sostegno o modifica agli elementi paesaggistici esistenti. Resta ferma l'autorizzazione per gli accessi agli alpeggi, nonché per i piani, comunque denominati, che contengono previsioni relative alla viabilità forestale;
- e) manutenzione degli accessi agli alpeggi;

A 21) realizzazione di monumenti, lapidi, edicole funerarie ed opere di arredo all'interno dei cimiteri;

A 22) installazione di tende parasole su terrazze, prospetti o in spazi pertinenziali ad uso privato, tranne che nel verde alpino;

A 23) installazione di insegne per esercizi commerciali o altre attività economiche, ove effettuata all'interno dello spazio vetrina o in altra collocazione consimile a ciò preordinata; sostituzione di insegne esistenti, già legittimamente installate, con insegne analoghe per dimensioni e collocazione. L'esenzione dall'autorizzazione non riguarda le insegne e i mezzi pubblicitari a messaggio o luminosità variabile;

A 24) interventi di manutenzione degli alvei, delle sponde e degli argini dei corsi d'acqua, compresi gli interventi sulla vegetazione ripariale arborea e arbustiva, finalizzati a garantire il libero deflusso delle acque e che non comportino alterazioni permanenti della visione d'insieme della morfologia del corso d'acqua; interventi di manutenzione e ripristino funzionale dei sistemi di scolo e smaltimento delle acque e delle opere idrauliche in alveo;

A 25) interventi puntuali di ingegneria naturalistica diretti alla regimazione delle acque e/o alla conservazione del suolo, che prevedano l'utilizzo di piante autoctone e pioniere, anche in combinazione con materiali inerti di origine locale o con materiali artificiali biodegradabili;

A 26) interventi di manutenzione o sostituzione, senza ampliamenti dimensionali, delle strutture amovibili esistenti situate nell'ambito di strutture ricettive all'aria aperta già munite di autorizzazione paesaggistica, eseguiti nel rispetto delle caratteristiche morfo-tipologiche, dei materiali e delle finiture esistenti;

A 27) smontaggio e rimontaggio periodico di strutture stagionali munite di autorizzazione paesaggistica;

A 28) interventi di fedele ricostruzione di edifici, manufatti e impianti tecnologici che in conseguenza di calamità naturali o catastrofi risultino in tutto o in parte crollati o demoliti, o siano oggetto di ordinanza di demolizione per pericolo di crollo, purché sia possibile accertarne la consistenza e configurazione legittimamente preesistente e a condizione che l'intervento sia realizzato entro dieci anni dall'evento e sia conforme all'edificio o manufatto originario quanto a collocazione, ingombro planivolumetrico,

configurazione degli esterni e finiture, fatte salve esclusivamente le innovazioni necessarie per l'adeguamento alla normativa antisismica e di sicurezza degli impianti tecnologici;

A 29) demolizioni e rimessioni in pristino dello stato dei luoghi conseguenti a provvedimenti repressivi di abusi;

A 30) opere ed interventi edilizi eseguiti in variante a progetti autorizzati ai fini paesaggistici, che non eccedano il 2 per cento delle misure progettuali quanto ad altezza, distacchi, cubatura, superficie coperta o traslazioni dell'area di sedime.

Allegato C (articolo 71, comma 1) Interventi edilizi liberi

C 1) gli interventi di manutenzione ordinaria di cui all'articolo 62, comma 1, lettera a);

C 2) gli interventi volti all'eliminazione di barriere architettoniche che non comportino la realizzazione di rampe o di ascensori esterni, ovvero di manufatti che alterino la sagoma dell'edificio;

C 3) le opere temporanee per attività di ricerca nel sottosuolo che abbiano carattere geognostico, ad esclusione di attività di ricerca di idrocarburi, e che siano eseguite in aree esterne al centro edificato;

C 4) le serre mobili stagionali funzionali allo svolgimento dell'attività agricola, sprovviste di strutture in muratura, le reti antigrandine, i teli e le reti protettive per colture agrarie; [162](#));

C 5) le opere dirette a soddisfare obiettive esigenze contingenti e temporanee e ad essere immediatamente rimosse al cessare della necessità e, comunque, entro un termine non superiore a novanta giorni, previa comunicazione di avvio lavori al Comune;

C 6) le opere di pavimentazione e di finitura di spazi esterni, anche per aree di sosta, che siano contenute entro l'indice di permeabilità eventualmente definito dalla pianificazione comunale, ivi compresa la realizzazione di intercapedini interamente interrato e non accessibili, vasche di raccolta delle acque, locali tombati;

C 7) i pannelli solari e fotovoltaici a servizio di edifici situati al di fuori del centro storico; [163](#));

C 8) le aree ludiche senza fini di lucro e gli elementi di arredo delle aree pertinenziali degli edifici;

C 9) i movimenti di terra strettamente pertinenti all'esercizio dell'attività agricola e le pratiche agro-silvo-pastorali, compresi gli interventi su impianti idraulici agrari, che non comportino alterazione permanente dello stato dei luoghi con costruzioni edilizie ed altre opere civili, e sempre che si tratti di attività ed opere che non alterino l'assetto idrogeologico del territorio;

C 10) il taglio colturale, la forestazione, la riforestazione, le opere di bonifica, antincendio e di conservazione da eseguirsi nei boschi e nelle foreste indicati dall'articolo 12, comma 1, lettera f), purché previsti ed autorizzati in base alla normativa in materia.

C 11) Interventi di risanamento di stufe e camini esistenti. [164](#));

162)Il punto C 4) dell'allegato C è stato così sostituito dall'art. 39, comma 1, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#).

163)Il punto C 7) dell'allegato C è stato soppresso dall'art. 39, comma 2, della [L.P. 20 dicembre 2019, n. 17](#), e successivamente reintrodotta ai sensi dall'art. 32, comma 1, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).

164)Il punto C 11) dell'allegato C è stato aggiunto dall'art. 33, comma 1, della [L.P. 17 dicembre 2020, n. 15](#).